

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gerd Mutz

Vietnam an der Schwelle
zum asiatisch-pazifischen Jahrhundert
Gesellschaftlicher Umbruch und kultureller Wandel

Boris Holzer

Entwicklung und Demokratisierung in Südkorea
Kleine Schritte nach dem großen Sprung

Gerhard Will

Kambodscha

Drei Jahre nach dem Ende des UNO-Mandats

Justus Richter

Indien nach den Parlamentswahlen 1996
Innenpolitische Entwicklung und regionale außenpolitische Interessenlage

B 30–31/96

19. Juli 1996

Gerd Mutz, Dr. rer. pol., PD, geb. 1952; Studium der Volkswirtschaft und Soziologie in Regensburg und Madison; seit 1981 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Bamberg und Hagen sowie der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung (MPS); Privatdozent an der Universität Konstanz; derzeit bei der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Bonn.

Boris Holzer, geb. 1970; Studium der Soziologie an der Universität München; seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung (MPS), Forschungsschwerpunkte: Theorien gesellschaftlicher Entwicklung, Kulturosoziologie, Technik- und Wissenschaftssoziologie.

Gerhard Will, Dr. phil. geb. 1948; Studium der Politikwissenschaft, Sinologie und Südostasienkunde in Erlangen, Berlin, Peking und Hamburg; Wissenschaftlicher Oberrat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Vietnam 1975–1979: Von Krieg zu Krieg, Hamburg 1987; Ansätze zu einer politischen Lösung des Kambodschakonflikts, Bericht des BIOst, (1990) 41; Die Wahlen in Kambodscha: Bilanz einer UN-Mission, in: Aussenpolitik, 44 (1993) 4.

Justus Richter, Dr. phil., geb. 1957; Studium der Politischen Wissenschaft, Orientalischen Philologie und Allgemeinen Sprachwissenschaft in Kiel; 1987 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Kiel; 1993 und 1994 für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunesien tätig und seit Anfang 1995 Auslandsmitarbeiter in Indien.

Veröffentlichungen u. a.: Konflikte aus laizistischem und islamischem Staatsverständnis, dargestellt am Beispiel der Türkei, Diss., Kiel 1991; zahlreiche Aufsätze zum Thema Islam und Demokratie in Tunesien und Algerien sowie zur politischen Entwicklung Indiens.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Vietnam an der Schwelle zum asiatisch-pazifischen Jahrhundert

Gesellschaftlicher Umbruch und kultureller Wandel

I. Vorbemerkungen

Vietnam ist wieder in das Bewußtsein der westlichen Welt gerückt, und auch die (süd-)ostasiatischen Nachbarn verfolgen mit Aufmerksamkeit den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozeß dieses kleinen Landes. Der asiatische Nachbar scheint friedlich geworden, die politischen Verhältnisse zeugen von Stabilität, neue Handelsbeziehungen werden geknüpft¹, und man spricht von den ökonomischen Indexzahlen: In den neunziger Jahren konnte Vietnam mehr als 5 Prozent jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen; im Jahr 1994 betrug die Wachstumsrate sogar 8,5 Prozent². Wen diese Zahlen weniger interessieren, der hat zumindest wahrgenommen, daß sich Vietnam gerade wegen seiner besonderen Vergangenheit als ein Reise-land empfiehlt, das eben nicht nur Natur und Kultur, sondern eine Reise in die politische Vergangenheit anbietet. Egal, ob man Vietnam als Geschäftsmann oder Tourist erfährt, man ist gezwungen, sich mit der jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen, die das heutige Leben in Vietnam sicher ebenso stark geprägt hat wie der vorangegangene Vietnamkrieg und die Kolonialzeit der Franzosen.

Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, daß es in Vietnam innerhalb von 20 Jahren zweimal einen grundlegenden sozialen Wandel gegeben hat, dessen Richtungen jeweils entgegengesetzt waren. Erste einschneidende Veränderungen wurden unmittelbar nach dem Ende des Vietnamkrieges 1975 und nach der Wiedervereinigung Süd- und

Nordvietnams unter Führung der Kommunistischen Partei durchgesetzt³. Von der Kollektivierung der Wirtschaft war überwiegend Südvietnam betroffen, weil insbesondere diese Region nicht nur auf dem politisch-militärischen Feld, sondern auch im Bereich der Ökonomie bezwungen werden sollte. Die sozialistische Umgestaltung orientierte sich am sowjetischen Vorbild, während gleichzeitig versucht wurde, alle prochinesischen Einflüsse zurückzudrängen. Chinesischstämmige Vietnamesen (*Hoa*) wurden enteignet und vertrieben; die meisten versuchten, als Boat people über das Südchinesische Meer zu fliehen. Viele Südvietnamesen vergleichen die Nachkriegsjahre und das Handeln der Vietcong – der Kommunisten Südvietnams – mit dem Treiben der Roten Khmer in Kambodscha. Ein Beleg dafür ist die wirtschaftliche Situation, die bereits Ende der siebziger Jahre immer wieder so kritisch war, daß es zu einer Unterversorgung weiter Teile der Bevölkerung kam. Die Hungersnöte waren oft einschneidender und nachhaltiger als zu Zeiten des Vietnamkrieges.

Gleichzeitig wurde mit der finanziellen Unterstützung befreundeter sozialistischer Staaten in ganz Vietnam eine leistungsfähige medizinische Versorgung und ein nahezu flächendeckendes Schulsystem aufgebaut. Auch heute noch kann sich Vietnam in dieser Hinsicht mit den (süd-) ostasiatischen Nachbarn messen. Es verfügt somit über ein soziales Kapital, das in jeder Hinsicht Entwicklungsvorteile schafft.

Seit dem 6. Parteitag der Kommunistischen Partei 1986 versucht die Parteiführung, Signale für eine gesellschaftliche Umkehrung zu setzen; es wurde ein Erneuerungsprozeß eingeleitet, genannt: *Doi Moi*. Kern dieser nun gegenläufigen Entwicklung ist die sukzessive Rücknahme der Kollektivierungen und die Zulassung privatwirtschaftlicher Marktstrukturen. Explizites Ziel ist ein „besseres Leben“, wobei man den Lebensstandard des west-

1 Voraussetzung war die Beendigung der Besetzung Kambodschas 1989, die Vietnam insbesondere von China und den ASEAN-Staaten isoliert hatte. Die daraufhin folgende Annäherung führte zum Ausscheiden antichinesisch orientierter Parteimitglieder auf dem 7. Parteitag 1991, zu einem Freundschaftsabkommen mit China, der Aufnahme in den Kreis der ASEAN-Staaten und schließlich zur Aufhebung des US-Embargos und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1995.

2 Vgl. *Statistic Yearbook of Labour-Invalids and Social Affairs* 1993, Hanoi 1994; Oskar Weggel, Gesamtbericht: Vietnam, Laos, Kambodscha, in: *Südostasien aktuell*, 14 (1995), S. 376–403.

3 Die formelle Vereinigung fand am 25. April 1976 nach einer konstituierenden Nationalversammlung, der Umbenennung der vietnamesischen Arbeiterpartei in die „Kommunistische Partei Vietnams“ (KPV) und der Umbenennung des Staates in „Sozialistische Republik Vietnam“ (SRV) statt.

lichen Auslands und asiatischer *Tiger-countries*⁴ im Auge hat. Regierung und Parteiführung wollen eine politisch gelenkte ökonomische Entwicklung – etwa nach dem Vorbild Koreas, Taiwans oder Singapurs. Der Erneuerungsprozeß ist bislang, etwa im Hinblick auf den Lebensstandard der meisten Vietnamesen, erfolgreich verlaufen. Bemerkenswert ist auch, daß die politischen, ökonomischen und vor allen Dingen sozialen Reibungsverluste geringer waren als in den ehemals sozialistischen osteuropäischen Ländern. In dieser Hinsicht ist die Entwicklung in Vietnam mit dem eher stetigen und ökonomisch weniger abrupten Transformationsprozeß in China vergleichbar⁵.

Was sind die Ursachen dieser neuerlichen Aufbruchsituation in (Süd-)Ostasien, in der sich nun auch Laos, Kambodscha und Burma befinden? Beginnt nun tatsächlich das asiatisch-pazifische – oder zumindest das (süd-)ostasiatische – Zeitalter? Es stellt sich die immer wieder in der westlichen Öffentlichkeit diskutierte Frage: Gibt es eine *asienspezifische* kulturelle Logik, aus der heraus der politische und wirtschaftliche *Take-off* in dieser Region und damit auch in Vietnam erklärt werden kann? Sind die asiatischen Werte tatsächlich langfristig – bis in das zweite Jahrtausend hinein gedacht – den westlichen überlegen? Die *Kulturthese*, die diese besonderen kulturellen Bedingungen in (Süd-)Ostasien in den Vordergrund stellt, wird von vielen Politikern und Wissenschaftlern geteilt und auch zur Erklärung des Erneuerungsprozesses in Vietnam herangezogen⁶. Vertreter der radikalen Gegenposition zur Kul-

turthese behaupten hingegen, daß allein politische und ökonomische Faktoren den Entwicklungsprozeß erklärten⁷.

Diese polarisierende Sicht auf den sozialen Wandel in Asien ist nicht sehr hilfreich, weil sie die unterschiedlichen Dimensionen jeweils überbetont bzw. unterbelichtet, statt sie in Bezug zueinander zu setzen. Die politische und ökonomische Basis, das zeigt sich auch wieder in Vietnam, ist in den asiatischen Entwicklungsprozessen von immenser Bedeutung – aber nur dann, wenn politisches und ökonomisches Handeln in einen traditionellen, kulturellen Deutungsrahmen gestellt werden kann. Dies bedeutet, daß nicht die modernen, sondern die herkömmlichen Interpretationsmuster die westlichen Handlungsweisen legitimieren und sanktionieren. Kultur, so das Ergebnis neuer Studien⁸, erweist sich im sozialen Wandel asiatischer Länder als eine in mehrfacher Hinsicht instrumentalisierbare Angelegenheit. Kultur ist auch den Gestaltern des *Doi-Moi*-Prozesses in Vietnam nützlich, um die Entwicklung politisch zu steuern und um gleichzeitig westliche Einflüsse, die teilweise negativ bewertet werden, abzuwehren.

II. Politische und ökonomische Entwicklung ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für einen Take-off

Vietnam und fast alle anderen *Tiger-countries* hatten in *politischer* Hinsicht einen spezifischen Entwicklungsvorteil: Feudalistische Strukturen, die eine Entfaltung marktwirtschaftlichen Handelns hätten hemmen können, wurden relativ früh durch ein Kolonialsystem⁹ – in Vietnam durch das französische – überwunden. Die spätere Abhän-

4 Die „vier kleinen Tiger“ waren ursprünglich: Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan; Hongkong und Singapur werden inzwischen als „Große Tiger“ bezeichnet; „Tiger der zweiten Welle“ sind Thailand und Malaysia; Indonesien wird gelegentlich als Elefant bezeichnet, der sich erhebe. Um die besondere Stellung Japans im Vergleich mit den übrigen Tiger-countries zum Ausdruck zu bringen, sprechen Vietnamesen von „Japan, dem Drachen“.

5 Die Situation in Vietnam hat große Ähnlichkeiten mit der Entwicklung in China. Vgl. Jutta Hebel/Günter Schucher, Sozialer Wandel in der Volksrepublik China, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/93, S. 27–36; Carsten Herrmann-Pillath, Kulturell geprägte Wirtschaftsdynamik und politischer Wandel in China, in: ebd., S. 3–13, und Susanne Weigel-Schwiedrzik, Politik und Ökonomie in der innerchinesischen Debatte über die Zukunft der VR China, in: ebd., S. 14–26.

6 Kulturelle Momente betonen etwa Peter L. Berger, An East Asian Development Model?, in: Peter L. Berger/H. H. Michael Hsiao (Hrsg.), In Search of an East Asian Development Model, New Brunswick, NJ, 1988, S. 3–11; Herman Kahn, World Economic Development: 1979 and Beyond, New York 1979, sowie Tu Wei-ming, The Rise of Industrial East Asia: The Role of Confucian Values, in: Copenhagen Papers in East and Southeast Asian Studies, (1989) 4, S. 81–97. Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen [in: Zeit-Punkte, (1995) 4, S. 12–15], hat mit seinen Thesen eine heftige Debatte ausgelöst.

7 Erklärungsmuster, die auf diese Faktoren rekurrieren, finden sich in: World Bank, The East Asian Miracle, New York 1993, oder auch bei Edward K. Y. Chen, East and Southeast Asia in the World Economy: Issues, Problems, and Prospects, in: Copenhagen Papers in East and Southeast Asian Studies, (1989) 4, S. 7–32.

8 Vgl. Gerd Mutz, Kultursoziologische Aspekte im Transformationsprozeß südostasiatischer Schwellenländer. Das Beispiel Vietnam, in: Heinz Sahner/Stefan Schwendner (Hrsg.), Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Kongreßband II, Opladen 1995, S. 606–611.

9 Dies gilt nicht für Thailand, das durch eine taktisch kluge Politik jegliche Kolonialisierungsversuche unterbinden konnte. Ein vergleichbarer historischer Prozeß wird für die Entwicklung Südkoreas beschrieben: Eun-Jeung Lee, Autoritäre Herrschaft und wirtschaftliche Entwicklung in Südkorea. Rückblick und Ausblick, in: Internationales Asienforum, 24 (1993), S. 75–90.

gigkeit Südvietnams von den Amerikanern begünstigte diese Entwicklung. Weil sich während dieser Jahre aber keine eigenständigen politischen Akteure und Organisationen entfalten konnten, gelang es dem Vietcong nach dem Sturz der südvietnamesischen Regierung relativ umstandslos, das politische Macht- und Elitenvakuum durch eine autoritäre Parteiführung leninistischen Stils zu ersetzen.

Dies ist auch der Grund dafür, daß der *Doi-Moi*-Prozeß – wie auch die vergleichbaren Entwicklungen in der Sowjetunion oder China – nicht durch politische Gegenkräfte, sondern durch die Parteiführung selbst eingeleitet wurde. Doch anders als in Osteuropa sieht sich die Elite der Kommunistischen Partei auch langfristig als Gestalterin der Erneuerung. Man versteht sich nach wie vor als eine sozialistische Volksrepublik, womit jedoch nicht mehr eine bestimmte ökonomische Grundausrichtung gemeint ist, „sondern die Verpflichtung des Staates auf wirtschaftliche Prosperität und nationale Unabhängigkeit“¹⁰. In dieser Hinsicht ebnet die Kommunistische Partei Vietnams seit 1986 den Weg zu einem autoritären Entwicklungsstaat nach dem Vorbild Südkoreas oder Singapurs (der ehemalige Ministerpräsident Singapurs, Lee Kuan Yew, ist derzeit wirtschaftspolitischer Berater in Vietnam)¹¹. Da die Reformbemühungen von nahezu allen Teilen der Bevölkerung gutgeheißen werden, ist auch eine breite und stabile Basis vorhanden, die diese aktuellen Veränderungen trägt.

Auf dem *wirtschaftlichen* Sektor wurde bereits zu Beginn des *Doi-Moi*-Prozesses die Kollektivierung in ausgewählten Bereichen sukzessive zurückgenommen. Privates Eigentum sowie Unternehmensgründungen und ausländische Investoren sind wieder zugelassen¹². Es entstand ein wirtschaftlicher Dualismus, dessen Gewichte sich zunehmend zugunsten des privaten Sektors verschoben haben¹³. Zugleich konzentrierte sich die Wirtschaftsförderung auf exportintensive Güterbereiche¹⁴. Nun erweist es sich als Vorteil, daß während

der Kollektivierungsphase der Industrialisierungsprozeß nicht so konsequent vorangetrieben wurde wie in den Staaten Osteuropas: In Vietnam war keine kapitalbindende Schwerindustrie entstanden, die nach der Öffnung unter Weltmarktbedingungen hätte entwertet werden müssen. Das Land war zu Beginn des *Doi-Moi*-Prozesses immer noch weitestgehend agrarisch strukturiert, und die vielen klein- und mittelständischen Betriebe konnten lokal agieren und sich so den veränderten Bedingungen schnell anpassen. Sie gaben die entscheidenden Impulse für einen sich selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung. Die in Vietnam durchaus ausreichend vorhandenen natürlichen Ressourcen erlauben bei einer intensiveren Bewirtschaftung einen durchschnittlichen Lebensstandard. Auf den teuren Import von Lebensmitteln kann weitgehend verzichtet werden¹⁵. Dies ist wichtig, weil damit die Nahrungsmittelpreise gesenkt und die anfängliche Hyperinflation gestoppt werden konnte. Der Vietnamesische Dong, der eng an den US-Dollar gekoppelt ist¹⁶, hat sich zu einer stabilen Währung mit einer geringen Inflationsrate entwickelt.

Die Kehrseite ist, daß staatlicherseits kaum noch finanzielle Mittel vorhanden sind, um den unter sozialistischer Herrschaft erreichten Standard der öffentlichen Einrichtungen (Schul- und Gesundheitswesen, Verkehrssystem) aufrechtzuerhalten oder gar auszubauen¹⁷. Nicht unerwähnt bleiben soll auch, daß der *Doi-Moi*-Prozeß eine wachsende soziale Ungleichheit und Armut produziert

15 Dies sind: Fischereiprodukte, Kaffee, Reis und Obst. Allein die Anbaugelände im Mekongdelta und in der Region Dalat ermöglichten eine Versorgung der gesamten Bevölkerung – wenn es nicht die immensen Transportprobleme zwischen Süd- und Nordvietnam gäbe.

16 Sowohl im Alltag als auch im Wirtschaftsleben werden beide Währungen als gleichrangig betrachtet; so befindet sich in einigen Ausgaben des Wochenmagazins „Saigon Times“ für den interessierten Investor eine Tabelle, in der *neben* dem amtlichen Umtauschkurs der Schwarzmarktpreis für den US-Dollar sowohl in Hanoi als auch in Saigon angegeben ist. Durch die relativ erfolgreichen Maßnahmen gegen die Inflation ist die Bedeutung des US-Dollar als Schattenwährung allerdings gesunken.

17 Eine „Erneuerung“ auch in diesem Bereich ist deshalb so schwierig, weil seit Ende der achtziger Jahre mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Beziehungen zu den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) die sehr umfangreiche Aufbau- und Wirtschaftshilfe eingestellt wurde. Vietnam wurde im Wortsinne von einem Tag zum anderen zum Selbstversorger. Erwähnt werden muß allerdings auch, daß Vietnam nicht wie andere Schwellenländer eine Subventionsmentalität entwickelt hatte. Vgl. Ngoc Bich Nguyen, Vietnam im Wandel, in: Südostasien Informationen, 10 (1994) 1, S. 19–23. Es bleibt zu betonen, daß auch heute noch das Gesundheits- und Schulsystem in Vietnam einen vergleichsweise hohen Standard aufweist; die hohe Alphabetisierungsrate von geschätzten 88 Prozent wird in keinem anderen Land Südostasiens erreicht.

10 Uwe Blien, Vietnamesische Betriebsleiter im „Spagat“ (unveröff. Manuskript), Nürnberg 1995, S. 5.

11 Mit seiner autokratischen Parteiherrschaft ist Vietnam mit dem Regierungstyp des „developmental state“ vergleichbar, der in beiden Ländern wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg beigetragen hat. Vgl. Peter Evans, Predatory, Developmental, and Other Apparatuses: A Comparative Political Economy Perspective on the Third World State, in: Sociological Forum, 4 (1989), S. 561–587.

12 Taiwan, Hongkong und Japan sind die wichtigsten asiatischen Direktinvestoren; eine große Rolle spielt ebenfalls Australien; von den europäischen Ländern engagiert sich nur Frankreich in nennenswertem Maße.

13 In Vietnam werden fünf Sektoren unterschieden: staatlich, kollektiv, privat, privatkapitalistisch, staatskapitalistisch.

14 Vietnam ist inzwischen nach Thailand und den USA drittgrößter Reisexporteur der Welt.

sowie eine Klasse von *labouring poor* hervorgebracht hat¹⁸.

Vietnams ökonomische Struktur verändert sich somit nach einem Grundmuster, das sich einige Jahrzehnte zuvor schon in den meisten übrigen (süd-)ostasiatischen Ländern herausgebildet hatte¹⁹. Das Land ist zwar noch ein „Tiger auf dem Fahrrad“, wie die thailändische Bangkok Post kürzlich anmerkte, es entwickelt sich aber rapide zu einem „Tiger auf der Honda“, der nun seinerseits im Gefüge mit den anderen asiatischen Staaten komparative Vorteile nutzt. So finden private Unternehmer auf dem freien Arbeitsmarkt sehr gut qualifizierte und zugleich relativ billige Arbeitskräfte, die darüber hinaus über die gefragten arbeitsbezogenen Sekundärtugenden – Fleiß, Ausdauer, Arbeitsdisziplin und Gemeinschaftsinn – verfügen²⁰. Diese Konstellation ermöglicht es, daß Japan und die übrigen *Tiger-countries*, vor allem Taiwan, nun ihrerseits die arbeitsintensiven Produktionszweige nach Vietnam verlagern.

Für das Gelingen des *Doi-Moi*-Prozesses ist letztlich der ökonomische Beitrag von mehr als einer Million chinesischstämmiger Vietnamesen nicht zu unterschätzen. Sie hatten vor der sozialistischen Machtübernahme 1975 nahezu alle wirtschaftlichen Schlüsselpositionen in Vietnam inne, und auch heute stellen sie (wieder) die größte Gruppe unter den einheimischen Investoren²¹. Viele Exilanten sind inzwischen im Ausland wohlhabend geworden und kehren mit einer guten Kapitalausstattung nach Vietnam zurück²². Wie hoch deren

Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ist, läßt sich aufgrund der bislang unzulänglichen Sozialstatistiken nicht genau bestimmen. Sicher ist, daß sie im Entwicklungsprozeß fast aller asiatischen Länder eine bedeutende Rolle spielen, weil sie auf weltumspannende Netzwerke zurückgreifen können²³. Unabhängig von ihrer konkreten nationalen Herkunft lassen sie sich dort nieder, wo sie gewinnbringende Handelsbeziehungen knüpfen können; sie denken weniger in „terms of nations or states“, sondern handeln flexibel aus einer „common ethnic identity“ und beanspruchen keine politische Mitsprache²⁴.

III. Westliche Erfahrungen als kulturelles Kapital

Die genannten politischen und ökonomischen Strukturen dürfen bei der Beurteilung der Entwicklung (süd-)ostasiatischer Länder nicht ignoriert werden. Sie sollten jedoch auch nicht überschätzt werden, denn sie sind notwendige, nicht aber hinreichende Voraussetzungen für einen *Take-off*. Politische und ökonomische Strukturen ergeben erst in dem jeweils besonderen kulturellen Rahmen einen Sinn. Innerhalb dieses Rahmens finden wir in (Süd-)Ostasien ein spezifisches Kulturwissen, das sowohl jahrhundertealte religiöse als auch nicht-religiöse Interpretationsmuster umfaßt²⁵. Sie erleichtern das Leben in der neuen Welt.

18 Die Höhe der Armut in Vietnam ist nicht genau bekannt; eine neuere Studie der SIDA (Swedish International Development Agency) spricht von 51 Prozent der Bevölkerung. Vgl. Oskar Weggel, Gesamtbericht Vietnam, Kambodscha, Laos, in: Südostasien aktuell, (1995) 5, S. 376–403, hier: S. 379. Armut ist vor allem in den ländlichen Regionen, insbesondere Nordvietnams, anzutreffen, in denen die Menschen im Bereich des Existenzminimums leben – deshalb zieht es viele männliche Vietnamesen in die Städte (im ländlichen Bereich leben etwa 80 Prozent der Bevölkerung).

19 Zu den Gemeinsamkeiten in den wirtschaftlichen Bedingungen in Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea vgl. Wilhelm Bürklin, Die vier kleinen Tiger. Die pazifische Herausforderung, München 1993.

20 Zu den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen, die hinter dem Bild der folgsamen Arbeiter (und verstärkt: Arbeiterinnen) stehen, vgl. Frederic C. Deyo, Beneath the Miracle, Berkeley u. a. 1989. Eine Zusammenstellung häufig zitiert Wirtschaftstugenden findet sich bei Oskar Weggel, Perspektiven für die zukünftige Stellung pazifisch-asiatischer Industriekulturen in der Weltwirtschaft, in: Werner Draguhn (Hrsg.), Neue Industriekulturen im pazifischen Asien, Hamburg 1993, S. 223–258, hier: S. 227 ff.

21 Vgl. Joel Kotkin, Tribes. How Race, Religion, and Identity Determine Success in the New Global Economy, New York 1993: „Chinese also have become the largest investors in Vietnam.“

22 Chinesischstämmige vietnamesische Exilanten konnten früher als andere ethnische Gruppen mit den wirtschaftlichen

Aktivitäten beginnen, weil sie mit einer anderen, sicheren Staatsangehörigkeit – etwa der amerikanischen – zurückkehrten. Vgl. ebd., S. 183; siehe auch Tran Khanh, The Ethnic Chinese and Economic Development in Vietnam, Singapore 1993.

23 So äußert sich etwa Peter L. Berger im Hinblick auf Singapur: „Die spezifischen Besonderheiten der chinesischen Kultur haben zum ökonomischen Erfolg des Stadtstaates beigetragen, sie haben ihm im Vergleich mit anderen einen Vorteil verschafft – nicht mehr, aber auch nicht weniger“ (zitiert nach Beng-Huat Chua, „Konfuzianisierung“ in der Modernisierung Singapurs, in: Joachim Matthes [Hrsg.], Zwischen den Kulturen?, Sonderband 8 der Sozialen Welt, Göttingen 1992, S. 249–269, hier: S. 251). Siehe auch S. Gordon Redding, The Spirit of Chinese Capitalism, Berlin – New York 1990, S. 143 ff., sowie die Zusammenfassung bei Bettina Gransow, Chinesische Modernisierung und kultureller Eigensinn, in: Zeitschrift für Soziologie, 24 (1995), S. 183–195, insbes. S. 192 ff.

24 J. Kotkin (Anm. 21), S. 169; siehe auch S. 172: „The Chinese do not care who holds the cow so long as they milk it.“

25 Zur Definition des Religiösen vgl. Franz Xaver Kaufmann, Religion und Modernität, Tübingen 1989, und Thomas Luckmann, Die unsichtbare Religion, Frankfurt am Main 1991; siehe auch: Wolfgang Schluchter, Religion und Lebensführung (2 Bände), Frankfurt am Main 1991. Zum Ineinandergreifen von religiösen und nicht-religiösen Momenten in den konfuzianischen Ethik- und Moralvorstellungen vgl. Max Weber, Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Kon-

Das nicht-religiöse Kulturwissen besteht nicht nur aus typisch asiatischen Sichtweisen, es schließt auch die Erfahrung mit marktwirtschaftlichen Zusammenhängen ein. Wie die meisten ehemals kolonialisierten (süd-)ostasiatischen Länder mußte sich auch Vietnam unter den Franzosen und Amerikanern mit den sogenannten westlichen Werten, also mit einer bestimmten politischen Weltanschauung und mit den Regeln der (privaten) Marktwirtschaft auseinandersetzen. Damit ist ein Kulturwissen entstanden, das über den eigenen Kulturraum hinausreicht und nun, unter den neuen Bedingungen, wieder verfügbar ist. Vietnamesen haben erfahren, was westliche Demokratien bewirken können und gelernt, wie Märkte funktionieren und wie man sich in einer Konkurrenzgesellschaft bewegt.

Trotz massiver Unterdrückung während der Kollektivierungsphase wurde dieses Kulturwissen nicht vergessen, sondern in Dorfgemeinschaften und im engeren Familienkreis aufbewahrt; insbesondere Angehörige älterer und mittlerer Jahrgänge der vietnamesischen Bevölkerung, vor allem des Südens, können es unter den neuen Bedingungen sofort umsetzen. Der Gründerboom bei den klein- und mittelgroßen Familienbetrieben in der Landwirtschaft und in der einfachen Industrie, der mit dem *Doi-Moi*-Prozess einsetzte, wurde durch die Kenntnis typisch westlichen Wissens gestützt – es war erfolgreich kapitalisierbar und konnte durch die Entwicklungserfahrungen anderer asiatischer Länder ergänzt werden. Profitables marktwirtschaftliches Handeln konnte sich also in Vietnam und in den anderen (süd-)ostasiatischen Ländern insbesondere deshalb nachhaltig entwickeln und durchsetzen, weil es westliche Wissensimpulse und günstige gesellschaftliche Anwendungsbedingungen gegeben hat.

IV. Das konfuzianische Ordnungssystem legitimiert den sozialen Wandel auf der Basis vertrauter Traditionen

Eine weitere zentrale Säule, die den vietnamesischen Transformationsprozeß trägt, ist das konfuzianische Ordnungssystem. Der Konfuzianismus ist, anders als aus der westlichen Perspektive gesehen, *keine* Religion, weil ein außerweltlicher Bezugspunkt fehlt²⁶. Er ist ein moralisch-ethischer

fuzianismus und Taoismus, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen 1988⁹, S. 276–535.

²⁶ In Vietnam hatte der Konfuzianismus seit dem 13. Jahrhundert neben dem animistischen Volksglauben und dem Buddhismus *nominell* den Status einer Religion. Die

Ratgeber und ein Ideengebäude für die Ordnung der Gesellschaft. Basis des Konfuzianismus ist ein pragmatischer Realismus der Weltanpassung, nicht die Weltbeherrschung – dies betonte bereits Max Weber in seinen religionssoziologischen Studien. Die Kernelemente sind: Ahnenverehrung, Zentralität der Familie, Vorstellung einer vertikal strukturierten sozialen und politischen Ordnung, Kontinuitätsidee (die Gegenwart baut auf der Vergangenheit auf) sowie die Wichtigkeit des Weltverstehens, d. h. des permanenten Lernens.

Die konfuzianische Weltanschauung verpflichtet dazu, für die Ahnen, für sich und die Kinder zu sorgen. Aus diesem Grunde werden lebenswichtige Dinge in den Familien sehr langfristig geplant. Dieser Vorsorgegedanke hat eine für die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu unterschätzende Bedeutung, weil damit die Konsum- und Sparneigung der Haushalte gesteuert wird: Vorsorge bedeutet Beschränkung im Konsumverhalten, was das Sparen positiv beeinflusst, mithin auch die nationalen Investitionsmöglichkeiten. Das Für-die-Zukunft-Sparen wird von den Vietnamesen also nicht mit einer ökonomischen Vernunft, sondern mit Hinweis auf die Ahnen und die Bedeutung der Familie begründet. Auch die Einbeziehung sämtlicher Familienmitglieder in den Arbeitsprozeß und das Auftreten der Großfamilie als *eine* ökonomische Einheit am Markt wird nicht als ökonomisches, sondern als ein solidarisches Handeln interpretiert, das den konfuzianischen Geboten entspricht²⁷.

Gemäß den konfuzianischen Ordnungsvorstellungen kommen „Reichtum und Ansehen vom Himmel“²⁸ – es ist allerdings erwünscht, dies auch individuell zu beeinflussen. Der Schlüssel dafür ist Lernen, was als Weltaneignung interpretiert wird und deshalb einen hohen Stellenwert hat. Wenn jemand durch Lernen zu Reichtum und Ansehen

konfuzianischen Lehren berufen sich nicht auf Gott, und sie enthalten auch keine Angaben über ein Leben nach dem Tod. Vgl. Helmut von Glasenapp, *Der chinesische Universalismus*, in: ders., *Die fünf Weltreligionen. Brahmanismus, Buddhismus, Chinesischer Universalismus, Christentum, Islam*, Köln 1985, S. 117–176, hier: S. 149: Die konfuzianische Moral „ist der Weltordnung immanent“. Der Konfuzianismus war die Staatsreligion einer intellektuellen Oberschicht, der Literaten und des Beamtentums – das Volk trat nur als Zuschauer der Riten in Erscheinung.

²⁷ Zur Bedeutung der Familie im vietnamesischen Alltag vgl. die Beiträge in: Rita Liljestrom/Tuong Lai, *Sociological Studies on the Vietnamese Family*, Hanoi 1991. Am Beispiel Chinas erläutert Carsten Herrmann-Pillath detailliert, wie sich traditionell familienorientierte Einstellungen unter den besonderen Bedingungen der entstehenden Marktwirtschaft reproduzieren: Vgl. Carsten Herrmann-Pillath, *Marktwirtschaft in China. Geschichte – Strukturen – Transformation*, Opladen 1995.

²⁸ H. v. Glasenapp (Anm. 26), S. 148.

gelangt ist, kann er für sich in Anspruch nehmen, vom Himmel beschenkt worden zu sein. Dies ist auch der Grund, warum profitorientiertes Handeln grundsätzlich positiv bewertet wird, denn es nutzt der Mehrung des Reichtums. Somit ist das im vietnamesischen Alltag beobachtbare aggressive Streben nach einem besseren Leben und nach entsprechenden westlichen Statussymbolen moralisch-ethisch völlig gerechtfertigt und in keiner Weise verpönt. Die öffentliche Demonstration von Reichtum und Ansehen ist Ausdruck einer gelebten konfuzianischen Ordnung und nicht Angeberei.

Diese Beispiele des praktischen Alltagskonfuzianismus zeigen, daß politische und ökonomische Handlungen mit einem Bedeutungsüberschuß versehen werden: Eine wirtschaftliche Transaktion dient nicht nur der Einkommens- oder Profiterzielung, sie steht darüber hinaus auch für eine konfuzianische Lebensführung. Konfuzianische Deutungen sind Re-Interpretationsfolien, die den sozialen Wandel auf der Basis vertrauter Traditionen legitimieren, ohne das gewachsene, identitätsstiftende (süd-)ostasiatische Selbstverständnis zu gefährden²⁹.

V. Der Volksbuddhismus ist ein Austauschsystem, das dies- und jenseitige Vorstellungen aufeinander abstimmt

Die Religion des Volksbuddhismus ist die dritte bedeutsame Säule des *Doi-Moi*-Prozesses. In Vietnam bezeichnen sich 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung als Buddhisten – und zwar im Sinne von Nicht-Christen und Nicht-Moslems. Sie pflegen *zugleich* ein wohlabgestimmtes System von animistischen Praktiken, weshalb treffend von einem Volksbuddhismus gesprochen wird³⁰. Grundlegend

29 Vgl. B. Gransow (Anm. 23), S. 185: die „Indienstnahme von traditionellen Mobilisierungsfaktoren“ könnte man mit einem „neuen Paradigma“ belegen, „das man dann vielleicht als ‚Tradition in der Moderne‘ bezeichnen müßte“. Zur Fruchtbarkeit der Diskussion um Traditionalität und Modernität vgl. Peter S. J. Chen, *The Cultural Implications of Industrialization and Modernization in South-East Asia. Readings on Social Change and Development*, London u. a. 1980, S. 236–246.

30 Vgl. Nguyen Tien Huu, *Dörfliche Kulte im traditionellen Vietnam*, München 1970. Weggel (Anm. 20, S. 226) differenziert zwischen einem Konfuzianismus als Staatsideologie und einem vulgarisierten konfuzianischen Denken, dem „Regelwerk des Kleinen Mannes“, das positiv auf die ostasiatische Wirtschaftsentwicklung gewirkt habe. Etwa 10 Prozent der Bevölkerung in Vietnam sind katholische Christen. Das Christentum gibt es seit dem 16. Jahrhundert. Es brachte vor allem Kenntnisse von der westlichen Logik und wissenschaftliches Wissen. Vietnamesische Christen verstehen sich „von Haus aus“ als nicht-kommunistisch und sind deshalb seit 1975 in Vietnam politisch umstritten, manche wurden ver-

ist ein Ahnen- und Geisterkult: Es gibt Heilige, Schutzgeister, Götter und Nationalhelden, die mit Anbetungen, Opferhandlungen, Riten und Zeremonien bei wiederkehrenden Festlichkeiten oder Wallfahrten verehrt werden; in fast allen Orten befinden sich Tempel, die als Gemeindezentren zugleich weltlichen Verrichtungen dienen (dies können auch Sitzungen der KP sein). Diese Form der Weltdeutung hat nach Ansicht des Ethnologen Nguyen Tien Huu im wesentlichen eine Sozialisationsfunktion: In den mythischen Erzählungen begegnen menschliche Figuren nichtdurchschaubaren Mächten, mit denen sie sich beispiel- und vorbildhaft in Form von Ritualen auseinandersetzen müssen³¹.

Diese Mythen werden im Alltag mit Elementen des Mahayana-Buddhismus verknüpft, der ebenfalls in China, Taiwan, Korea und Japan (mit länderspezifischen Modifikationen) praktiziert wird und als flexibler Buddhismus gilt. Der Buddhismus reguliert das Verhältnis zum unbekanntem Nicht-Diesseitigen und wird deshalb auch als eine Ergänzung zum Konfuzianismus betrachtet. Er gilt – anders als das Christentum – als tolerant und anpassungsfähig, weil er alle anderen religiösen Denkmuster als Vorstufen zu einer alles umfassenden Wahrheit interpretiert und deshalb gelten läßt. Vietnamesen denken in dieser Hinsicht nicht in westlichen Wahr-Falsch-Mustern; die unterschiedlichen Religionen werden eher als bedingt gültige Ausdrucksweisen transzendenter Erfahrungen interpretiert³².

Zu den jenseitigen Verhältnissen haben die meisten vietnamesischen Buddhisten ein ambivalentes Verhältnis, denn man ist nicht restlos davon überzeugt, daß Gebete, Opfer, Riten usw. genau das bewirken, was ihnen unterstellt wird; andererseits ist man sicher, daß eine Nichtbeachtung negative Folgen haben kann³³. Pragmatisch gewendet heißt dies, daß gemäß dem *Als-ob-Prinzip* gehandelt wird: also „als ob es wirken würde“. Die religiöse Handlung wird als Teil eines Äquivalententauschs interpretiert. Man opfert – zahlt also – für einen *one-time-service*, etwa: für einen anstehenden Geschäftsabschluß, und *erwartet* im Gegenzug, daß die Dinge zurechtgerückt werden, also das Geschäft gewinnbringend sein wird. Wirtschaftliches Handeln wird deshalb unmittelbar mit religiösen Praktiken verknüpft, um die unternehmeri-

folgt, und einige werden auch heute noch bei ihrer Berufswahl und -ausübung behindert. Vgl. Martin H. Petrich, *Buddhismus in Vietnam: Zwischen Aufbruch und Widerstand*, in: *Südostasien Informationen*, 10 (1994) 2, S. 9–12.

31 Nguyen Tien Huu (Anm. 30).

32 Vgl. H. v. Glasenapp (Anm. 26).

33 Vgl. Francis Wolf, *Chinesische Religion in Südostasien*, in: *Südostasien Informationen*, 2 (1986) 4, S. 6–10.

schen Unsicherheitsmomente einzuschränken. Religion wird zu einer Rückversicherung in der ökonomischen Sphäre. Die unmittelbare Gegenseitigkeit zwischen Verehrung und Rat sowie Gabe und Unterstützung ermöglicht es, jeden einzelnen politischen Schritt, jede anstehende Investition oder jede soziale Veränderung in dem Rahmen eines religiösen Verpflichtungsverhältnisses abzuhandeln. Findet ein Vorhaben Zuspruch, dann kann es kaum mißlingen, scheitert es dennoch, dann hat es bei der Durchführung Fehler, aber kein individuelles Scheitern gegeben – weil man sich ja abgesichert hatte.

Das hier vereinfacht dargestellte Grundprinzip macht vor allen Dingen deutlich, daß das westliche Denken in Entweder-Oder-Kategorien in einem konfuzianisch-volksbuddhistisch geprägten Gedankengebäude keinen Platz hat. Es herrscht vielmehr die Maxime, daß das eine *und* auch das entgegengesetzte andere richtig sein könnte, und keine Macht kann dazu zwingen, eine Entscheidung treffen zu müssen. Man entscheidet sich freilich von Situation zu Situation immer wieder – sonst wären die (Süd-)Ostasiaten nicht handlungsfähig –, aber nicht *deshalb*, weil der gewählte Weg als der richtige angenommen wurde, sondern *obwohl* man weiß, daß beide Wege gleich richtig gewesen sein könnten. Zu den asiatischen Grundvorstellungen gehört es, die Ambivalenz jedweder sozialen Situation auszuhalten – so der in Singapur lebende deutsche Soziologe Joachim Matthes. Dies führt zu den häufigsten Fehlinterpretationen asiatischen Handelns, weil es aus westlicher Sicht mit den christlich-abendländischen Wahrheits- und Eindeutigkeitsvorstellungen kollidiert.

Während der Konfuzianismus es also gestattet, modernes, westlich orientiertes Handeln über seinen ursprünglichen Zweck hinaus auch als Element einer konfuzianischen Lebensführung zu deuten, wird der Volksbuddhismus als ein Austauschsystem interpretiert, das dies- und jenseitige Vorstellungen aufeinander abstimmt. Pointiert formuliert: Der praktizierte Konfuzianismus legitimiert, der Volksbuddhismus sanktioniert – im Sinne von: heiligt – diese Handlungen. Dies ist in den übrigen südostasiatischen Ländern, in denen der orthodoxe Hinayana-(Theravada-)Buddhismus praktiziert wird (in den südlichen Khmer-Regionen Vietnams, in Thailand, Laos, Burma und Kambodscha), sehr ähnlich. Auch in den moslemisch geprägten südostasiatischen Ländern (Indonesien und Malaysia) wird eine religiöse Lebensweise mit konfuzianischen Ordnungsvorstellungen verknüpft und wirkt so förderlich auf politisches und wirtschaftliches Handeln. Der Erfolg all dieser Länder hängt offensichtlich davon ab, ob die vielen unterschiedlichen modernen Elemente einer westlichen Lebensfüh-

rung in das vorhandene kulturelle Symbol- und Bedeutungssystem eingebaut werden können.

VI. Die „Asiatisierung Asiens“ und die Kulturalisierung „von oben“

Die typisch asiatische Fertigkeit der pragmatischen Weltanpassung, also die Integration moderner Lebensführung in das gegebene traditionale Bezugssystem, war weder in Vietnam noch in den übrigen *Tiger-countries* per se vorhanden. Diese Fähigkeit hat sich auch nicht unbedacht „hinter dem Rücken“ der Akteure durchgesetzt, sie ist vielmehr geplant und gesellschaftlich hergestellt worden. So geht es den Gestaltern des *Doi-Moi*-Prozesses beispielsweise explizit darum, den sozialen Wandel so zu lenken, daß durch die weitere Verbreitung westlich-moderner Verhaltensweisen das traditionelle Kulturwissen nicht beeinträchtigt wird. Auch in Vietnam hat man wie in den übrigen (süd-)ostasiatischen Ländern ein Interesse daran, die mit wachsendem Selbstbewußtsein geführte Diskussion um asiatische Werte voranzutreiben. Es geht ihnen um die Asiatisierung Asiens durch eine *Kulturalisierung* sozialer Verhältnisse.

Für den Stadtstaat Singapur ist es belegt, und in Südkorea, Taiwan und Vietnam beobachtbar, daß eine Konfuzianisierung „von oben“ eingesetzt hat. Der singapurische Soziologe Beng-Huat Chua hat eindrucksvoll beschrieben, wie die politische Machtelite versucht, den tiefgreifenden sozialen Wandel in einen Deutungshorizont zu stellen, in dem es um „richtige“ und „falsche“ gesellschaftliche Werte geht. Erwünscht sind jene Werte, die die Gesellschaft als ein harmonisches Ganzes erscheinen lassen; unerwünscht solche, die mit einem Zerfall der Gesellschaft in Verbindung gebracht werden könnten. Bei den ersteren handelt es sich um *die* asiatischen, konfuzianisch begründbaren Werte, bei den letzteren um *die* westlichen, *nur* rational begründbaren Werte³⁴.

34 Vgl. B.-H. Chua (Anm. 23). In diesem Zusammenhang geht es auch immer um die Gegenüberstellung gemeinschaftsbezogener vs. individualistischer Ausprägungen der Moderne. „Könnte es sein, daß Ostasien erfolgreich darin war, eine Version kapitalistischer Modernität hervorzubringen, die nicht-individualistisch ist?“ (P. L. Berger [Anm. 6], S. 6). Lee Kuan Yew, „Ich sage: Wir hängen sie auf“ (Interview), in: *Nach uns die Asiaten? Die pazifische Herausforderung* [Zeit-Punkte, (1995) 4], S. 19–21: spricht von fundamentalen Unterschieden „etwa in der Bedeutung, die der Westen dem Individuum zumißt oder der Osten der Gesellschaft. . . . Wenn wir unsere Grundwerte verlieren, unsere kommunitäre Einstellung, nach der die Gesellschaft der entscheidende Mechanismus ist, der uns erhält, dann sind wir in Gefahr, denselben Weg einzuschlagen, den die Amerikaner

Diese Debatte – so Beng-Huat Chua – zielt darauf ab, westliche Ethik und Moral sowie das Auftauchen der befürchteten egoistischen „Me-Generation“ abzuwenden.

Vergleichbares gilt für die Religionsausübung, die von Partei und Regierung in Vietnam seit 1975 überwacht wird. Diese Kontrolle ist wichtig, weil es den Vertretern des Volksbuddhismus seit jeher zusteht, weltbezogene Vorgänge öffentlich zu kommentieren und zu bewerten – genau das muß in einem autokratischen System gesteuert werden. Seit den neunziger Jahren geschieht dies seltener durch Verbote, sondern durch demonstrative Teilnahme: Selbst hochrangige Mitglieder der Kommunistischen Partei scheuen sich nicht, sich als praktizierende Buddhisten zu bezeichnen³⁵ (bekenkende Christen *outen* sich hingegen als Parteigegner). Dabei geht es weniger um Volksnähe: Als praktizierende Buddhisten nehmen auch Partei- und Regierungsmitglieder für sich in Anspruch, gesellschaftliche Vorgänge zu kommentieren – und aus dieser integer erscheinenden Position heraus wird dann wiederum der bekannte Disput zwischen westlichen und asiatischen Werten inszeniert³⁶. *Kultur* wird also nicht nur von den Wortführern des kapitalistischen Südostasiens (Lee Kuan Yew, Mohammed Mahathir, Suharto) als Entwicklungsvorteil propagiert, sie ist auch den sozialistischen Gestaltern des vietnamesischen *Doi-Moi*-Prozesses nützlich. Kultur hat Konjunktur und ist vielfach und von jedem gemäß der eigenen Interessenlage verwendbar.

VII. „Social evils“ und das Steuerungspotential der Kommunistischen Partei

Daß die Asiatisierung Asiens³⁷ und die Kulturalisierung sozialer Verhältnisse etwas mit Politik zu

gegangen sind; dort ist die Gesellschaft unregierbar geworden“ (S. 19).

35 Auch auf die Vereinbarkeit von Konfuzianismus und der südostasiatischen Rezeption des Marxismus („metaphysischer Marxismus“) ist vielfach hingewiesen worden. Vgl. Claudia Pfeifer, Staat oder Markt – Gesellschaft oder Individuum? Hintergründe und Perspektiven des Demokratisierungsprozesses in Vietnam, in: Internationales Asienforum, 23 (1992), S. 347–358; vgl. auch die in Claudia Pfeifer, „Einen anderen Weg gibt es nicht“. Warum es Vietnams Kommunisten so schwer fällt, sich von alten Dogmen zu trennen, in: Südostasien Informationen, 7 (1991) 4, S. 32–33, genannte Literatur.

36 Dies ist durchaus mit Gefahren verbunden, weil mit dem Wiederbeleben religiöser Momente der Lebensführung ethnische Differenzen, die schon jetzt in Vietnam nicht unerheblich sind, stärker wahrgenommen werden.

37 Vgl. Yoichi Funabashi, The Asianization of Asia, in: Foreign Affairs, 72 (1993), S. 75–85.

tun hat bzw. offensichtlich mit der Absicht verbunden ist, die derzeitigen politischen Machtkonstellationen abzusichern und damit die gesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten intakt zu halten³⁸, wird in Vietnam seit Anfang dieses Jahres besonders deutlich: Die bis in die entlegensten Winkel Vietnams einsickernde (westliche und asiatische) Produktwerbung wird als eine obszöne und unnötige Konsumaufforderung gedeutet; Karaoke-Bars, die sich in den Städten Vietnams rasch verbreitet haben, erscheinen nun als dekadente Amüsierbetriebe, die die traditionell-vietnamesischen Geselligkeitsformen verdrängen; die vor allem in Saigon blühende Prostitution (auch mit Kindern), die lange Zeit geduldet wurde, wird nun breit debattiert und verurteilt.

Schon seit ein paar Jahren wurde in der Öffentlichkeit immer wieder von diesen und anderen „social evils“ (vietnamesische Bezeichnung für jegliche Art von sozialen Abweichungen) gesprochen, die man mit einem nichtkontrollierten wirtschaftlichen Wildwuchs in Zusammenhang brachte und als typisch westliche Dekadenzen geißelte. Aber man sprach nur hinter vorgehaltener Hand darüber, gelegentlich wurden auch Verbote erlassen, und vor allen Dingen wurden aber für die vielen Sondergenehmigungen sogenannte Gebühren erhoben. Bereits sechs Monate vor dem politisch wichtigen VIII. Parteitag begann die Parteiführung durchzugreifen. Das Anbringen von nicht-vietnamesischen Schriftzeichen in einer bestimmten Größe wurde verboten, und in Nacht- und Nebelaktionen im Februar dieses Jahres haben herumstreifende Parteibanden europäische, amerikanische und teilweise auch asiatische Werbeinsignien mit vietnamesischen Lettern übermalt. Karaoke- und Prostitutionsbars wurden nicht nur verboten, sondern ebenfalls von diesen Banden heimgesucht, die Videogeräte, Bänder und andere Utensilien zerstörten oder beschlagnahmten.

Vo Van Kiet und die Angehörigen der Kommunistischen Partei wollten wiedergewählt werden und die Aktionen sollten zeigen, daß man sehr wohl noch Herr der Entwicklung ist und diese so steuern kann, daß man westliche, nicht-eigentlich-vietnamesische „social evils“ vermeiden kann.

Diese kulturelle Unterfütterung des politischen Handelns war erfolgreich, wie der VIII. Parteitag gezeigt hat. Es war eine politische Stimmung von Optimismus und Pragmatismus geschaffen worden, und bereits im Vorfeld der eigentlichen Sitzung konnte man sich auf einen Bericht des Zen-

38 Vgl. Dieter Senghaas, Über asiatische und andere Werte, in: Leviathan, 23 (1995), S. 5–12, hier: S. 12: „Der Kulturalisierung liegen jedoch allermeist handfeste machtpolitische Auseinandersetzungen zugrunde.“

tralkomitees und ein „Wirtschaftsprogramm für den Übergang in das kommende Jahrtausend“ einigen. Die zu wichtigen Ereignissen immer wieder aufflackernde Kontroverse zwischen den Alt-Kommunisten, dem Militär und den jüngeren Reformern konnte zwar nicht beigelegt werden, man hat aber im Hinblick auf die Führungsspitze pragmatische und weise Beschlüsse gefaßt, die sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht als nützlich erweisen könnten.

Die Mitglieder der Regierungstroika, bestehend aus dem Parteichef und Generalsekretär Do Muoi (79, der als politischer Vermittler gilt), Präsident General Le Duc Anh (75) und Ministerpräsident Vo Van Keit (73) wurden trotz ihres hohen Alters nicht abgewählt oder abgesetzt. Das Politbüro wurde erweitert und innerhalb dieser Gruppierung ein ständiger Ausschuß gebildet, dem nun neben den Mitgliedern der Regierungstroika zwei jüngere Militärpolitiker angehören. Dieses Gremium hat die Aufgabe, die Umsetzung der Parteibeschlüsse zu kontrollieren. Die Einrichtung eines solchen ständigen Ausschusses hat vor allem eine symbolische Bedeutung, denn es ist das öffentliche Eingeständnis, daß Parteibeschlüsse bislang nicht in der Form umgesetzt wurden, wie man es sich an der Parteispitze gewünscht hätte. Dafür spricht auch, daß innerhalb des Politbüros die Abteilung für Parteidisziplin neu besetzt wurde. Die Tatsache, daß diese einflußreiche Position mit einer Frau, Nguyen Thi Xuan My, besetzt wurde, spricht für die Bereitschaft zu weiteren gesellschaftlichen Veränderungen. In der vietnamesischen Presse hieß es, ein Generationenwechsel wäre für die weitere Entwicklung zu abrupt gewesen; eine politische Liberalisierung oder eine Mehrparteiendemokratie werde weiterhin strikt abgelehnt.

Im Hinblick auf das ökonomische Geschehen wurde beschlossen, die Wirtschaftsreformen und die Öffnung für ausländische Investoren fortzusetzen, womit die Linie der Privatisierung und wirtschaftlichen Liberalisierung sowie die oben skizzierte eigentümliche Mischform eines begrenzt freien Marktes mit starker staatlicher Kontrolle bekräftigt wurde. Wie auf der politischen Ebene (Optimismus und Pragmatismus) wird auch im wirtschaftlichen Bereich die Absicht deutlich, die Entwicklung fortzuführen und zu intensivieren (Effizienz), dies aber nicht auf Kosten des befürchteten unkontrollierbaren Wildwuchses. Um Fehler zu vermeiden, waren die Parteitagsdelegierten der Ansicht, daß eine Stärkung der Staatsbetriebe

unerläßlich sei. Sie sehen die Gefahr, daß die ökonomische Entwicklung, wenn der Anteil des rein privaten Bereichs weiterhin zunimmt, nicht mehr steuerbar ist, weil neue Abhängigkeits- und damit möglicherweise auch Verpflichtungsstrukturen entstehen.

Die westliche Presse hat sehr reserviert auf die Ergebnisse des Parteitages reagiert: In der Entscheidung, die bisherige Machtspitze zunächst nicht auszuwechseln, sah man nur gerontokratische Interessen des Machterhalts; die Absicht, den öffentlichen Sektor zu stärken, verursachte gar eine weitgehende Verunsicherung im Hinblick auf zukünftige Investitionen. Diese Aufgeregtheiten sind jedoch nicht gerechtfertigt, denn sie ignorieren den politischen und ökonomischen Hintergrund dieser Entscheidungen. Für die politische Ebene ist bedeutsam, daß diejenigen, die aus westlicher Sicht als Reformer gelten, Personen sind, die sowohl wirtschaftlich als auch politisch einflußreich sind; sie nutzen beide Interessensphären zu ihrem Vorteil. Polit-ökonomisches Hasard und Begünstigung der Korruption wären die Folge gewesen, wenn man diese 2. Garde in politisch einflußreiche Ämter gewählt hätte. Für den ökonomischen Bereich ist bedeutsam, daß nur ein *relativ* starker staatlicher Bereich ökonomische Kontrolle gewährleistet, die aus Sicht der politischen Führung notwendig ist, um nicht in ein volkswirtschaftliches Chaos zu geraten. Nur staatlichen Unternehmen (wie in anderen Ländern auch) kann es gelingen, die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere im Bereich des Transports und der Energie, vorzunehmen. Das gleiche wird beispielsweise auch in Singapur oder in Malaysia praktiziert, aber von der westlichen Welt nicht verurteilt. Unbeachtet blieb auch das Motto des Parteitages, den Kampf gegen die „Vergötterung des Geldes“ aufzunehmen – damit wurde daran erinnert, daß es spirituell-moralische Werte gibt, die in diesem neuen alten Vietnam nun wieder wichtig werden sollen.

Die dritte Welle in das pazifische Zeitalter, von der Laos, Kambodscha, Burma und Vietnam erfaßt werden, führt in Vietnam zur dritten Revolution: Nach der Durchsetzung sozialistischer, dann marktwirtschaftlicher Prinzipien sollen nun typisch asiatisch-vietnamesische Kulturtraditionen reaktiviert werden. Eine vierte Revolution, die das politische System erschüttern könnte, wird vorerst ausbleiben.

Entwicklung und Demokratisierung in Südkorea

Kleine Schritte nach dem großen Sprung

I. Südkorea und die Entwicklungstheorie: kleiner Tiger, schwarzes Schaf?

Internationale Beobachter haben ihre Schwierigkeiten mit der facettenreichen Entwicklung Südkoreas. Der bemerkenswerte wirtschaftliche Aufschwung, den das Land seit den sechziger Jahren genommen hat, weckte das Interesse¹. Dies galt um so mehr, als dieser Erfolg sich bald von der Stagnation im kommunistisch regierten Nordkorea abhob. Die wohlwollende Aufmerksamkeit war jedoch keineswegs von uneingeschränktem Beifall begleitet – schließlich war Südkorea nicht gerade ein Musterbeispiel für freie Marktwirtschaft und Demokratie. Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ist zugleich eine Geschichte autoritärer Regierungen.

So kann es nicht weiter verwundern, daß die Ansichten über Südkorea auseinandergingen – und sich immer wieder veränderten. Lange Zeit wäre wohl niemand auf die Idee gekommen, ausgerechnet Südkorea als Beispiel erfolgreicher Industrialisierung anzuführen. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die sechziger Jahre hinein waren die internationalen Entwicklungsagenturen der Ansicht, Südkorea sei ein eher hoffnungsloser Fall². Politische Instabilität und ein beinahe ausschließlich fremdfinanziertes Wachstum verhießen wenig Gutes für die Zukunft des Landes. Nach einem Militärcoup im Jahr 1961 änderte sich das Bild: Das Militärregime setzte eine neue Entwicklungsstrategie durch, und Südkorea wurde zu einem der dynamischen Schwellenländer Ostasiens, die als die „vier kleinen Tiger“ (neben Südkorea sind dies Hongkong, Singapur und Taiwan) von sich reden machten. Doch die Dauerhaftigkeit des Militärregimes trübte das neue Erfolgssimage – trotz wirtschaftlichen Auf-

schwungs ließ die erhoffte Demokratisierung auf sich warten.

Man sprach bereits von den Grenzen der südkoreanischen Erfolgsgeschichte³ und von einer „entwicklungspolitische(n) Sackgasse“⁴, als 1987 die Demokratisierung eingeleitet wurde. Eine neue Verfassung stand am Anfang, und im weiteren Verlauf schien sich die demokratische Transformation Schritt für Schritt fortzusetzen. Südkorea konnte einhellige Anerkennung für seine „stille Revolution“⁵ verbuchen. Der trügerische Eindruck eines sanften Übergangs wurde jedoch korrigiert, als die beiden letzten Präsidenten aus den Reihen des Militärs, Roh Tae Woo und Chun Doo Hwan, in weißer Häftlingskleidung vor ein weltweites Fernsehpublikum traten und sich beim eigenen Volk entschuldigten. Sie werden für brutale Übergriffe gegen die Opposition in den achtziger Jahren und langjährige Korruption verantwortlich gemacht. Das Ausmaß des Machtmißbrauchs erstaunte nicht nur die südkoreanische Öffentlichkeit: In den beiden Fällen geht es um Bestechungssummen von über 500 Millionen (Roh) bzw. sogar 1,35 Milliarden DM (Chun).

Gänzlich unerklärlich sind die Verfehlungen der beiden ehemaligen Präsidenten allerdings nicht. Die Ursprünge von Korruption und Machtmißbrauch sind in den Strukturen eines bürokratisch-autoritären Entwicklungsstaates zu suchen, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Südkorea herausbildeten.

II. „Südkorea, Inc.“: Eine Erfolgsgeschichte mit Schönheitsfehlern

1. Ein schlechter Start unter guten Vorzeichen

Eine eigene politische Entwicklung begann für Korea erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Davor

1 Das Bruttosozialprodukt pro Kopf, das vor dreißig Jahren noch bei etwa 100 US\$ lag, belief sich im Jahr 1993 bereits auf 7660 US\$. Damit liegt Südkorea knapp hinter Portugal und noch vor Griechenland (Weltbank, Weltentwicklungsbericht, Bonn 1995).

2 Vgl. Bruce Cumings, *The Political Economy of the Pacific Rim*, in: Ravi Arvind Palat (Hrsg.), *Pacific Asia and the Future of the World-System*, Westport-London 1993, S. 21–37, hier: S. 24.

3 Vgl. David A. Smith/Su-Hoon Lee, *Limits on a Semi-peripheral Success Story? State Dependent Development and the Prospects for South Korean Democratization*, in: William G. Martin (Hrsg.), *Semiperipheral States in the World-Economy*, New York u. a. 1990, S. 79–95.

4 Hans Ulrich Luther, *Südkorea: (K)ein Modell für die Dritte Welt?*, München 1981, S. 208.

5 Frank B. Gibney, *Korea's Quiet Revolution. From Garrison State to Democracy*, New York 1992.

war es jahrhundertlang von China abhängig und befand sich zwischen 1910 und 1945 unter japanischer Kolonialherrschaft. Nach der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg wurde Korea in die nationale Unabhängigkeit entlassen und sah sich nun mit dem Erbe des Kolonialismus konfrontiert. Dieses bestand aus vielen Altlasten, aber die japanische Besatzungsmacht hatte – neben vielen Zerstörungen – auch eine industrielle Infrastruktur hinterlassen, die zu den besten in der sogenannten „Dritten Welt“ gehörte⁶. Die forcierte Industrialisierung bewirkte, daß Korea wirtschaftlich und kulturell aus seiner stationär-agrarischen Wirtschaftsform herausgerissen wurde⁷.

Als souveräne „Nation“ blieb Korea zunächst ein Spielball der politischen Interessen der damaligen Hegemonialmächte. Die Supermächte USA und UdSSR entdeckten die koreanische Halbinsel für ihre strategischen Interessen⁸. Die Aufteilung in zwei Verwaltungszonen, die jeweils der Kontrolle der USA bzw. der UdSSR unterstanden, sollte eigentlich im Rahmen einer für das Jahr 1948 vorgesehenen, international überwachten Wahl beseitigt werden. Dazu kam es jedoch nie, statt dessen entstanden zwei eigenständige Staaten: die (sozialistische) Volksrepublik Korea im Norden und die (kapitalistische) Republik Korea im Süden des Landes. Durch den wenig später ausgebrochenen Krieg zwischen beiden Staaten (1950–1953) wurde Südkoreas wirtschaftliche Infrastruktur schwer geschädigt. Nur die großzügige ökonomische Aufbauhilfe der USA verhinderte, daß die Wirtschaft völlig zusammenbrach. Die Hilfe belief sich auf sechs Milliarden US-Dollar zwischen 1945 und 1978 – soviel wie für den gesamten afrikanischen Kontinent innerhalb des gleichen Zeitraums⁹.

6 Vgl. Bruce Cumings, *The Origins and Development of the Northeast Asian Political Economy: Industrial Sectors, Product Cycles, and Political Consequences*, in: Frederic C. Deyo (Hrsg.), *The Political Economy of the New Asian Industrialism*, Ithaca-London 1987, S. 44–83, hier: S. 56. Außerdem führte die Besatzungsmacht eine Landreform durch und förderte die Bildungs- und Gesundheitssysteme.

7 Vgl. Wilhelm Bürklin, *Die vier kleinen Tiger. Die pazifische Herausforderung*, München 1993, S. 155. Zum Bruch mit der kulturellen Tradition vgl. Young-Iob Chung, *The Impact of Chinese Culture on Korea's Economic Development*, in: Hung-chao Tai (Hrsg.), *Confucianism and Economic Development: An Oriental Alternative?*, Washington D.C. 1989, S. 149–165.

8 Vgl. Vgl. Peter J. Opitz, *Das „Land der Morgenstille“ – ein Brennpunkt der Weltpolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B36–37/88, S. 3–16.

9 Vgl. Walden Bello / Stephanie Rosenfeld, *Dragons in Distress: The Crisis of the NICs*, in: *World Policy Journal*, 7 (1990), S. 431–468, hier: S. 434. Die Unterstützung hatte ein klares strategisches Ziel: die Sicherung der amerikanischen Einflußzone in Asien. Die Wirtschaften der Newly Industrialized Countries (NICs) sollten gefördert werden, um sie gegen den vermuteten „Domino-Effekt“ kommunistischer Machtübernahme in Asien zu schützen.

Auf der Basis dieser Finanzmittel begann die Entwicklungsphase der sogenannten *primären Import-Substitution* (1953–1960), in der vor allem einfache Konsumgüter für den Eigenbedarf hergestellt wurden. Die inländische Industrie wurde durch Zölle geschützt und durch den Import hochwertiger Industriegüter unterstützt. Die üppigen Finanzmittel wurden von der Staatsbürokratie unter dem Präsidenten Syngman Rhee allerdings nicht nur zum Ausbau der Industrie genutzt, sondern dienten auch der persönlichen Bereicherung¹⁰. Die Effizienz der Hilfsgüterverteilung sank, und die USA kürzten ihre Leistungen. Die schlechten wirtschaftlichen Aussichten beeinträchtigten die Chancen des selbstherrlich regierenden Syngman Rhee auf eine Wiederwahl. Der Versuch, sich durch Wahlfälschungen zu retten, führte im Wahljahr 1960 zu Studentenunruhen und schließlich zum Sturz des Präsidenten. Die neue Regierung brachte zwar einige wichtige Reformen auf den Weg¹¹, fortgesetzte wirtschaftliche Schwierigkeiten untergruben jedoch ihre Legitimität und Handlungsmöglichkeiten.

2. Der „große Sprung“ und der Weg zur Entwicklungsdiktatur

Wirtschaftliche Turbulenzen waren die Rechtfertigung für den Militärputsch am 16. Mai 1961. Eine Militärclique um den Offizier Park Chung Hee ergriff die Macht, löste das Parlament auf und erklärte das demokratische Experiment vorerst für beendet – Südkorea solle seine Kräfte nicht auf die Demokratie verschwenden, sondern auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren: „Food comes before politics.“¹² Das Militärregime setzte nun auf eine rigorose Wirtschaftssteuerung, womit die Erfolgsgeschichte Südkoreas begann.

Doch dieser Erfolg hatte seinen Preis: Demokratische Entwicklung und die Partizipation breiter Bevölkerungsschichten am Wohlstand waren zunächst nicht vorgesehen¹³. Alle Parteien und politischen Organisationen wurden verboten; eine ganze Generation von Politikern wurde durch das

Wirtschaftswachstum sollte sie gegen diese Bedrohung „immunisieren“; vgl. B. Cumings (Anm. 2) und P. J. Opitz (Anm. 8), S. 7.

10 Vgl. W. Bürklin (Anm. 7), S. 168 ff.

11 U. a. wurde die Autonomie der lokalen Behörden gestärkt; siehe dazu Mark B. M. Suh, *The Long March Toward Democracy: Assessment of the Political Modernization in the Republic of Korea*, in: *Internationales Asienforum*, 24 (1993), S. 57–74, hier: S. 59.

12 Chung Hee Park, *To Build a Nation*, Washington D.C. 1971, S. 101.

13 Park betonte immer wieder, eine „gesunde“ Demokratie könne nur auf der Basis einer funktionierenden Wirtschaft entstehen; so etwa in seiner Rechtfertigung des Putsches unter dem – bescheidenen – Titel „The Country, the Revolution and I“, Seoul 1970², S. 184 f.

„Gesetz zur Läuterung von politischen Aktivitäten“ mit einem sechsjährigen Verbot politischer Betätigung belegt¹⁴. Auf Druck der USA mußte das Militärregime zwar die Rückkehr zur Demokratie versprechen, aber nach dem knappen Sieg Parks bei den Wahlen im Jahr 1963 setzten sich die Repressionen gegen die Opposition fort. Um dem wachsenden Widerstand zu begegnen, erklärte Park Chung Hee 1972 schließlich das Kriegsrecht und setzte eine neue Verfassung in Kraft: die sogenannte „Yushin-“(Erneuerungs-)Verfassung. Die entscheidende „Neuerung“ dieses Gesetzeswerks bestand darin, daß der Präsident von nun an nicht mehr vom Volk, sondern von einer regierungsergebenen „Nationalen Konferenz für Wiedervereinigung“ bestimmt wurde und keiner Beschränkung seiner Amtszeit mehr unterlag.

Parks Herrschaft fand einige Jahre später ein gewaltsames Ende. Er wurde am 26. Oktober 1979 vom Chef seines eigenen Geheimdienstes KCIA (*Korean Central Intelligence Agency*) ermordet. Der General Chun Doo Hwan sicherte sich die Unterstützung wichtiger Teile der Armee und übernahm die Macht. Sein Regime sollte zu einem Synonym erneuter Unterdrückung werden, die ihr deutlichstes Symbol in der brutalen Niederschlagung eines Aufstands in der Stadt Kwangju fand. Dort wurden im Mai 1980 Hunderte von Demonstranten bei Straßenschlachten getötet.

3. Wirtschaft und Politik: enge Verbindung mit Distanz

Die Machtübernahme durch das Militär markiert den entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung Südkoreas. Reichliche Finanzmittel zum Aufbau der Wirtschaft standen bereits vorher zur Verfügung, wurden aber nicht effektiv eingesetzt. Erst die klar exportorientierte Wirtschaftspolitik des Militärregimes nutzte die beiden großen Chancen jener Zeit: die gute Finanzausstattung und die expandierenden Binnenmärkte der westlichen Industrieländer, die optimale Absatzmöglichkeiten für typische Produkte der Leichtindustrie boten¹⁵. Die neue Wirtschaftspolitik setzte auf den komparativen Vorteil niedriger Lohnkosten, um die eigenen Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen.

Die Tatsache, daß das südkoreanische Wirtschaftswachstum der sechziger Jahre dem massenhaften Export von arbeitsintensiven Gütern der Leichtindustrie zu verdanken ist, führt gelegentlich zu

einem Mißverständnis. Südkorea profitierte zwar von den Vorteilen eines offenen Welthandels, kann aber dennoch kaum als Musterbeispiel einer liberalen Wirtschaftspolitik gelten. Ganz im Gegenteil: Die Entwicklungschancen in einem liberalen ökonomischen Umfeld konnten gerade dadurch genutzt werden, daß der Staat in die nationalen Marktmechanismen *aktiv intervenierte* – etwa indem er zur „Verzerrung“ der relativen Preise beitrug, um günstige Investitionsbedingungen zu schaffen¹⁶. Es wurde eine staatliche Wirtschaftsplanung eingeführt und in einem ersten Fünfjahresplan (1962–1966) erprobt. In diesem fand bereits die Strategie einer *exportorientierten Industrialisierung* (etwa 1963–1972) ihren Niederschlag: Arbeitsintensive Produkte der Leichtindustrie (z. B. Textilien) sollten vor allem den ausländischen Markt bedienen.

Zu Beginn der siebziger Jahre veränderte sich das ökonomische Umfeld. Südkorea als aufstrebendes Schwellenland sah sich mit dem sogenannten „Sandwich“-Problem konfrontiert: Von „oben“ drohte der Protektionismus der westlichen Industrieländer und von „unten“ die Niedriglohn-Konkurrenz anderer Entwicklungsländer (z. B. Malaysia und Indonesien). Im dritten Fünfjahresplan (1972–1976) wurde deshalb die Entwicklungsstrategie modifiziert. Die exportorientierten Industriezweige sollten weiter ausgebaut, daneben aber die einheimische Schwerindustrie gefördert werden¹⁷. Der Stahl- und Chemieindustrie wurde höchste Priorität eingeräumt. Dieser Schritt zu größerer industrieller Selbständigkeit wurde von amerikanischer Seite mit Argwohn beobachtet, drohte er doch die Bedeutung des Wirtschaftspartners USA zu verringern. Auf die finanzielle Hilfe der Vereinigten Staaten war Südkorea zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht mehr im bisherigen Ausmaß angewiesen. Die Lage der internationalen Finanzmärkte in den siebziger Jahren erlaubte es, diese Entwicklung durch billige Kredite zu finanzieren¹⁸.

16 Vgl. Alice H. Amsden, *Asia's Next Giant. South Korea and Late Industrialization*, New York–Oxford 1989, S. 13 f. Kritische Anmerkungen zum neoliberalen „Mißverständnis“ bietet der Überblick von Robert Wade, *East Asia's Economic Success: Conflicting Perspectives, Partial Insights, Shaky Evidence*, in: *World Politics*, 44 (1992), S. 270–320.

17 Vgl. Goog-Heon Chung, *Zur regulationstheoretischen Analyse der kapitalistischen Entwicklung Südkoreas*, Frankfurt am Main u. a. 1991, S. 126 ff., sowie Manfred Pohl, *Entwicklungsstrategien, wirtschaftlich-technologischer Fortschritt und politische Implikationen: Das Beispiel Südkorea*, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Asiens Schwellenländer: Dritte Weltwirtschaftsregion?*, Hamburg 1991, S. 33–60, hier: S. 45.

18 Vgl. dazu auch Giovanni Arrighi/Sakoshi Ikeda/Alex Irwan, *The Rise of East Asia: One Miracle or Many?*, in: Ravi Arvind Palat (Hrsg.), *Pacific Asia and the Future of the World-System*, Westport–London 1993, S. 41–65.

14 Vgl. W. Bürklin (Anm. 7), S. 179.

15 Vgl. W. Bello / St. Rosenfeld (Anm. 9), B. Cumings (Anm. 6) und Gary Gereffi, *Rethinking Development Theory: Insights from East Asia and Latin America*, in: *Sociological Forum*, 4 (1989), S. 505–533.

Beide Entwicklungsphasen – die Exportorientierung der sechziger und die schwerindustrielle Entwicklung der siebziger Jahre – entstanden nicht durch das Engagement einzelner Unternehmer, sondern durch die „Marktlenkung“ der Staatsbürokratie¹⁹. Um die Rahmenvorgaben der Fünfjahrespläne zu formulieren und umzusetzen, entwickelte sich ein institutionelles Geflecht von Unternehmen und Staatsbürokratie. Sein zentrales Element sind die großen Industrie- und Handelsfirmen – die sogenannten *Chaebols* – und ihre Kooperation mit der Staatsbürokratie. Die *Chaebols* sind zwar äußerst potente Unternehmenskonglomerate, aber dennoch auf die politische Führung angewiesen – vor allem durch den lange Zeit staatlich geleiteten Finanzsektor in Südkorea. Durch die gezielte Vergabe günstiger Kredite und andere ökonomische Anreize wurden die Unternehmen für Entwicklungsvorhaben, die als strategisch bedeutsam beurteilt wurden (zum Beispiel die Automobilproduktion), mobilisiert: Mit Förderung und Unterstützung konnte nur rechnen, wer sich in den von der Staatsbürokratie vorgesehenen Bereichen engagierte. Die Mißachtung derartiger Richtlinien konnte unangenehme Folgen haben – beispielsweise penible Betriebsprüfungen oder Kreditrückforderungen²⁰.

Eine wichtige Rolle spielte dabei das *Economic Planning Board* (EPB), ein Äquivalent zum japanischen MITI (*Ministry of International Trade and Industry*)²¹. Ähnlich wie in Japan sollte diese einzelne Behörde jedoch nicht zu einer zentralen Planungs- und Steuerungsinstanz, die der gesamten Volkswirtschaft die Marschrichtung vorgibt, hochstilisiert werden. Beide Behörden setzten ihre Ziele nicht „per ordre de Mufti“ durch, sondern über eine ausgedehnte Netzwerkstruktur öffentlicher und privater Stellen. Um ihre Entwicklungsziele verwirklichen zu können, mußte die Staatsbürokratie stets auf die gesellschaftlichen Interessengruppen Rücksicht nehmen. Die Unternehmer wurden deshalb nicht einfach mit zu erfüllenden „Planvorgaben“ konfrontiert, sondern in den Entscheidungsprozeß selbst miteingebunden²².

19 Vgl. Steve Chan, Puff, the Magic Dragons: Reflections on the Political Economy of Japan, South Korea, and Taiwan, in: *Journal of Developing Societies*, 4 (1988), S. 208–224, und Tun-jen Cheng, Political Regimes and Development Strategies: South Korea and Taiwan, in: Gary Gereffi/Donald L. Wyman (Hrsg.), *Manufacturing Miracles. Paths of Industrialization in Latin America and East Asia*, Princeton NJ 1990, S. 139–178.

20 Vgl. A. H. Amsden (Anm. 16), Kapitel 6; W. Bürklin (Anm. 7), S. 184 ff.

21 Siehe die detaillierte Studie von Chalmers Johnson, *MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy 1925–1975*, Stanford 1982.

22 Park Chung Hee führte regelmäßige „Exportförderungssitzungen“ ein, auf denen die Regierung ihre Ziele

Der Einfluß einzelner Firmen blieb jedoch begrenzt, und das hatte seinen Sinn. Eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie ist zwar auf breite Unterstützung und Legitimation durch die relevanten Gruppen angewiesen – in der Regel kann sie aber kaum als Kompromiß aus allen in Frage kommenden Interessen entstehen²³. Die Entwicklungsbürokratie muß deshalb eine gewisse *Autonomie* gegenüber widerstreitenden Interessen, ihre „politische Abgeschlossenheit“²⁴ gegenüber den unterschiedlichen Gruppen behaupten können. In Südkorea wurden einige Voraussetzungen für eine relative Autonomie des Staatsapparates in der japanischen Besatzungszeit geschaffen: Die Großgrundbesitzer wurden während dieser Zeit weitgehend marginalisiert, und die anschließende, kurze Periode industrieller Entwicklung konnte das Wachsen eines *politisch* bedeutsamen Bürgertums nicht wirksam fördern²⁵. Dies führte zu einer wenig differenzierten Sozialstruktur, in der es – außer dem Militär – kaum strategische Gruppen gab, die einen Gestaltungsanspruch anmelden konnten. Das Aufkommen *neuer* sozialer Gruppen, etwa einer organisierten Industriearbeiterschaft, wurde mit allen Mitteln verhindert. Ansprüche an den Entwicklungsprozeß, die das Konzept des Militärregimes in Frage stellen wollten, wurden im Ansatz unterbunden, etwa durch die Denunzierung als pro-kommunistische Propaganda.

Um sowohl die Autonomie der Bürokratie als auch Unterstützung für die Entwicklungspläne sicherzustellen, gilt es, eine delikate Balance von enger Zusammenarbeit *mit* und nötiger Distanz *zu* einzelnen Interessengruppen zu halten: Zum einen muß die Formulierung einer stringenten und von partikularen Interessen unabhängigen Entwicklungsstrategie möglich sein, zum anderen die Umsetzung durch eine dezentral verankerte institutionelle Struktur gesichert werden; alle Entwicklungsvorstellungen der Bürokratie sind aussichtslos, wenn sich keine wirtschaftlichen Akteure finden, die sie auch verwirklichen²⁶.

vorstellte. Bei diesen Treffen sollten auch die Unternehmer ihre eigenen Vorstellungen äußern (W. Bürklin [Anm. 7], S. 184). Man könnte von einer „konzertierten Aktion“ sprechen; vgl. Suck-Kyo Ahn, Die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36–37/88, S. 33–41, hier: S. 37.

23 Vgl. Peter Evans, *Predatory, Developmental, and Other Apparatuses: A Comparative Political Economy Perspective on the Third World State*, in: *Sociological Forum*, 4 (1989), S. 561–587.

24 Frederic C. Deyo, *Coalitions, institutions, and linkage sequencing – toward a strategic capacity model of East Asian Development*, in: ders. (Hrsg.), *The Political Economy of the New Asian Industrialism*, Ithaca–London 1987, S. 227–247, hier: S. 230.

25 Vgl. ebd., S. 233.

26 Auf beiden Seiten ist deshalb ein spezifisches Wissen von Bedeutung: in der Bürokratie die Qualifikation für eine ge-

Die Kooperation von Staat und Unternehmern in Südkorea konnte diese Anforderungen erfüllen. Offenbar war der bürokratisch-autoritäre Staat in der Lage, mögliche Widersprüche zwischen einer geplanten Wirtschaftsentwicklung und den Profitinteressen einzelner Unternehmen zu entschärfen – „to have one's cake and eat it too“²⁷. Die enge Verflechtung von Staatsbürokratie und Unternehmen bei der Umsetzung der Entwicklungsstrategie brachte dafür neue Probleme mit sich: Zwar genossen die Beamten gegenüber den auf Kredite angewiesenen Unternehmen einen strukturellen Vorteil, den sie zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen (und natürlich auch zur Korruption) zu nutzen wußten. Aber der Staat wurde seinerseits immer abhängiger von den großen *Chaebols*, da deren Wohlergehen über Gedeih und Verderb der südkoreanischen Volkswirtschaft entschied²⁸. „So bildeten ... Regierung und Großunternehmen zusammen quasi einen noch größeren Konzern: War es die Regierung, die den Vorsitzenden der ‚Südkorea Inc.‘ stellte, so besetzte die Wirtschaft einige der Direktorenposten.“²⁹ Die Beteiligung der Belegschaft in der Firma Südkorea, Inc. war dabei lange Zeit kein Thema.

4. Gewinnbringender Verzicht der Bevölkerung

Die für beide Seiten einträgliche Verbindung von Staatsbürokratie und Industrie läßt eine entscheidende Komponente vermissen: diejenigen Teile der Bevölkerung, die das Wirtschaftswachstum in den Fabriken erarbeiten sollten. In der Gleichung der Staatsbürokratie tauchten sie tatsächlich nur als Restgröße auf, nämlich als Arbeitskosten, die im Sinne komparativer Vorteile möglichst gering zu halten waren. Kleingehalten wurde dementsprechend auch die organisierte Arbeitnehmervertretung, und das Problem der Arbeitsbeziehungen wurde „hauptsächlich dem KCIA und der Polizei überlassen“³⁰. Gewerkschaften wurden staatlich kontrolliert, Streiks verboten und der inländische Konsum beschränkt. Das bedeutete für die Bevölkerung eine unterproportionale Teilhabe am wirt-

schaftlichen Aufschwung. Auch wenn Südkorea im internationalen Vergleich eine egalitäre Einkommensverteilung aufwies³¹ und die Reallöhne stiegen, war die Benachteiligung der unteren Schichten offensichtlich: Südkorea galt als Spitzenreiter bei den Arbeitszeiten und immer noch als Schlußlicht bei den Löhnen für unqualifizierte Tätigkeiten, der Sicherheit am Arbeitsplatz und den Sozialleistungen.

Angesichts dieser Bedingungen drängt sich die Frage nach dem Widerstand der Bevölkerung auf. In der Tat gab es immer wieder Proteste, denen zum Teil mit repressiven Mitteln begegnet wurde. Doch Gewalt alleine wäre kein probates Mittel gewesen, wenn sich breite Teile der Arbeiterschaft zum Protest entschlossen hätten – dieser blieb jedoch aus. Die objektive materielle Benachteiligung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen reicht offensichtlich nicht aus, damit kollektiver Widerstand entstehen kann. Die Betroffenen müssen dazu ein subjektives Gefühl von *Ungerechtigkeit* entwickeln, das sie erst zum Aufbegehren motiviert³². Dieses Gefühl blieb in Südkorea überwiegend unterhalb der kritischen Schwelle. Eine wichtige Rolle spielte dabei die offizielle Propaganda: Mit der vom Militärregime Park ausgegebenen nationalen Entwicklungspareole wurde sehr geschickt ein kollektiver „sense of backwardness“³³ gegenüber den westlichen Industrienationen inszeniert, um persönliche Opfer für eine gewisse Zeit zu rechtfertigen. Das Versprechen von künftigem Wohlstand und die sichtbaren Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung, zusammen mit einem traditionell tief verankerten Vertrauen in die Kraft der Regierung, trugen zur Vertagung sozialer Verteilungskonflikte bei³⁴.

Der Wirtschaftswissenschaftler Albert O. Hirschman hat dieses Phänomen als den „Tunneleffekt“

31 Der Gini-Koeffizient, ein Maß zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1 (absolute Konzentration) für die Verteilung der Einkommen auf die einzelnen Haushalte, lag 1985 bei 0,36 und war damit im internationalen Vergleich relativ niedrig (vgl. Goog-Heon Chung [Anm. 17], S. 141 ff.).

32 Vgl. Barrington Moore, *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*, Frankfurt am Main 1987.

33 Vgl. Alexander Gerschenkron, *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge 1962.

34 Vgl. Lucian W. Pye, *Asian Power and Politics. The Cultural Dimensions of Authority*, Cambridge, Mass.–London 1985, S. 223. Vgl. auch Frederic C. Deyo, *Beneath the Miracle. Labor Subordination in the New Asian Industrialism*, Berkeley u. a. 1989, S. 87 ff., sowie Kyong-Dong Kim, *The Distinctive Features of South Korea's Development*, in: Peter L. Berger / H. H. Michael Hsiao (Hrsg.), *In Search of an East Asian Development Model*, New Brunswick, NJ 1988, S. 197–219.

ordnete Verwaltung, in der Wirtschaft Motivation und Fähigkeit zum unternehmerischen Handeln (Vgl. P. Evans [Anm. 23], S. 575).

27 Meredith Woo-Cumings, *The „New Authoritarianism“ in East Asia*, in: *Current History*, 93 (1994), S. 413–416, hier: S. 414.

28 Zu Beginn der achtziger Jahre entsprachen die Umsätze der beiden größten *Chaebols*, Hyundai und Samsung, einem Viertel aller Umsätze Südkoreas. Zusammen mit 28 weiteren Unternehmen erwirtschafteten sie auch heute noch 82 Prozent des Bruttosozialprodukts (*The Economist* vom 3. Juni 1995, S. 516; *Time* vom 26. Juni 1995, S. 53).

29 Eun-Jeung Lee, *Autoritäre Herrschaft und wirtschaftliche Entwicklung in Südkorea. Rückblick und Ausblick*, in: *Internationales Asienforum*, 24 (1993), S. 75–90, hier: S. 80.

30 A. H. Amsden (Anm. 16), S. 324.

gesellschaftlicher Entwicklung beschrieben³⁵. Dieser Effekt kann dann eintreten, wenn ein beginnender Aufschwung bei einigen bevorzugten Gruppen den bisher benachteiligten das Gefühl vermittelt, auch man selbst käme in naher Zukunft in den Genuß eines höheren Lebensstandards. Hirschman verdeutlicht dies am Beispiel eines Staus: „Nehmen wir einmal an, ich fahre durch einen Tunnel mit zwei Spuren in gleicher Richtung und gerate in einen langen Stau. So weit mein Auge reicht (und es reicht nicht sehr weit), steht der Verkehr auf beiden Spuren still. Ich befinde mich auf der linken Spur und bin deprimiert. Nach einiger Zeit beginnen die Autos auf der rechten Spur wieder zu rollen. Meine Stimmung steigt natürlich beträchtlich, denn ich weiß, daß der Stau sich auflösen beginnt und auch die Schlange auf meiner Seite jetzt jeden Moment in Bewegung kommen wird. Und obwohl ich immer noch regungslos dasitze, fühle ich mich aufgrund der Erwartung, daß es gleich weitergehen wird, viel besser als vorher.“³⁶ Eine *relative* Benachteiligung kann deshalb für eine gewisse Zeit problemlos hingenommen werden, wenn die Aussicht auf eine Entschädigung für das Warten besteht.

Die entscheidende Frage bei der Betrachtung des Tunneleffekts ist nun: Wann werden die benachteiligten Gruppen aufbegehren, wann werden sie das Gefühl haben, auch sie seien nun endlich an der Reihe? Für Südkorea kann diese Frage inzwischen beantwortet werden.

III. Regeln der Politik – alt und neu

1. Von der Legitimitätskrise zur Demokratie

Ende der achtziger Jahre erzwang die südkoreanische Bevölkerung in zum Teil blutigen Auseinandersetzungen mit Polizei und Militär die Demokratisierung. Unter dem Eindruck einer langen Protestwelle zum Ende der Amtszeit Chun Doo Hwans schlug im Juni 1987 der Ex-General und Chun-Vertraute Roh Tae Woo überraschend eine

35 Albert O. Hirschman, *Entwicklung, Markt und Moral. Abweichende Betrachtungen*, Frankfurt am Main 1993, S. 71 ff.

36 Ebd., S. 72. Die Stärke des „Tunneleffekts“ hängt vom historischen und soziokulturellen Hintergrund ab. Homogene Gesellschaften mit starken sozialen Bindungen zwischen den einzelnen Individuen können am ehesten auf ihn setzen, da in ihnen die Identifikation mit den Gewinnern der beginnenden Entwicklung am größten ist. Südkorea hatte aus dieser Sicht beste Voraussetzungen: Es ist ethnisch weitgehend homogen und seit Jahrhunderten geeint, die einzelnen Individuen sind durch die konfuzianisch geprägte Kultur gruppenorientiert sozialisiert.

Liberalisierung im Rahmen einer Verfassungsänderung vor³⁷. Nach einem langen Aushandlungsprozeß zwischen Regierung und Opposition fanden im Dezember 1987 tatsächlich freie Wahlen statt, die der Regierungskandidat Roh Tae Woo angesichts einer zersplitterten Opposition gewann. Es war der *erste* formell korrekte und friedliche Machtwechsel in der Geschichte Südkoreas. Die nächste freie Wahl gewann der ehemalige Dissident Kim Young Sam. Er wurde 1993 der erste zivile Staatspräsident.

Der beherzte Protest, der zur Demokratisierung geführt hatte, erstaunte viele Beobachter – war man doch lange davon ausgegangen, der Autoritarismus wäre in der koreanischen politischen Kultur tief verankert³⁸. In der konfuzianischen Tradition des Landes bedeutete die Macht des Fürsten viel, die Meinung der Untertanen dagegen wenig. Die etablierte Ordnung in Frage zu stellen galt als anstößig und widersprach dem grundlegenden Harmoniestreben in allen sozialen Umgangsformen. Doch unter der harmonisch wirkenden Oberfläche schwelte in Südkorea schon lange die Legitimitätskrise politischer Herrschaft³⁹. Von den ersten „Unsauberkeiten“ unter Präsident Syngman Rhee in den fünfziger Jahren über die Militärcoups von Offizier Park Chung Hee (1961) und General Chun Doo Hwan (1979) bis zu den demokratisch bestimmten Präsidenten Roh Tae Woo (1987) und Kim Young Sam (seit 1993) hatten und haben alle damit zu kämpfen, daß ihrer Herrschaft nicht bedingungslose Geltung zugestanden wurde.

Die Opposition hat immer wieder versucht, die traditionellen Moralansprüche gegen das autoritäre Regime zu wenden, indem sie die fehlende Legitimität der Machthaber anprangerte⁴⁰. Lange schien es, als könnten sich die autoritären Herrscher durch den Verweis auf den wirtschaftlichen Erfolg und die kommunistische Gefahr aus dem Norden an der Macht halten. Daß es letztlich zum Ausbruch der Legitimitätskrise kam, verweist auf

37 Roh Tae Woos „Deklaration demokratischer Reformen“ enthielt u. a. die direkte Wahl des Präsidenten, die Freilassung von politischen Gefangenen, die Achtung der Pressefreiheit und die Förderung der lokalen Autonomie; siehe M. Suh (Anm. 11), S. 61 f. und Manwoo Lee, *The Odyssey of Korean Democracy*, New York u. a. 1990, S. 145 ff.

38 Vgl. die Studie von L. W. Pye (Anm. 34) sowie Oskar Weggel, *Die Asiaten*, München 1994, S. 105 ff.

39 Vgl. M. Lee (Anm. 37), S. 4; L. W. Pye (Anm. 34), S. 218 f.

40 Der Oppositionspolitiker Kim Dae Jung zitierte etwa den chinesischen Philosophen Menzius. Dieser erkannte dem Volk für den Fall von Machtmißbrauch das Recht zu, „sich zu erheben und seine Regierung im Namen des Himmels zu stürzen“ (Kim Dae Jung, *Kultur ist keine Bestimmung*, in: *Nach uns die Asiaten? Die pazifische Herausforderung*, Zeitpunkte, (1995) 4, S. 22–24, hier: S. 23).

die zunehmende Akzeptanz einer neuen Deutung sozialer Wirklichkeit.

Ein Indikator dafür ist die erhebliche Konjunktur der sogenannten *Minjung*-Bewegung seit Beginn der achtziger Jahre⁴¹. Der *Minjung*-Begriff wurde ursprünglich von protestantischen Theologen geprägt und hatte von Anfang an politische Implikationen. Er steht für die jahrhundertelange Unterdrückung und Ausbeutung der „unteren Schichten“, die als das zentrale Problem der koreanischen Geschichte identifiziert wird. Die *Minjung*-Bewegung und andere Kräfte der Demokratiebewegung kritisierten die gesellschaftliche Situation als *ungerecht* – und untergruben die Legitimität der Entwicklungsdiktatur. Konnte man bisher immer noch voraussetzen, „daß hinlänglich viele der Regierten den Eindruck haben, daß unter den je gegebenen Umständen das *relativ* Beste für sie getan wird“⁴², so war nun das Warten auf Wohlstand in Frage gestellt. Zusammen mit der politischen Transformation erreichte die Bevölkerung deutliche Lohnsteigerungen⁴³ – und wandte sich dann der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit zu.

2. Vom Nutzen der Korruption

Lediglich „traditionelle Schenkungen“ habe er erhalten, die zudem einer „lange überlieferten politischen Praxis“ entsprochen hätten⁴⁴ – so entschuldigte sich der ehemalige Präsident Roh Tae Woo zunächst im Fernsehen und später vor Gericht in Seoul. Der Ex-General gab zu, während seiner Amtszeit von 1988 bis 1993 mehr als 560 Millionen DM an Bestechungsgeldern angesammelt zu haben. Der Weg vom Präsidentensessel auf die Anklagebank wurde ihm von seinem Nachfolger Kim Young Sam geebnet, als dieser – wie schon einige Präsidenten vor ihm – die Korruption zum „Staatsfeind Nr. 1“⁴⁵ erklärte und eine Anti-

Korruptions-Kampagne einleitete. Der Kampf gegen die Korruption in der Beamtenschaft hat in der südkoreanischen Politik mittlerweile eine nahezu genauso lange Geschichte wie das Feindbild Kommunismus: Bereits Park Chung Hee nannte ihn als einen Grund für den Militärputsch 1961. Auch in anderen (Entwicklungs-)Ländern gehört der Kampf gegen Korruption zum Begründungsrepertoire jedes Regimewechsels: „In den weniger entwickelten Ländern ist ‚Korruption‘ eine der ersten Anklagen der Putschisten gegen das bisherige Regime. Und im allgemeinen ist die Anklage zutreffend.“⁴⁶

Der wesentliche Unterschied zu den vorangegangenen Beteuerungen war, daß unter Kim *tatsächlich* – und unter lebhafter Anteilnahme der Öffentlichkeit – Maßnahmen gegen korrupte Beamte, Militärs und Unternehmer einsetzten. Das überraschte viele Beobachter, die dieses (symbolische) Ritual eines Regimewechsels bereits zu kennen glaubten. Weniger überraschend war, daß sich die Verfolgung der Korruption in der oben angedeuteten Reihenfolge vollzog: Schnell wurde eine große Zahl von Beamten entlassen, und nach einigem Zögern wurden auch Militärs und die beiden ehemaligen Präsidenten Chun und Roh angeklagt. Die meisten der mehr als nur verdächtigen Unternehmer, darunter einige *Chaebol*-Gründer, kamen jedoch relativ glimpflich davon⁴⁷, denn bei allem Verlangen nach Strafe und Gerechtigkeit sollte die Wirtschaft nicht allzu sehr unter den Anti-Korruptions-Verfahren leiden. Nervöse Reaktionen der Börse auf die Verhaftung von Firmenchefs hatten offenbar dazu beigetragen, den Eifer der Ermittler zu bremsen.

Trotz allem war die Teilhabe und moralische Empörung der südkoreanischen Gesellschaft erstaunlich. Schließlich – hier ist Rohs Entschuldigung vollkommen zutreffend – ist die Korruption ein altes Übel mit traditionellen Wurzeln⁴⁸, zu dem fast jeder seinen Teil beitrug – und beitragen *mußte*. In Gesellschaften mit starken Gruppenbindungen, wie sie überall in den konfuzianisch geprägten Ländern Asiens anzutreffen sind, ist es nichts Ungewöhnliches, daß die Übertragung „moderner“ Institutionen zu Korruption führt. Die konkreten Verpflichtungen des einzelnen Beamten gegenüber seinem familialen Netzwerk sind erst

41 Das Wort *Minjung*, ein Kompositum aus „Min“ (Volk) und „Jung“ (Masse), bezeichnet die benachteiligten „kleinen Leute“, also das städtische Industrieproletariat, Landarbeiter und Bauern. Vgl. zur *Minjung*-Ideologie ausführlicher Sei-Kee Kwon, *Nation und Demokratie in Südkorea*. Zur Diskussion um politische Identität in einem geteilten Land und in einer Übergangsgesellschaft (Dissertation), Universität Freiburg i. Br. 1991, S. 129 ff.; Yul Shin, *Politische und ideengeschichtliche Entstehungsbedingungen des Sozialstaates. Ein Vergleich zwischen Deutschland und (Süd-)Korea* (Dissertation), Universität Freiburg i. Br. 1995, S. 175 ff.

42 Ronald Hitzler, *Die banale Seite der Macht. Politik als Beruf heute – und morgen*, in: Helmuth Berking/Ronald Hitzler/Sighard Neckel (Hrsg.), *Politikertypen in Europa*, Frankfurt am Main 1994, S. 280–295, hier: S. 290.

43 Zwischen 1986 und 1990 stieg der durchschnittliche Stundenlohn um 28 Prozent (M. Pohl [Anm. 17], S. 52).

44 *taz* vom 16. Januar 1996, S. 9, und *taz* vom 24. November 1995, S. 12.

45 Y. Shin (Anm. 41), S. 247.

46 Vgl. J. S. Nye, *Corruption and Political Development: A Cost-Benefit Analysis*, in: *American Political Science Review*, 61 (1967), S. 417–427, hier: S. 417.

47 Von 35 verdächtigen Firmenchefs wurden letztlich nur acht angeklagt (*The Economist* vom 9. Dezember 1995, S. 62).

48 Vgl. etwa Bettina Gransow, *Die Gabe und die Korruption. Form- und Funktionswandel des Tausches in China*, in: *Internationales Asienforum*, 22 (1991), S. 343–360.

einmal gewichtiger als die abstrakten Pflichten eines „öffentlichen“ Amtes. Die neuen Amtsgewalten werden deshalb leicht dahingehend (miß-)verstanden, ihr Zweck sei vor allem die Versorgung der eigenen Klientel⁴⁹. Die dadurch entstehende Art von Korruption kann in den sich rasch wandelnden Gesellschaften durchaus *redistributive Funktionen* erfüllen, indem sie die Gewinner der Wirtschaftsentwicklung – die neuen Unternehmer – schröpft und dieses Geld an andere gesellschaftliche Schichten weiterleitet. In diesem Sinne erfüllt Korruption dann einen stabilisierenden Zweck und hilft, soziale Konflikte zu verringern⁵⁰.

Korrupte Strukturen hatten auf diese Weise lange Zeit einen doppelten Nutzwert: Zum einen konnten sie immer wieder als Legitimationshilfe zur Beseitigung politischer Gegner genutzt werden, zum anderen boten sie eine informelle Struktur zum Ausgleich sozialer Gefälle und möglicher Konfliktlinien. Diese Einbettung der Korruption in das Gesellschaftsgefüge wurde allerdings durch zwei Entwicklungen untergraben: durch ihre strukturellen Grenzen in einer differenzierten Gesellschaft und durch die Entstehung einer bürgerlichen Schicht, die eine neue Bewertungsinstanz konstituierte: einer politischen Öffentlichkeit.

3. Die neuen Regeln einer politischen Öffentlichkeit

Die sinkende Akzeptanz korrupter Praktiken hängt mit einem speziellen „Tunneleffekt“ zusammen: Die durch Korruption eröffneten Chancen werden positiv beurteilt, solange jeder meint, irgendwann selbst davon profitieren zu können, solange Korruption also „redistributive“ Funktionen erfüllen kann. Die Ausgleichsfunktion des informellen Gebens und Nehmens hat in einer modernisierten Gesellschaft wie dem Südkorea der achtziger Jahre allerdings ihre Grenzen. Ausgelöst durch den wirtschaftlichen Fortschritt, hat sich die Zahl der Interessengruppen und -bereiche vervielfacht. Der Spielraum eines einzelnen Beamten oder Politikers, individuelle Entscheidungen durchzusetzen, wurde dadurch deutlich eingeschränkt. Mit anderen Worten: Es wurde zunehmend schwieriger, die je spezifischen Steuerungs-

medien beider Bereiche – „Macht“ im politischen und „Geld“ im wirtschaftlichen System – effektiv gegeneinander zu tauschen. Ein südkoreanischer Geschäftsmann faßte diese Erkenntnis über die Grenzen der Korruption so zusammen: „Früher galt: abgemacht ist abgemacht, aber wenn man heute eine Abmachung mit jemandem trifft, hat er nicht mehr die Macht, sie auch einzuhalten.“⁵¹

Diese *strukturellen* Grenzen der Korruption ließen bei vielen den Verdacht aufkommen, daß durch sie „die Reichen nur noch reicher“⁵² gemacht würden. Dieses neue – und nicht ganz falsche – Deutungsmuster, daß die ohnehin schon Bevorzugten durch Korruption noch mehr erhielten, während die breite Masse leer ausgehe, setzte sich mehr und mehr durch. Mit anderen Worten: Die Bevölkerung gelangte zu der Ansicht, daß die „traditionellen Geschenke“ von Roh und anderen vor allem auf *ihre* Kosten gemacht wurden, und damit war die *moralische* Grenze zur Korruption überschritten.

Diese Grenze zwischen einer (akzeptablen) „Gabe“ und der (verwerflichen) „Bestechung“ wird dadurch markiert, daß im einen Fall ein privater Tausch, im anderen aber eine Schädigung der *Allgemeinheit* vermutet wird. Korruption ist dem üblichen Verständnis nach nichts anderes als der Mißbrauch einer öffentlichen Amtsgewalt zur Erzielung privaten Profits. Deshalb ist es aber erst aufgrund einer symbolischen Trennung zwischen *privater* und *öffentlicher* Sphäre überhaupt möglich, Korruption als moralisch verwerflich zu empfinden. „Korrupt“ ist dann die unerlaubte Überkreuzung und Vermischung beider Bereiche. Für Südkorea, wie für viele andere Gesellschaften, war es lange Zeit kennzeichnend, daß eine Differenz zwischen beiden Sphären faktisch nicht existierte⁵³. Das hat sich augenscheinlich geändert. Denn die außergewöhnliche Empörung über den Mißbrauch eines öffentlichen Amtes weist darauf hin, daß diese Differenz im Bewußtsein der Bevölkerung durchaus präsent ist. Gibt es also eine poli-

49 Die Versorgung der eigenen Klientel ist ein Kostenfaktor, der ein Zusatzeinkommen bitter nötig macht. Parlamentarier, die wegen der Annahme von Bestechungsgeldern verurteilt wurden, rechtfertigten sich gern mit dem Verweis auf die hohen „Kosten“ ihrer Abgeordnetentätigkeit. Ihre Wählerinnen und Wähler erwarteten Spenden für Hochzeiten und Beerdigungen, Einladungen nach Seoul und anderes mehr. Ein frischvermähltes Paar wollte sich von „ihrem“ Abgeordneten gar die Hochzeitsreise finanzieren lassen (Far Eastern Economic Review vom 30. Mai 1991, S. 54).

50 Robert K. Merton, *Social Theory and Social Structure*, Glencoe 1957 2, S. 126–136.

51 Far Eastern Economic Review (Anm. 49). Aus soziologischer Perspektive könnte man davon sprechen, daß die Medien „Macht“ und „Geld“ einen höheren Grad der Generalisierung erreicht und dadurch an persönlicher Bindung verloren haben. Siehe dazu ausführlicher: Neil J. Smelser, *Stabilität, Instabilität und die Analyse der politischen Korruption*, in: Christian Fleck/Helmut Kuzmics (Hrsg.), *Korruption. Zur Soziologie nicht immer abweichenden Verhaltens*, Königstein/Ts. 1985, S. 202–228.

52 A. O. Hirschman (Anm. 35), S. 79.

53 Vgl. M. Lee (Anm. 37), S. 14. Zur westlichen Geschichte der Ausdifferenzierung von „Öffentlichkeit“ vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1990 (Orig. 1962), S. 54 ff.

tische Öffentlichkeit, die sich von den langjährigen Machthabern emanzipiert?

Zumindest sind Anzeichen dafür vorhanden. Die Korruptionsaffäre hat eine eigene Dynamik gewonnen, die inzwischen ihrem Initiator Kim Young Sam selbst das Leben schwer macht. Kim Dae Jung, sein langjähriger Kollege und Konkurrent im Widerstand gegen das Militärregime, hat zugegeben, ebenfalls mit einigen Millionen von Rohs Geldfundus profitiert zu haben. Und er bezichtigt Kim Young Sam, viel mehr erhalten zu haben. Bisher hat Roh Tae Woo ihn noch nicht direkt belastet, doch der Präsident muß weitere Enthüllungen befürchten. Seine kürzliche Entscheidung, sowohl Roh als auch Chun vor allem wegen ihrer Beteiligung am Putsch 1980 zu belangen, wird deshalb als ein Ablenkungsmanöver

interpretiert. Die Öffentlichkeit fordert aber uneindeutlich weitere Aufklärung.

Offenbar will die südkoreanische Bevölkerung nicht länger als eine passive Öffentlichkeit fungieren. Lange Zeit war sie nur die Kulisse für ein politisches Schauspiel, in dem die Repräsentanten einer kleinen Elite vor allem „sich selbst und ihren Status darstellen“⁵⁴. Nun drängt sie darauf, die Tagesordnung des politischen Geschäfts selbst zu bestimmen. Sie vollzieht damit einen entscheidenden Schritt in der demokratischen Transformation: aus Wirtschaftsbürgern sind Staatsbürger geworden. Das „Volk hat sich als Souverän erkannt“⁵⁵ – und erwartet von der eigenen Geschichte noch manche Selbsterkenntnis.

54 J. Habermas (Anm. 53), S. 17.

55 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 12. 1995.

Kambodscha

Drei Jahre nach dem Ende des UNO-Mandats

I. Vorbemerkungen

Wer Phnom Penh Ende der achtziger Jahre zum letzten Mal gesehen hat, wird es heute kaum wieder erkennen¹. Straßen werden saniert und asphaltiert, schöne Parkanlagen angelegt, alte Villen aufwendig restauriert und riesige neue Häuserkomplexe errichtet. Die Märkte – darunter auch etliche Supermärkte westlichen Stils – quellen über vor Waren und die zahlreichen Luxusrestaurants erfreuen sich eines guten Zuspruchs. Vertreter der kambodschanischen Regierung verweisen mit Stolz darauf, daß das Wirtschaftswachstum im Jahre 1995 6,6 Prozent betragen habe und daß man die jährliche Inflationsrate, die noch 1993 fast 100 Prozent erreicht habe, auf etwa 5 Prozent senken konnte². Die Arbeitslosenrate belaufe sich auf 2,4 Prozent³. Ausländische Investoren hätten in zunehmendem Maße die Chancen des im August 1994 erlassenen Investitionsgesetzes⁴ genutzt und bereits in den ersten zehn Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Verträge mit einem Gesamtumfang von drei Milliarden US-Dollar unterzeichnet⁵.

Auf politischer Ebene scheint sich die Lage ebenfalls weitgehend stabilisiert zu haben. Trotz zum Teil heftiger Auseinandersetzungen ist die nach den Wahlen 1993⁶ gebildete Koalitionsregierung aus „Front Uni National pour un Cambodge Indépendant, Neutre, Pacifique et Coopératif“ (FUN-

CINPEC), Kambodschanischer Volkspartei (KVP) und Buddhistisch Liberaldemokratischer Partei (BLDP) nicht auseinandergebrochen. Nach wie vor wird die kambodschanische Regierung von zwei Ministerpräsidenten geleitet. Als Vertreter der FUNCINPEC fungiert Norodom Ranariddh, der Sohn von König Sihanouk, als erster Ministerpräsident, während Hun Sen als Vertreter der KVP das Amt des zweiten Ministerpräsidenten innehat.

Die entschiedensten und gefährlichsten Gegner der Regierung, die Roten Khmer, sind zwar noch nicht besiegt, aber sie haben durch Massendesperation und mangelnde Unterstützung in der Bevölkerung erheblich an Schlagkraft verloren. Nach Einschätzung der meisten Beobachter ist die Sicherheitslage im allgemeinen ruhig. Lediglich im nordwestlichen Gebiet der Provinz Battambang und in der Region um die Hafenstadt Sihanoukville wurden militärische Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der Roten Khmer und den Regierungstruppen gemeldet. Frühere Bemühungen, durch Verhandlungen mit den Roten Khmer zu einer Übereinkunft zu kommen, wurden inzwischen völlig eingestellt, da die Regierung davon ausgeht, daß sie dieses Problem in absehbarer Zeit mit militärischen Mitteln lösen kann.

Die internationale Gemeinschaft weiß diese Erfolge zu würdigen. Konkreter Ausdruck ihres Vertrauens in die gegenwärtige politische Führung Kambodschas sind ihre beachtlichen Hilfeleistungen. Von dem „International Committee for the Reconstruction of Cambodia“ (ICORC) wurden zwischen 1992 und 1994 insgesamt 1,6 Milliarden US-Dollar verbindlich zugesagt⁷. Im März 1995 sind darüber hinaus auf der in Paris einberufenen ICORC-Konferenz nochmals 900 Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt worden⁸. UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, aber auch unabhängige Beobachter⁹, werden denn auch nicht

1 Für Hinweise und Anregungen danke ich Kristina und Phalvorun Chhim, Humboldt-Universität zu Berlin und Susanne Feske, Freie Universität Berlin.

2 Vgl. Phnom Penh Post vom 29. Dezember 1995.

3 Vgl. Südostasien aktuell, November 1995, S. 479.

4 Vgl. Arno Wohlgemuth, Das Investitionsgesetz des Königreichs Kambodscha von 1994, in: Zeitschrift für Rechtsvergleich, 36 (1995) 5, S. 201 ff.

5 Vgl. Susanne Feske, Kambodscha, in: Ostasiatischer Verein (Hrsg.), Wirtschaftshandbuch Asien und Pazifik 1996, Hamburg 1996 (im Druck).

6 Bei den von der UNO organisierten Wahlen im Mai 1993 erhielt die von Sihanouk gegründete „Front Uni National pour un Cambodge Indépendant, Neutre, Pacifique et Coopératif“ (FUNCINPEC) 45,5 Prozent und damit 58 der 120 Parlamentssitze. Die bis 1991 allein regierende Kambodschanische Volkspartei (KVP) erhielt nur 38,2 Prozent bzw. 51 Sitze. Die Buddhistisch Liberaldemokratische Partei (BLDP) erhielt 14,5 Prozent bzw. 10 Sitze und die weniger bekannte Moulinaka-Partei einen Sitz.

7 Vgl. World Bank, Cambodia. Rehabilitation Programm: Implementation and Outlook, A World Bank Report for the 1995 ICORC Conference, 27. Febr. 1995, S. II f.

8 Vgl. S. Feske (Anm. 5).

9 Vgl. z. B. Elizabeth Becker, A Good United Nations Job in Cambodia, in: International Herald Tribune vom 29./30. April 1995, S. 4; Tommy Koh, Cambodia Looks All Right, in: Far Eastern Economic Review vom 29. Februar 1996, S. 31.

müde, Kambodscha zum Paradebeispiel einer erfolgreichen UNO-Mission zu erklären. Seien die Bemühungen der UNO in etlichen anderen Fällen gescheitert, so hätte diese doch in Kambodscha bewiesen, daß sie in der Lage sei, selbst einem völlig zerrütteten Land eine positive Zukunft zu eröffnen. Halten diese optimistischen Einschätzungen einer eingehenderen Analyse stand?

II. Wachstum ohne Entwicklung

Mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen, das je nach Berechnungsmethode zwischen 220 und 250 US-Dollar liegt, gehört Kambodscha immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt. Nach Angaben des von den Vereinten Nationen erstellten „Human Development Report“ steht Kambodscha an 147. Stelle von insgesamt 173 Ländern¹⁰. Von dem in Phnom Penh ostentativ zur Schau getragenen neuen Reichtum profitieren allenfalls 10 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung, und auch diese in sehr unterschiedlichem Maße. Die restlichen 90 Prozent der Bevölkerung haben dagegen am neu entstandenen Reichtum keinen Anteil. Vor allem auf dem Lande, wo immer noch mehr als 80 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung leben, die aber nur etwa 50 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts erwirtschaften, liegt das Pro-Kopf-Einkommen häufig weit unter dem oben angegebenen Durchschnittswert. In vielen bäuerlichen Haushalten ist daher selbst in Jahren mit guter Reisernte eine ausreichende Versorgung mit Grundnahrungsmitteln nicht gewährleistet¹¹.

Auf welche Bereiche stützt sich das zunächst so beeindruckende Wirtschaftswachstum von 6,6 Prozent? An erster Stelle ist hier der rigorose Raubbau an den natürlichen Ressourcen des Landes, vor allem an Tropenholz, zu nennen. Folgt man den offiziellen Statistiken, so wurden 1994 nahezu 60 Prozent der kambodschanischen Exporteinnahmen mit dem Verkauf von Tropenholz erzielt. Doch es ist davon auszugehen, daß ein Großteil des Holzes illegal exportiert wird und daher gar nicht in den Statistiken auftaucht. In sonst selten gekannter Eintracht beteiligen sich sowohl die Roten Khmer wie auch Regierungsbeamte an diesem Kahlschlag, den König Sihanouk im Februar 1996 als „tödliche Bedrohung für Kambodscha“ bezeichnet hat¹². Das Land verfügt heute

nur noch über die Hälfte der 1970 vorhandenen Waldfläche, und Expertenschätzungen gehen davon aus, daß Kambodscha bei einer ungehinder-ten Fortsetzung dieses Raubbaus bis zum Jahre 2000 restlos entwaldet sein wird¹³. Die Regierung hat zwar im April 1995 ein Exportverbot für Schnitt- und Sägeholz erlassen, dann aber wenig später zwei Verträge mit malaysischen und indonesischen Holzunternehmen abgeschlossen, die diesen weitgehende Nutzungsrechte einräumen¹⁴. Ebenso wenig ist davon auszugehen, daß der illegale Einschlag und Export von Tropenholz wirklich entschlossen bekämpft werden wird, denn die mit der Kontrolle beauftragten Beamten sind allzusehr mit der „Holzhändlermafia“ verwoben und von deren Bestechungszahlungen abhängig, als daß sie an der Durchsetzung derartiger Bestimmungen irgendein Interesse hätten.

Studiert man Statistiken über die wirtschaftliche Entwicklung Kambodschas in den vergangenen Jahren, so fällt des weiteren der relativ hohe Anteil von Handel und Dienstleistungen am Bruttosozialprodukt auf. 1994 machte dieser Bereich fast 35 Prozent des Bruttosozialproduktes aus. Auch nach dem Ende der UNO-Mission und dem Abzug von mehr als 20 000 UNO-Bediensteten im Jahre 1993 waren in diesem Wirtschaftssektor keine Einbrüche zu verzeichnen. Im Gegenteil, im Jahre 1994 wiesen Handel und Dienstleistungen eine Steigerungsrate von 7,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf¹⁵. Hinter diesen Zahlen verbergen sich indes wenig Ansatzpunkte für eine langfristige und umfassende Entwicklungsstrategie. So gab es Ende 1995 in Kambodscha fast 30 verschiedene Banken, doch die Mehrheit dieser Geldinstitute ist vor allem mit Geldwäsche befaßt¹⁶. Einige dieser Banken sind Briefkastenfirmen, die sich auf den Transfer illegaler Gelder spezialisiert haben. Dem gleichen Ziel dienen die zahlreichen neuen Nachtclubs, Spielcasinos und Geschäfte für Luxusgüter.

Die umfangreichen Möglichkeiten zur Geldwäsche machen Kambodscha darüber hinaus zu einem Magneten für den international organisierten Schmuggel von Waffen, Drogen, Uran etc.¹⁷. Nach Angaben des Interpol-Büros in Bangkok halten sich derzeit in Kambodscha 150 bis 300 der meistgesuchten Kriminellen der Welt auf¹⁸. Viele Drogenhändler lassen inzwischen das im „Goldenen

13 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21. August 1995, S. 6.

14 Vgl. ebd.

15 Vgl. World Bank (Anm. 7), Appendix, S. 2.

16 Vgl. Matthew Lee, Cash and Carry. Money laundering becomes a major industry, in: Far Eastern Economic Review vom 12. 10. 1995, S. 29 f.

17 Vgl. Südostasien aktuell, November 1995, S. 481.

18 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 28. November 1995, S. 26.

10 Vgl. Asian Development Bank, Economic Review and Bank Operations. Kingdom of Cambodia, August 1995, S. 1.

11 Vgl. International Bank for Reconstruction and Development, Country Briefs, Vol. II, 12. 4. 1995, S. 687 f.

12 International Herald Tribune vom 20. Februar 1996, S. 4.

Dreieck“ zwischen Thailand, Birma und Laos angebaute Opium nicht mehr über Birma und Thailand, sondern über Kambodscha nach Übersee transportieren, da dieser Weg wesentlich ungefährlicher und kostengünstiger ist. Der ehemalige Leiter der Abteilung für Drogenbekämpfung der kambodschanischen Polizei, Nouen Souer, erklärte im August 1995, daß wöchentlich etwa 600 Kilogramm Heroin über Phnom Penh ins Ausland verbracht würden. Die Schmuggler seien reich und würden von hochrangigen Beamten und Regierungsvertretern unterstützt¹⁹. Nach Veröffentlichung des Interviews erhielt Souer mehrere Morddrohungen, die ihn veranlaßten, keine weiteren öffentlichen Erklärungen abzugeben.

Vor dem oben skizzierten Hintergrund erscheinen denn auch etliche Aktivitäten ausländischer Investoren in einem etwas anderem Licht. So hat zum Beispiel das malaysische Unternehmen „Ariston“ im Frühsommer 1995 mit dem kambodschanischen Tourismus-Ministerium eine Investitionsvereinbarung über 1,3 Milliarden US-Dollar unterzeichnet. Gegenstand dieser Vereinbarung war die Errichtung eines Hotel- und Kasinokomplexes auf einer Insel vor der Hafenstadt Sihanoukville sowie der Ausbau des dortigen Flughafens und weitere für dieses Projekt notwendige Infrastrukturmaßnahmen²⁰. Von diesem gigantischen Investitionsvorhaben, das in etwa 40 Prozent aller zugesagten Auslandsinvestitionen bzw. der Hälfte des kambodschanischen Bruttosozialprodukts des Jahres 1994 entspricht, wurden bislang jedoch lediglich 40 Millionen US-Dollar realisiert, die zum Umbau eines Kreuzfahrtschiffes in ein riesiges Spielcasino verwandt wurden. Vieles spricht dafür, daß es bei diesem so groß angekündigten Investitionsvorhaben nur darum ging, illegale Gelder anzulegen und gleichzeitig mit Hilfe des Spielcasinos neue Möglichkeiten zur Geldwäsche im großen Stil zu schaffen.

III. Mängel in der Infrastruktur

In anderen Bereichen, vor allem jenen, die für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum unabdingbar sind, sind jedoch nur sehr geringe Zuwachsraten oder sogar Wachstumsrückgänge zu verzeichnen. Die staatliche Elektrizitätserzeugung befindet sich heute auf dem gleichen Niveau wie 1989²¹. Nicht einmal in Phnom Penh, das immerhin 85 Prozent

der staatlich erzeugten Energie verbraucht, ist eine ausreichende Stromversorgung gewährleistet. Sehr viele Haushalte beziehen ihren Strom über private Anbieter, die diesen mit benzin- und dieselgetriebenen Generatoren erzeugen. Da auch die staatlichen Stromerzeuger nicht in der Lage sind, ihren Strom direkt an die Verbraucher zu liefern, sondern private Zwischenhändler benötigen, ist der Strom – gemessen an den kambodschanischen Einkommen – exorbitant teuer (1 kwh = 700 Riel, das entspricht etwa 0,45 DM). Dennoch kommt es immer wieder zu Stromausfällen, die für private Haushalte ärgerlich, für Industrie- und Handwerksbetriebe aber ein beträchtlicher Kostenfaktor sind.

Das Verkehrssystem befindet sich immer noch weitgehend in dem Zustand, in dem es Ende der achtziger Jahre gewesen war. Lediglich die Straße zwischen Phnom Penh und der Hafenstadt Sihanoukville wurde erneuert. Allerdings sind diese Arbeiten mit so wenig Sorgfalt ausgeführt worden, daß schon wieder zahlreiche Straßenschäden zu verzeichnen sind.

Am gravierendsten ist die Situation in der Landwirtschaft, deren Erträge nach wie vor deutlich unter dem Vorkriegsniveau liegen. Obgleich die kambodschanische Bevölkerung 1993 um 3,3 Prozent und 1994 um 2,5 Prozent wuchs, fiel die landwirtschaftliche Produktion 1993 um 1 Prozent hinter den Vorjahresstand und stagnierte 1994 auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres²². Da die in der Vergangenheit angelegten Bewässerungssysteme vielfach verfallen sind und in den vergangenen Jahren kaum neue angelegt wurden, sind die Ernteerträge vollständig von den jährlichen Niederschlagsmengen abhängig. Nur weil genügend Regen gefallen war, kam es 1995/96 vielerorts zu einer recht guten Reisernte. Auf die bäuerlichen Einkommen wird sich dies jedoch nur in geringem Maße auswirken, da ländliche Kredit- und Handelsgenossenschaften fehlen, so daß die meisten bäuerlichen Haushalte gezwungen sind, den Reis zu niedrigen Preisen an Zwischenhändler zu verkaufen, weil sie auf Bargeld dringend angewiesen sind. Neben Reis wird in zunehmendem Maße auch Fisch von privaten Händlern aufgekauft, da er zu einem der begehrtesten Exportartikel Kambodschas geworden ist. Die Folge ist, daß Fisch, die wichtigste, weil billigste Eiweißquelle für die ärmeren Schichten Kambodschas, auf den lokalen Märkten bereits knapp und entsprechend teuer geworden ist.

Eine dauerhafte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die sowohl die Ernährungs- als auch die Einkommenssituation der ländlichen

19 Vgl. Nate Thayer, *Medellin on the Mekong*, in: *Far Eastern Economic Review* vom 23. November 1995, S. 25.

20 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. Juli 1995, S. 10.

21 Vgl. World Bank (Anm. 7), Appendix, S. 2.

22 Vgl. ebd.

Bevölkerung spürbar verbessert, erfordert indes nicht nur national abgestimmte Entwicklungsprogramme, sondern auch erhebliche Investitionen in die Landwirtschaft. Bislang wird hier sehr selektiv vorgegangen. Führende Regierungsvertreter – allen voran Ministerpräsident Hun Sen – haben sich einzelne Dörfer und Gemeinden ausgesucht und zu ihren Musterprojekten erklärt. Vor laufenden Fernsehkameras werden in diesen Gemeinden Hilfsgüter wie z. B. Wasserpumpen, einfachere Ackergeräte, aber auch Kleidung und Nahrungsmittel an die ärmeren Familien verteilt. Derartige Aktionen mögen für die Popularität einzelner Politiker hilfreich sein, sie können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es zwar ein „Ministerium für ländliche Entwicklung“, aber kaum staatliche Konzeptionen, geschweige denn konkrete Projekte für die Entwicklung der Landwirtschaft gibt.

Denn bei der Verteilung der Haushaltsmittel gelten andere Prioritäten. Zwar verlautete aus Phnom Penh, daß die Mittel für landwirtschaftliche Entwicklung, vor allem für Bewässerungsmaßnahmen, im Haushaltsplan 1996 erhöht werden sollen, aber es wurden keine Angaben über die Größenordnung gemacht²³. Die höchsten Zuwachsraten hatte dagegen der Bereich „Nationale Sicherheit und Verteidigung“ zu verzeichnen, obgleich die militärischen Auseinandersetzungen mit den Khmer Rouge erheblich zurückgegangen sind. 1993 wurden 84 Millionen US-Dollar (36 Prozent des Gesamthaushalts) für diesen Bereich aufgewandt; für 1995 waren Ausgaben in Höhe von 133 Millionen US-Dollar (33 Prozent des Gesamthaushalts) geplant²⁴ – ein Betrag, der mit Hilfe eines Nachtragshaushaltes für 1995 auf 165 Millionen US-Dollar (über 40 Prozent des Gesamthaushaltes) erhöht wurde. Im Haushaltsplan 1996 wurden 160 Millionen US-Dollar (27,5 Prozent des Gesamthaushalts) für „Nationale Sicherheit und Verteidigung“ bereitgestellt, doch es wäre nicht überraschend, wenn dieser Betrag ähnlich wie im Vorjahr erheblich aufgestockt werden würde.

Die Einnahmen des kambodschanischen Staates reichen hingegen bei weitem nicht aus, um ein derartiges Ausgabenvolumen decken zu können. In den vergangenen Jahren mußte nahezu die Hälfte des kambodschanischen Haushalts mittels ausländischer Hilfe finanziert werden. In den Haushaltsplanungen für das Jahr 1996 ist diese auf etwa ein Drittel der staatlichen Einnahmen herabgesetzt

23 Vgl. Phnom Penh Post am 29. Dezember 1995, S. 13.

24 Über die Größe des Militärhaushalts gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Die hier zitierten Daten wurden aus dem Weltbankbericht (Anm. 7), Appendix S. 8, übernommen, die durch Angaben in der Phnom Penh Post vom 29. Dezember 1995, S. 13, bestätigt bzw. ergänzt wurden.

worden²⁵. Es ist allerdings äußerst fraglich, ob sich dies realisieren lassen wird, da der Staatshaushalt nach dem offiziellen Verbot für Holzeinschlag eine wichtige Einnahmequelle verloren hat.

IV. Vom Pluralismus zum Autoritarismus

Bei aller Kritik an der Ausübung des UNO-Mandats über Kambodscha muß man den Vereinten Nationen zugute halten, daß es der UN-Verwaltung in Kambodscha gelungen war, innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums von etwa 21 Monaten wichtige Voraussetzungen für den Aufbau einer pluralistischen Gesellschaft zu schaffen. Zwischen Anfang 1992 und September 1993 haben sich in Kambodscha über 40 unabhängige Zeitungen etablieren können. Trotz massiver Einschüchterungsversuche und sogar einer Reihe politischer Morde konnten mehr als 20 verschiedene politische Parteien gegründet werden, die sich im Mai 1993 zur Wahl stellten. Obgleich während des Wahlkampfes keine wirkliche Chancengleichheit gewährleistet werden konnte, gelang es der UNO-Verwaltung, den Wahlprozeß selbst von Manipulationen freizuhalten und eine korrekte Auszählung zu gewährleisten. Die kambodschanischen Wählerinnen und Wähler haben die Chance, eine demokratisch verfaßte Gesellschaft aufzubauen, mit großem Engagement genutzt, und die aus den Wahlen hervorgegangene Verfassungsgebende Versammlung verabschiedete denn auch einstimmig am 21. September 1993 die neue Verfassung, in der alle fundamentalen Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates verankert sind²⁶.

Betrachtet man die derzeitige politische Situation Kambodschas, so wurden in den vergangenen 30 Monaten die Ergebnisse der Wahlen von 1993 gleichsam auf den Kopf gestellt. Obwohl bei der Koalitionsbildung vereinbart worden war, daß alle hohen Regierungs- und Verwaltungspositionen den Wahlergebnissen entsprechend neu besetzt werden sollten, ist die Vorherrschaft der KVP drei Jahre nach den Wahlen ungebrochen. Von den zwanzig Ministern und Staatssekretären gehören nur acht der FUNCINPEC an, während die KVP die übrigen zwölf, den Präsidenten der Nationalversammlung, den Direktor der Nationalbank und den Leiter des Sekretariats von König Sihanouk stellt. Die Abteilungsleiter in den Ministerien

25 Vgl. Phnom Penh Post vom 29. Dezember 1995, S. 13.

26 Eine deutsche Übersetzung dieser Verfassung haben Kristina und Phalvorum Chhim in: Südostasien aktuell, Januar 1994, S. 90 ff., vorgelegt.

sowie die Verwaltungschefs in den Provinzen stammen fast alle noch aus der Zeit des „Staates Kambodscha“, in dem die KVP die Alleinherrschaft innehatte.

Lediglich auf der Ebene der Ministerpräsidenten wurde mit Prinz Ranariddh als dem ersten Ministerpräsidenten und Hun Sen als dem zweiten Ministerpräsidenten eine Ämterteilung vorgenommen, die der Koalitionsvereinbarung entsprach. Doch Ranariddh verfügt in seiner eigenen Partei nur über eine schwache Basis. In einem Überraschungscoup hatte ihn sein Vater König Sihanouk gegen erheblichen Widerstand einiger führender FUNCINPEC-Mitglieder zum Parteivorsitzenden gemacht. Da er nach wie vor in seiner Partei keine ausreichende Rückendeckung besitzt, kann Ranariddh den Pressionen Hun Sens wenig entgegensetzen, zumal er umgekehrt immer wieder versucht, sich mit Unterstützung Hun Sens gegen seine Kritiker in der eigenen Partei zu behaupten.

Es hat sich daher eine zwar nicht widerspruchsfreie, aber bislang tragfähige Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Politikern herausgebildet. Hun Sen braucht Ranariddhs internationales Ansehen, und letzterer ist sich nur allzu gut der Tatsache bewußt, daß Hun Sen Machtmittel besitzt, die ihm nicht zur Verfügung stehen. Wer letztlich stärker auf die Unterstützung des anderen angewiesen ist, wird die Zukunft erweisen. Bislang haben sich jedoch beide sehr energisch allen Versuchen entgegengestellt, ein demokratisches Gegengewicht zu der immer autoritärer agierenden Regierung zu schaffen.

1. Einschüchterung kritischer Politiker

Die wenigen Parlamentsmitglieder, die ihre Arbeit als Abgeordnete ernst nehmen und die von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorlagen hinterfragen oder gar an der Arbeit der Regierung Kritik üben, sehen sich massiven Beschimpfungen und Gewaltandrohungen ausgesetzt. Warnendes Beispiel für alle Kritiker ist der ehemalige Finanzminister Sam Rainsy, der, nachdem er mehrmals öffentlich die zunehmende Korruption angeprangert hatte, nicht nur im Oktober 1994 von seinem Ministeramt zurücktreten mußte, sondern am 22. Juni 1995 auch seines Sitzes im Parlament enthoben wurde, ohne daß darüber im Parlament abgestimmt oder auch nur debattiert worden wäre. Der einzige Vorwurf, mit dem diese Maßnahme begründet wurde, war der, daß Sam Rainsy durch seine Kritik an der Regierung dem Ansehen Kambodschas schweren Schaden zugefügt habe²⁷. Auch eine

öffentliche Erklärung des Staatsoberhauptes, König Sihanouk, in der er den Entzug des Parlamentssitzes verurteilte und Sam Rainsy als „Patrioten“ bezeichnete, der „ehrenhaft, kompetent, mutig dem Volk und seinem Vaterland gedient habe“, vermochte an dieser Maßnahme nichts zu ändern²⁸.

Gegenüber dem kleineren Koalitionspartner, der Buddhistisch-Liberaldemokratischen Partei (BLDP), betrieb man mit großem Geschick eine Spaltungstaktik. Ansatzpunkt hierfür bildete eine langjährige Kontroverse in der Parteispitze zwischen dem Parteigründer Son Sann und Ieng Mouly. Im Gegensatz zu Son Sann und seinen Gefolgsleuten, die in die Opposition gehen wollten, hatte sich Ieng Mouly erfolgreich für eine Regierungsbeteiligung der BLDP eingesetzt und war hierfür mit dem Amt des Informationsministers belohnt worden. Im Juli 1995 ging Ieng Mouly in die Offensive, indem er einen Sonderparteitag einberief, auf dem er erwartungsgemäß zum Parteivorsitzenden gewählt wurde und auf dem alle kritischen BLDP-Abgeordneten, die sich geweigert hatten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, aus der Partei ausgeschlossen wurden²⁹. Mit der Begründung, sie seien nicht mehr Parteimitglieder, verlangte Ieng Mouly daraufhin vom Parlamentspräsidenten Chea Sim, sechs BLDP-Abgeordneten, einschließlich des Parteigründers Son Sann, den Parlamentssitz zu entziehen. Angesichts vehementer internationaler Proteste wurde dieser Forderung bislang noch nicht entsprochen.

Als jedoch Anfang Oktober Son Sann einen regulären Parteitag in Phnom Penh einberufen hatte, verwehrt Polizeipatrouillen vielen Delegierten den Zugang nach Phnom Penh. Auf diejenigen Parteitagsbesucher, denen es dennoch gelungen war, nach Phnom Penh zu gelangen, und die auf dem Gelände des Wohnhauses von Son Sann und einer nahe gelegenen Tempelanlage übernachteten, verübten Unbekannte einen Bombenanschlag, bei dem mehr als 35 Personen verletzt wurden³⁰. „Aus Sicherheitsgründen“ wurde es daraufhin nicht gestattet, den Kongreß wie geplant im Olympia-Stadion abzuhalten, so daß die Delegierten gezwungen waren, sich auf dem Gelände des Wohnhauses von Son Sann zu versammeln³¹. Nur das demonstrative Eintreten des amerikanischen Botschafters, der dem Parteitag einen Besuch abstattete, konnte die Anhänger Son Sanns vor weiteren Repressionen bewahren. Doch die massiven Einschüchterungen haben ihre Wirkung nicht

28 Vgl. ebd.

29 Vgl. Far Eastern Economic Review vom 27. Juli 1995, S. 31.

30 Vgl. Phnom Penh Post vom 6. Oktober 1995, S. 1.

31 Vgl. ebd., S. 2.

27 Vgl. Nate Thayer, Shut Out. Government critic expelled from parliament, in: Far Eastern Economic Review vom 6. Juli 1995, S. 20.

verfehlt, zumal auf dem Lande, wo man nicht auf den Schutz durch die internationale Öffentlichkeit rekurreren kann.

Aber selbst internationales wie nationales Ansehen bietet derzeit in Kambodscha keinen ausreichenden Schutz. Jüngstes Beispiel hierfür ist der frühere Außenminister und Generalsekretär der FUNCINPEC, Norodom Sirivudh, ein Halbbruder von König Sihanouk. Sirivudh war im Herbst 1994 aus Sympathie für den entlassenen Finanzminister Sam Rainsy von seinem Amt als Außenminister zurückgetreten und hatte der Regierung öffentlich vorgeworfen, der immer stärker um sich greifenden Korruption tatenlos zuzusehen, ja sich zu ihrem Komplizen zu machen. Auch seine eigene Partei unterzog er einer schonungslosen Kritik. Mit 3 000 aktiven Mitgliedern sei die Partei viel zu schwach, um im politischen Machtkampf bestehen zu können. Sie müsse daher den Basisorganisationen auf dem Lande größeres Augenmerk widmen und ihren demokratischen Aufbau stärker vorantreiben. Derartige Vorstellungen riefen sowohl Hun Sen als auch Ranariddh auf den Plan: erstere, weil er befürchten mußte, daß aus der Honoratiorenpartei FUNCINPEC eine auch auf dem Lande präzente und der KVP ebenbürtige Organisation werden könnte; letzterem konnte nicht daran gelegen sein, daß die Parteibasis, die seine Ernennung zum Parteivorsitzenden nur widerwillig hingenommen hatte, ein stärkeres Mitspracherecht erhalten sollte.

Der direkte Angriff auf Sirivudh erfolgte im November 1995. Unter der Beschuldigung, er habe ein Mordkomplott gegen Hun Sen vorbereitet, wurde er zunächst unter Hausarrest gestellt. Am 21. November konnten die beiden Ministerpräsidenten in der Nationalversammlung die Aufhebung seiner Immunität durchsetzen, der wenig später seine Inhaftierung folgte. Nur aufgrund einer Intervention König Sihanouks erhielt Sirivudh schließlich die Erlaubnis, nach Frankreich ins Exil zu gehen. Nach einer nur vier Stunden dauernden Gerichtsverhandlung wurde er am 15. Februar 1996 in Abwesenheit zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt³².

Da spätestens seit dem Weggang Sirivudhs die FUNCINPEC keine realistische Alternative zur KVP darstellt, ruhen die Hoffnungen vieler Kambodschaner auf dem früheren Finanzminister Sam Rainsy, der nach seinem Ausschluß aus der FUNCINPEC und dem Parlament am 9. November 1995 eine neue Partei, die „Khmer National-Partei“ (KNP) gegründet hat³³. Obgleich die Regie-

rung diese Partei für illegal erklärte, konnte sich Sam Rainsy nicht über mangelnden Zulauf beklagen. Nach seinen eigenen Angaben hätten schon in den ersten Wochen nach der Parteigründung rund 70 000 Kambodschaner im In- und Ausland die Mitgliedschaft beantragt³⁴. Folgt man einer Umfrage, die der kambodschanische Journalistenverband in Phnom Penh und den angrenzenden Provinzen Kandal und Kompong Speu veranstaltet hat, so würden derzeit 23 Prozent der Befragten die KNP, aber nur 13 Prozent die KVP und nur 7 Prozent die FUNCINPEC wählen, während die übrigen 50 Prozent keine Meinung äußern wollten³⁵. Die Regierung reagierte auf diese neue Herausforderung mit der erprobten Einschüchterungstaktik gegenüber den Gefolgsleuten Sam Rainsys. Schon kurz nach der Parteigründung fielen drei seiner Anhänger unaufgeklärten Mordanschlägen zum Opfer³⁶. Am 29. Januar 1996 – Sam Rainsy befand sich gerade in Frankreich – wurde die Parteizentrale der KNP von schwerbewaffneter Militärpolizei besetzt und durchsucht. 150 Personen, Mitarbeiter der KNP und zufällig anwesende Besucher, wurden für mehrere Stunden festgehalten. Jüngstes Opfer war ein KNP-Funktionär im Nordwesten des Landes, der dort von „Unbekannten“ zu Tode geprügelt wurde³⁷. Daß Sam Rainsy bislang von solchen Anschlägen auf seine Person verschont geblieben ist, bedeutet nicht, daß er auch in Zukunft davor gefeit sein wird, sondern läßt eher darauf schließen, daß die Regierung dies gegenwärtig nicht für opportun hält.

2. Kampf gegen die unabhängige Presse

Um oppositionellen Gruppierungen bereits im Vorfeld den Boden zu entziehen, wurde auch die in der Verfassung garantierte Pressefreiheit drastisch eingeschränkt. Von den über vierzig unabhängigen Zeitungen, die in der Zeit des UNO-Mandats entstanden waren, sind derzeit gerade noch eine Handvoll übriggeblieben. Eine Reihe von Publikationen mußte ihr Erscheinen aus wirtschaftlichen Gründen einstellen, wobei die meisten Beobachter davon ausgehen, daß die Kündigung von Krediten, der Entzug von Werbeanzeigen und die plötzliche Weigerung von Druckereien, eingegangenen Verpflichtungen nachzu-

34 Vgl. Kristina Chhim, Jüngste Entwicklungen in Kambodscha, Vortrag vom 16. 2. 1996 auf einem Workshop der AG „Kambodscha“ des DFG-Forschungsprojekts „Militante Konflikte in Asien“ an der Humboldt-Universität zu Berlin, (unveröffentlichtes Manuskript), S. 10.

35 Vgl. ebd., S. 7f.

36 Vgl. Phnom Penh Post vom 17. November 1995, S. 3.

37 Vgl. Far Eastern Economic Review vom 22. Februar 1996, S. 23; die tageszeitung vom 22. Mai 1996, S. 4.

32 Vgl. International Herald Tribune vom 23. Februar 1996, S. 4.

33 Vgl. Phnom Penh Post vom 17. November 1995, S. 3.

kommen, auf politischen Druck zurückzuführen sind³⁸. Andere Herausgeber und Chefredakteure wurden unter der Beschuldigung, „die nationale Sicherheit und politische Stabilität“ gefährdet zu haben, zu hohen Geldstrafen und ein- bis zweijährigen Haftstrafen verurteilt. Rechtliche Handhabe hierzu bietet ein Pressegesetz, das im September vergangenen Jahres erlassen worden war. Da sich König Sihanouk geweigert hatte, dieses Gesetz zu unterzeichnen, wurde es während einer Auslandsreise von Sihanouk vom Parlamentspräsidenten Chea Sim unterzeichnet, da dieser bei Abwesenheit des Königs dessen Aufgaben wahrnimmt.

Aber Ministerpräsident Hun Sen hat inzwischen auch klar zu verstehen gegeben, daß er nicht nur auf juristischem Wege gegen seine publizistischen Widersacher vorgehen wird. Als eine Zeitung im Oktober 1995 über das von Hun Sen persönlich geförderte Entwicklungsprojekt Krangyou kritisch berichtete, wurden kurzerhand die Redaktionsbüros von Rollkommandos verwüstet und die dort anwesenden Journalisten verprügelt. Anstatt diesen brutalen Gewaltakt scharf zu verurteilen, erklärte Hun Sen öffentlich, Demokratie könne man mit Worten, aber auch mit Stangen praktizieren. Er selbst habe daher der Polizei die Strafverfolgung untersagt. Ein halbes Jahr nach diesem Vorfall wurde der Herausgeber der regierungskritischen Zeitung „Ödamktek Khmer“ und KNP-Mitglied, Thun Bunly, auf offener Straße von „Unbekannten“ erschossen³⁹.

Umgekehrt werden denjenigen Journalisten, die regierungsfreundliche Artikel verfassen, umfangreiche Vergünstigungen zuteil. Der Haushalt des Informationsministeriums, aus dem solche Zuwendungen beglichen werden, wies in den vergangenen zwei Jahren Steigerungsraten auf, die über 60 Prozent lagen⁴⁰, und Hun Sen hat durch seinen engen Vertrauten Khieu Kanharith, Staatssekretär im Informationsministerium, die Kontrolle darüber, daß diese Mittel auch in seinem Sinne verwendet werden.

V. Ursachen der demokratiehemmenden Entwicklung

Viele Kambodschaner und ausländische Beobachter, die nach dem überraschenden Wahlsieg der

38 Vgl. Far Eastern Economic Review vom 23. November 1995, S. 14.

39 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. November 1995, S. 14; International Herald Tribune vom 20. Mai 1996, S. 9.

40 Vgl. World Bank (Anm. 7) Appendix, S. 8.

FUNCINPEC im Mai 1993 mit großem Optimismus in die Zukunft geblickt hatten, müssen sich heute fragen, worin die tieferen Ursachen dafür liegen, daß Kambodscha erneut zu einem Land geworden ist, in dem sich Unterentwicklung und ein zunehmend diktatorisches Herrschaftssystem gegenseitig bedingen und verstärken. Schließlich ist Kambodscha hinsichtlich seiner geographischen Lage und seiner Ressourcen kein armes Land. Im Unterschied zu seinem Nachbarn Vietnam kennt Kambodscha keinen Mangel an fruchtbarem Ackerland, die klimatischen Bedingungen sind günstig, und geologische Untersuchungen haben ergeben, daß auch für eine moderne industrielle Entwicklung genügend wertvolle Rohstoffe vorhanden sind.

1. Verwüstungen durch Krieg und Bürgerkrieg

Die natürlichen Ressourcen waren jedoch während der letzten 25 Jahre ungeheuren Zerstörungen ausgesetzt. Durch geschicktes diplomatisches Manövrieren war es Prinz Sihanouk lange Zeit gelungen, sein Land aus dem Vietnamkrieg herauszuhalten. Aber nach seinem Sturz im März 1970 wurde auch Kambodscha zum blutigen Schauplatz dieses Konflikts. Der 1975 folgenden Herrschaft der Roten Khmer fielen nach neuesten Berechnungen zwei Millionen Kambodschaner zum Opfer⁴¹. Alle Ansätze zu einer modernen wirtschaftlichen Entwicklung wurden radikal gekappt. Vorbild der Gefolgsleute Pol Pots war nicht die von Marx anvisierte postkapitalistische Industriegesellschaft, sondern eine Agrargesellschaft, die auf Sklavenarbeit beruhte. Der Einmarsch der vietnamesischen Truppen und ihrer kambodschanischen Verbündeten zur Jahreswende 1978/79 beendete zwar in weiten Teilen Kambodschas das Schreckensregime Pol Pots, brachte aber dem Lande keinen wirtschaftlichen Aufschwung. Der Krieg gegen die von der VR China gut ausgerüsteten Roten Khmer forderte weitere Opfer. Als Mitglied der „Sozialistischen Staatengemeinschaft“ war das Land von internationaler Hilfe abgeschnitten, während die UdSSR und ihre Verbündeten immer weniger Unterstützung für Kambodscha bereitstellen konnten.

Das Ausmaß dieses mehr als zwanzig Jahre währenden wirtschaftlichen Niedergangs wurde in seiner ganzen Tragweite erst erkannt, nachdem die Vereinten Nationen 1991 das Mandat über Kambodscha übernommen hatten. Die internationale Gemeinschaft reagierte ungewöhnlich schnell auf diese Herausforderung. Im Juni 1992 stellte sie in

41 Zu diesen Zahlenangaben gelangte jüngst ein Forschungsprojekt der Yale-Universität. Vgl. International Herald Tribune vom 20. Februar 1996, S. 4.

Tokio auf einer „Konferenz für den Wiederaufbau Kambodschas“ 880 Millionen US-Dollar bereit. Dieses Geld mußte allerdings in sinnvolle Entwicklungspläne und -projekte investiert werden – eine Aufgabe, der die UNO-Verwaltung in Kambodscha angesichts der immensen politischen und militärischen Probleme allenfalls marginale Aufmerksamkeit schenkte, so daß bis Mai 1993 nicht einmal zehn Prozent der in Tokio zugesagten Summe abgerufen waren⁴².

Welch gigantische Aufgaben damit unerledigt blieben, wird anhand des Minenproblems deutlich, obgleich dies nur ein – wenn auch ein besonders erschütternder – Aspekt der allgemeinen Misere Kambodschas ist. Nach Beginn der UNO-Mission kamen Expertenschätzungen zu dem Ergebnis, daß in Kambodscha rund zehn Millionen Landminen in 2 000 Minenfeldern liegen, die insgesamt 3 500 Quadratkilometer umfassen. Bis zum Ende der UNO-Mission konnten lediglich 47 Quadratkilometer als Minenfelder gekennzeichnet und nur 13 Quadratkilometer (d. h. 0,4 Prozent) von Minen geräumt werden⁴³. Die Kosten hierfür beliefen sich auf circa 15 Millionen US-Dollar.

2. Konzeptions- und Verantwortungslosigkeit in der Führungsspitze

Schwerwiegender als die materiellen Zerstörungen sind die ungeheueren Opfer an Humankapital. Kambodscha verfügte in den sechziger Jahren über eine relativ große Zahl von Hochschulabsolventen, und auch der Bereich der sekundären Bildung war – gemessen an den Standards eines Entwicklungslandes – gut ausgebaut. Anfang der neunziger Jahre lebten jedoch in Kambodscha nur noch wenige Kambodschaner mit höherer Bildung. Die meisten waren während der Herrschaft der Roten Khmer ermordet worden, wenn ihnen nicht vorher die Flucht ins Ausland geglückt war. Doch auch die „Volksrepublik Kampuchea“ (1979–1991) investierte wenig in den Bereich Bildung und Ausbildung, so daß die riesigen Verluste der Pol-Pot-Zeit nicht auch nur annähernd ausgeglichen werden konnten.

Etliche Kambodschaner, die in den siebziger Jahren ihre Heimat verlassen hatten, sind inzwischen nach Kambodscha zurückgekehrt. Politisch haben sie sich meist für die FUNCINPEC engagiert. Viele von ihnen mußten sehr bald feststellen, daß sie sich den Verhältnissen in ihrer Heimat entfremdet hatten. Hinzu kam die Enttäuschung über

einen korrupten Staats- und Verwaltungsapparat, der die Entwicklung des Landes eher behindert als fördert. Bei den einen hat dies zu Resignation, bei den anderen zu Zynismus geführt, so daß sich selbst einige derjenigen, die mit besten Absichten nach Kambodscha gekommen waren, im Laufe der Zeit an mehr oder weniger dubiosen Geschäften beteiligten.

Den meisten Rückkehrern ist jedoch gemein, daß sie einen ausländischen Paß besitzen. Ihre Existenz ist nicht von der Kambodschas abhängig. Die ehemalige Heimat ist so für viele Rückkehrer zu einem Ort geworden, an dem man lukrativen Geschäften nachgehen kann, die kurzfristig Gewinn abwerfen. Wenn dies nicht mehr der Fall sein sollte oder die politischen Verhältnisse sich allzu ungünstig entwickeln, kann man das Land verlassen und wieder auf die im Ausland aufgebaute Existenz zurückgreifen. Als „tourists in power“ hat daher der belgische Kambodschaexperte Roul Jennar viele FUNCINPEC-Mitglieder bezeichnet⁴⁴.

Die Führungsschicht der KVP hat sich dagegen unter ganz anderen Bedingungen entwickelt. Ihre Mitglieder hatten kaum Gelegenheit, eine höhere Schule oder gar eine Universität zu besuchen, geschweige denn Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Statt dessen waren die meisten von frühester Jugend an Soldaten bzw. Guerillakämpfer. Die politischen Lehren ihres Lebens lassen sich in dem Diktum Mao Ze Dongs zusammenfassen: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“ Da sie lange Zeit unter Verhältnissen einer kleinräumigen Subsistenzwirtschaft gelebt hatten, waren sie mit Fragen wirtschaftlicher Entwicklung im nationalen Rahmen kaum vertraut, ganz zu schweigen mit den Mechanismen und Möglichkeiten einer Marktwirtschaft.

So unterschiedlich Bildungsniveau und Lebenserfahrungen führender Vertreter von FUNCINPEC und KVP sind, so ist ihnen doch gemeinsam, daß nur die wenigsten von ihnen über eine tragfähige Entwicklungskonzeption verfügen, die an der konkreten Situation Kambodschas ansetzt. Nicht zuletzt deshalb sind sie wohl auch den Versuchungen des gegenwärtigen Wirtschaftsbooms und den damit verbundenen Möglichkeiten, auf schnellem Wege zu Geld zu kommen, so rasch erlegen und sehen es nunmehr als ihre Hauptaufgabe an, „mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben, die Machtfülle, die sie bereits innehaben, nach Möglichkeiten noch zu mehren, um sich auf diese Weise auch

42 Vgl. Raoul M. Jennar, UNTAC: „International Triumph“, in: Security Dialogue, 25 (1994) 2, S. 149.

43 Vgl. Nayan Chanda, Tough Rows to Hoe, in: Far Eastern Economic Review vom 29. Juni 1996, S. 50f. und Financial Times vom 6./7. Januar 1996, S. 3.

44 Vgl. International Herald Tribune vom 26. März 1996, S. 4.

weiterhin ungestört die eigenen Taschen füllen zu können“⁴⁵.

Sicherlich sind weder die FUNCINPEC noch die KVP monolithische Blöcke, und es gibt auch in diesen Parteien eine Reihe von Persönlichkeiten, die versuchen, sich der oben skizzierten Entwicklung entgegenzustellen. Kritiker können sich zudem auf König Sihanouk berufen, der immer wieder die Fehler und Schwächen der „Königlichen Regierung“ schonungslos anprangert. Doch all dies ändert wenig an den konkreten Machtverhältnissen, die durch die vorhandenen Verwaltungs-, Militär- und Polizeiapparate bestimmt werden.

Kann durch Einflußnahme von außen eine Veränderung dieser Verhältnisse erzwungen werden?

⁴⁵ Neue Zürcher Zeitung vom 9./10. März 1996, S. 7.

Die internationale Gemeinschaft finanziert derzeit zu 40 Prozent den kambodschanischen Staatshaushalt und trägt damit auch Verantwortung dafür, daß in Kambodscha diejenigen Kräfte unterstützt werden, die sich für eine entwicklungsorientierte Wirtschaftspolitik und den Aufbau eines demokratischen Staatswesens einsetzen. Aber es wäre illusorisch zu glauben, daß durch äußeren Druck oder gar durch eine erneute Intervention eine radikale Änderung der politischen und wirtschaftlichen Situation Kambodschas erzielt werden könnte. Die Kambodschaner und vor allem ihre Führung tragen letztlich die Verantwortung dafür, ob ihr Land einen angemessenen Platz unter den sich stürmisch entwickelnden Nationen Südostasiens erhält oder ob künftigen Generationen „Kambodscha“ nur noch ein historischer Begriff sein wird.

Indien nach den Parlamentswahlen 1996

Innenpolitische Entwicklung und regionale außenpolitische Interessenlage

I. Die innenpolitische Situation Indiens

Indien kann mit einer sich unaufhaltsam der Milliarden-grenze nähernden Bevölkerungszahl sehr plausibel als die größte Demokratie der Welt – begrifflich schärfer als die „volkreichste Demokratie“ – gelten. Der demokratische Charakter des politischen Systems wurde mit den im Frühjahr 1996 durchgeführten Wahlen zum indischen Unterhaus neuerlich unter Beweis gestellt. Die Ablösung der traditionsreichen Kongreßpartei, die seit der Unabhängigkeit im Jahre 1947 das indische Parteiensystem dominierte, und die Entstehung der hindunationalistischen BJP¹ als parlamentarisch stärkste Kraft kommen einem politischen Erdbeben gleich und bedeuten eine tiefe Zäsur in der Geschichte Indiens. Aufgrund seiner geopolitischen Lage und seiner räumlichen Ausmaße – der Subkontinent mißt in der Nord-Süd- und in der West-Ost-Ausdehnung jeweils etwa 3 000 Kilometer – übt Indien nicht nur erheblichen Einfluß auf die südasiatischen Nachbarländer aus, sondern strahlt seit der außen- und wirtschaftspolitischen Öffnung zu Beginn der neunziger Jahre zunehmend auch nach Südostasien aus. Als südasiatische Führungsmacht tritt Indien zudem selbstbewußt auf internationalem Parkett auf, was sich beispielsweise im Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dokumentiert.

Der historische Wendepunkt, der sich mit dem Ausgang der Wahlen ergeben hat, eröffnet günstige Möglichkeiten, die gesellschaftliche Entwicklung und die politische Kultur Indiens in einer Phase hoher politischer Mobilisierung zu beleuchten. Über das aktuelle innenpolitische Bild hinaus, zu dem auch die Themenkomplexe der Minderheitenproblematik und der Wirtschaftspolitik zählen, interessiert die Frage, welche Auswirkungen auf die indische Außenpolitik zu erwarten sind.

1 Das Parteikürzel BJP steht für „Bharatiya Janata Party“ und ist im Deutschen am besten mit „Indische Volkspartei“ wiedergegeben.

1. Grundzüge des politischen Systems

Die indische Verfassung gilt als eine der umfangreichsten der Welt und sieht, insgesamt unverkennbar am Westminster-Modell orientiert, eine klare Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative vor. Die exekutive Doppelspitze wird vom Staatspräsidenten als dem Staatsoberhaupt und dem Premierminister gebildet, der im Zusammenwirken mit seinem Kabinett die Regierungsgeschäfte ausübt und dabei nach britischem Vorbild dem Parlament gegenüber verantwortlich ist².

Die Legislative besteht aus zwei Kammern: Das Oberhaus, *Council of States (Rajya Sabha)*, nimmt als die Länderkammer dem Deutschen Bundesrat vergleichbare Funktionen innerhalb des indischen föderativen Systems wahr. Von den maximal 250 Mitgliedern des Oberhauses werden bis zu 238 von den Bundesstaaten entsandt und zwölf weitere vom Staatspräsidenten ernannt³. Ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre, und jeweils ein Drittel der Sitze wird im Zweijahresrhythmus neu besetzt. Das Unterhaus, *House of the People (Lok Sabha)*, setzt sich aus maximal 530 in den 25 Bundesstaaten direkt gewählten Volksvertretern zusammen, deren Zahl sich um bis zu 20 durch die Mandatsträger der *Union Territories* erhöht⁴.

Das Zweikammersystem spiegelt die föderative Struktur Indiens wider. Die Exekutive der einzelnen Staaten wird aus einem auf fünf Jahre ernannten Gouverneur und einem *Chief Minister* gebildet, der im Regelfall aus der Mehrheitsfraktion des jeweiligen Länderparlaments hervorgeht und etwa dem Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Nach Artikel 356 der indischen Verfassung können die Bundesstaaten

2 Eine kompakte Darstellung des politischen Systems bietet Dietmar Rothermund, *Parlamentarische Demokratie und Föderalismus*, in: ders. (Hrsg.), *Indien – Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt. Ein Handbuch*, München 1995, S. 389–408. Das von Dietmar Rothermund herausgegebene, alle wichtigen Aspekte abdeckende Handbuch ist in der deutschsprachigen Indienliteratur ein unentbehrliches Standardwerk. Als detaillierte Untersuchung des politischen Systems siehe beispielsweise Ramesh Thakur, *The Government and Politics of India*, Basingstoke 1995.

3 Vgl. Art. 79 ff. der indischen Verfassung.

4 Die *Union Territories* sind überwiegend kleinere, der Exekutive der Zentralregierung unterstellte Gebiete, zu denen beispielsweise die Archipele im Indischen Ozean zählen.

unter bestimmten Voraussetzungen – zum Beispiel bei einer Staatskrise – der Exekutive der Zentralregierung (*President's rule*) unterstellt werden. Im Jahre 1992 wurden durch eine Verfassungsergänzung die Voraussetzungen für eine weitere Dezentralisierung des politischen Systems verbessert und die Möglichkeiten zur politischen Partizipation auf der kommunalen Ebene erweitert.

Die Judikative gilt in besonderem Maße als unabhängig und genießt in der öffentlichen Meinung ein sehr hohes Ansehen. Innerhalb des politischen Systems erfüllt die Gerichtsbarkeit wichtige Kontroll- und Korrektivfunktionen.

2. Das Erstarren des Hindunationalismus

In der Präambel der Verfassung hat sich Indien als eine „souveräne demokratische Republik“ konstituiert, und durch eine Ergänzung im Jahre 1976 wurde eine Präzisierung durch die Begriffe „sozialistisch“ und „säkular“ vorgenommen. Die Abkehr vom sozialistischen Erbe ist inzwischen durch die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen und eine außenpolitische Neuorientierung erfolgreich vollzogen worden, ohne daß dadurch der demokratische Charakter der Republik gelitten hätte. Das Aufweichen des Verfassungsgrundsatzes des Säkularismus könnte jedoch weitreichende Konsequenzen im ethnisch und religiös überaus vielschichtigen Indien nach sich ziehen⁵.

Der Hindunationalismus bildet gegenwärtig eine Hauptströmung der indischen Politik und läßt sich als eine populistische und chauvinistische Ideologie definieren, die an das religiöse und nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der hinduistischen Mehrheitsbevölkerung appelliert, um deren Vorherrschaft über die ethnischen und religiösen Minderheiten zu erlangen. Die hindunationalistische Ideologie, die sich auf der parteipolitischen Ebene in der BJP institutionalisiert hat, steht dem in der Verfassung verankerten Prinzip des Säkularismus diametral entgegen. Im indischen verfassungsrechtlichen Sinne ist unter „Säkularismus“ der Schutz und die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften zu verstehen. Aus diesen beiden Kurzdefinitionen ergibt sich eine Unvereinbarkeit von hindunationalistischem und säkularistischem Staatsverständnis. Im indischen Vielvölkerstaat erweist sich jedoch das Prinzip des Säkularismus als eine unabdingbare Voraussetzung für die pluralistische Demokratie, weil sich die religiösen und ethnischen Minderheiten nur unter der Voraussetzung der Religionsfreiheit mit einem säkular ausgerichteten

Rechtsstaat identifizieren können. Eine Abkehr von der säkularen Ordnung müßte zwangsläufig latent vorhandene und bereits überwunden geglaubte ethnisch-religiöse Spannungen verstärken. Führt man dieses Szenario fort, könnte sich insbesondere das Verhältnis zwischen den Hindus und den Muslimen als der zweitgrößten Bevölkerungsgruppe als eine antagonistische Konfliktlinie erweisen⁶.

Das Erstarren des Hindunationalismus kann auf eine Reihe von Faktoren zurückgeführt werden⁷. Als historischer Erklärungsansatz ist bedeutsam, daß die der britischen Herrschaft vorausgehende präkoloniale Herrschaftselite der islamischen Minderheit angehörte. Aus hindunationalistischer Sicht wurde mit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 lediglich eine Gleichstellung der Religionsgemeinschaften erreicht, in der sich die überwältigende Mehrheit der hinduistischen Bevölkerung unterrepräsentiert fühlen müsse. Demzufolge sei der Zeitpunkt für eine Machtübernahme durch die Hindus und eine Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft nach hinduistischen Grundsätzen gekommen. Bei einer psychosozialen Betrachtungsweise erscheint für das Aufleben des Hindunationalismus eine innere Identitätskrise maßgeblich zu sein, die die Rückbesinnung auf eigene normative Wertvorstellungen begünstigt. Demnach erscheint Indien bei gleichzeitiger wirtschaftlicher, politischer und soziokultureller Öffnung im Zuge der allgemeinen Globalisierung als eine vermeintlich unterlegene und um die eigene Identität ringende Defensivkultur. Auch wenn diese Faktoren eine Rolle für den Aufstieg des Hindunationalismus gespielt haben mögen, lassen sich zwei weitere Gründe anführen, die sich primär aus der Struktur des Parteiensystems ergeben: Zum einen hat die Kongreßpartei durch ihre Defizite als Volkspartei und ihre innere Verkrustung zur Entstehung einer hindunationalistischen Partei beigetragen, zum anderen können die politischen Rahmenbedingungen in einer weitgehend traditionell geprägten Gesellschaft einer Entwicklung Vorschub leisten, in der die politischen Parteien im Wettbewerb miteinander aus Gründen des Machterhalts oder der Machterlangung populistische Zugeständnisse an die religiös bestimmte politische Kultur machen. Die Wahrscheinlichkeit für eine solche Tendenz nimmt zu, da die säkulare Ordnung von der Elite initiiert wurde und überwiegend von ihr getragen wird, aber diese Werte von den in der traditionellen Kultur verhafteten Bevölkerungsmassen nicht verinnerlicht wurden.

6 Vgl. Peter van der Veer, *Religious Nationalism. Hindus and Muslims in India*, New Delhi 1996.

7 Zum Aufstieg der BJP siehe Yogendra K. Malik/Vijay Bahadur Singh, *Hindu Nationalists in India. The Rise of the Bharatiya Janata Party*, New Delhi 1995.

5 Zum säkularen Staatswesen in Indien siehe Prokhat Chandra Chatterji, *Secular Values for Secular India*, New Delhi 1995, und Saral Jhingran, *Secularism in India. A Reappraisal*, New Delhi 1995.

Im Unterschied etwa zur islamischen Staatsidee hat der Hinduismus nur sehr vage politische Ordnungsvorstellungen entwickelt⁸. Die Programmatik der Hindunationalisten bleibt daher für die Masse der Wähler und selbst für den politischen Beobachter eher diffus. Die Zerstörung der Moschee von Ayodhya durch fanatisierte Hindus im Dezember 1992 und die anschließenden gewalttätigen Ausschreitungen in Bombay lassen den Umfang des Konfliktpotentials erahnen⁹. Vor dem Hintergrund der Konfliktlinie aus säkularem und hindunationalistischem Staatsverständnis ist die Polarisierung des Parteiensystems zwischen der Kongreßpartei und der BJP zu verstehen.

3. Das indische Mehrheitswahlrecht und die Strukturen des gegenwärtigen Parteiensystems

Ein Mehrheitswahlrecht führt tendenziell zur Herausbildung eines Zweiparteiensystems, da es die Orientierung der Wählerschaft an den Kandidaten derjenigen Parteien begünstigt, die Aussicht auf die Erlangung des Mandats in einem bestimmten Wahlkreis haben. Im Unterschied zum Verhältniswahlrecht, das vielfach als „gerechter“ empfunden wird, finden die Stimmenanteile der im Wahlkreis unterlegenen Parteien nämlich keine Berücksichtigung. In Indien scheinen diese Gesetzmäßigkeiten im Wahlverhalten jedoch nur eine beschränkte Gültigkeit aufzuweisen¹⁰. Die Erklärung hierfür liegt in der ethnisch-religiösen Vielfaltigkeit, den sozioökonomischen Ungleichgewichten, vor allem aber in den regionalen Unterschieden Indiens. Aufgrund dieser Vielschichtigkeit der indischen Gesellschaft haben sich innerhalb des föderativen Systems – trotz der Zwänge des Mehrheitswahlrechts – zahlreiche kleinere Parteien herausgebildet, die oftmals lediglich über eine regionale Machtbasis verfügen und aus ihrem Selbstverständnis heraus nur sekundär eine Machtbeteiligung auf der zentralstaatlichen Ebene anstreben. Durch die regionale Zersplitterung und die mangelnde Geschlossenheit auf seiten der Oppositionsparteien dominierte die Kongreßpartei seit der Unabhängigkeit allein oder in einer Koalitionsregierung nahezu ununterbrochen die indische Parteienlandschaft. Zumindest bis zur Parlaments-

wahl des Jahres 1996 kann vom Typus des asymmetrischen oder prädominanten Vielparteiensystems gesprochen werden¹¹. Der Aufstieg der BJP zur stärksten Partei bei den jüngsten Wahlen zum indischen Unterhaus ist daher von historischer Tragweite. Die positive Entwicklung in Richtung auf ein Mehrparteiensystem mit einer größeren Chance des Machtwechsels wird jedoch durch die hindunationalistische Orientierung der BJP erheblich relativiert.

4. Die Parlamentswahlen von 1996

Bei den Wahlen zum indischen Unterhaus waren etwa 590 Millionen Wahlberechtigte zur Stimmabgabe aufgerufen. Aus organisatorischen Gründen, zu denen vor allem die Gewährung der Sicherheit von ca. 820 000 Wahllokalen zählte, wurden die Wahlen für das Gros der Sitze in mehreren Etappen vom 27. April bis 7. Mai 1996 durchgeführt.

Aus den zuletzt im Jahre 1991 abgehaltenen Wahlen zum indischen Unterhaus war die Kongreßpartei unter Führung von P. V. Narasimha Rao mit 36,5 Prozent Stimmenanteil und 232 Sitzen als stärkste Partei hervorgegangen¹². Die hindunationalistische BJP erreichte damals 20,1 Prozent und 120 Mandate. Die sozialistische Janata Dal erzielte 11,8 Prozent und 56 Sitze. Die beiden wichtigsten kommunistischen Parteien CPM und CPI kamen trotz ihres getrennten Auftretens zusammen nur auf 49 Sitze, und die übrigen Mandate entfielen auf Splitter- und Regionalparteien.

Bei den indischen Unterhauswahlen des Jahres 1996 fiel die Kongreßpartei auf 28,1 Prozent – den niedrigsten Stimmenanteil in ihrer Parteigeschichte seit 1947 – zurück¹³. Durch den geringeren Zuspruch in der Wählerschaft nach parteiinternen Auseinandersetzungen sowie durch die im Vergleich zu den übrigen Parteien regional gleichmäßigere Verteilung erreichte die traditionsreiche Volkspartei lediglich 136 Sitze. Die BJP konnte zwar ihren Stimmenanteil nur unwesentlich ausbauen, nutzte aber die Arithmetik des Mehrheitswahlrechts geschickter als die bisherige Regierungspartei. Mit der Strategie der Konzentration auf bestimmte Wahlkreise gelang es den Hindunationalisten, 23,5 Prozent der Stimmen in 160 Mandate umzusetzen. Mit dieser höheren Erfolgsquote wurde die BJP in der neuen Legislaturperiode zur stärksten parlamentarischen Kraft. Die mit ihr

8 Das Werk Arthashastra des berühmten Verfassers Kautilya vermittelt tiefe Einblicke in die politische Ordnung Indiens vor 2 300 Jahren, bietet aber wenig Hilfe für die Lösung der gegenwärtigen Probleme.

9 Zu den Unruhen von Ayodhya siehe Clemens Jürjens, Koexistenz und Konflikt zwischen indischen Religionsgemeinschaften. Das Beispiel Ayodhya, in: Walter Kerber (Hrsg.), Religion: Grundlage oder Hindernis des Friedens, München 1995, S. 79–164.

10 Vgl. Justus Richter, Parteien und Wahlen in Indien. Entwicklungstendenzen im indischen Parteiensystem, in: KAS-Auslandsinformationen, 12 (1996) 2, S. 66–93 (KAS = Konrad-Adenauer-Stiftung).

11 Vgl. ebd., S. 69.

12 Eine nach einzelnen Bundesstaaten und weiteren Kriterien differenzierte Wahlstatistik der früheren Parlamentswahlen findet sich in David Bulter u. a., India decides. Elections 1952–1995, New Delhi 1995.

13 Zu den vorläufigen Wahlergebnissen siehe Yogendra Yadav, How India voted, in: India Today vom 31. Mai 1996, S. 44–46.

durch eine Koalitionsregierung in Maharashtra verbundene ultranationalistische Shiv Sena Partei, wörtlich Armee Shivas, war auch auf nationaler Ebene mit einer Koalitionsaussage angetreten und erreichte an der Seite der BJP 15 Mandate. Ein Mitte-links-Bündnis formierte sich als NF/LF (National Front/Left Front) und konnte sich mit insgesamt 111 Sitzen als dritte Kraft etablieren.

Mit der Entstehung von drei Blöcken – Kongreßpartei, BJP/Alliierte sowie NF/LF – führte das Wählervotum zu keiner regierungsfähigen Mehrheit und zu einer für Mehrheitswahlsysteme untypischen Situation. Zur Verhinderung der Machtübernahme durch die Hindunationalisten verkündete die unterlegene Kongreßpartei sogleich, die Bildung einer säkularen und stabilen Regierung zu unterstützen, was rechnerisch nur in einer Koalition mit den Linksparteien möglich war. Staatspräsident Shankar Dayal Sharma erteilte jedoch zunächst dem Kandidaten der BJP für das Amt des Premierministers, dem als gemäßigt geltenden Atal Behari Vajpayee¹⁴, den Auftrag zur Regierungsbildung. Es gelang ihm jedoch nicht, innerhalb des Parlaments eine Sogwirkung zugunsten der BJP auszulösen. Bei der geringen indischen Fraktionsdisziplin hätten prinzipiell günstige „Zukaufsmöglichkeiten“ bestanden; die BJP wollte jedoch ohne Abgeordnetenkauf, in Indien „horse trading“ genannt, eine parlamentarische Mehrheit bilden. Bereits am 28. Mai 1996 trat Vajpayee als Premierminister zurück, um einer Vertrauensabstimmung zuvorzukommen.

Nach dem Rücktritt Vajpayees wurde Deve Gowda¹⁵, der 63jährige *Chief Minister* des südindischen Bundesstaates Karnataka, als der Führer der United Front mit der Regierungsbildung beauftragt. Er führt eine aus vierzehn Parteien bestehende Vielparteienkoalition an, der nur geringe Chancen für eine mittel- oder langfristige Machtausübung eingeräumt werden. Die größte Partei der United Front ist die linksorientierte Janata Dal (Volkspartei), die mit nur 45 Sitzen über weniger als zehn Prozent der Mandate verfügt. Zur Koalition der United Front zählen eine Reihe von Splitterparteien, die sich primär auf eine regionale Machtbasis in einzelnen Bundesstaaten stützen. Innerhalb des indischen föderati-

ven Systems kam es somit zu einer Machtübernahme im Zentrum durch die Peripherie. Nach anfänglichem Zögern traten die reformkommunistischen Splitterparteien, die ebenfalls nur auf regionaler Ebene – namentlich im Bundesstaat West Bengalen und im südindischen Musterstaat Kerala – eine Rolle spielen, der United Front bei oder sagten eine Unterstützung „von außen“ zu. Mit insgesamt 177 Mandaten bleibt die Vielparteienkoalition auf eine parlamentarische Duldung durch die Kongreßpartei angewiesen¹⁶. Aus der Heterogenität der Koalition und ihrer Abhängigkeit von der Kongreßpartei ergibt sich eine zweifache Instabilität und eine voraussichtlich geringe Handlungsfähigkeit der neuen Regierung.

Ein Blick auf die Verschiebungen innerhalb des Parteiensystems ergibt kurz zusammengefaßt folgendes Bild: Die Kongreßpartei verfügt – selbst bei einer Wahlniederlage mit historischem Tiefpunkt – nach Stimmenanteil landesweit über die prozentual und sozial breitere Basis und erscheint damit als die einzige indische Volkspartei. Die BJP hat demgegenüber weiterhin das Gepräge einer auf den Westen und Norden beschränkten Regionalpartei und findet relativ hohen Zuspruch bei den Höherkastigen und im urbanen Milieu. Die Hindunationalisten fanden vor allem in den westlichen Bundesstaaten Maharashtra und Gujarat Unterstützung, in den besonders dicht besiedelten hindisprachigen Staaten des sogenannten „cow belt“ profitierte die Partei von der wahltaktischen Uneinigkeit der übrigen Parteien. Nachdem vor der Wahl allgemein von einer Polarisierung zwischen Kongreßpartei und BJP ausgegangen wurde, erscheinen die in der United Front zusammengeschlossenen kleineren Parteien als die Überraschungssieger. Als Gründe für die Wahlniederlage der Kongreßpartei lassen sich die durch überlange Regierungszeit verursachte Degeneration und Verkrustung anführen. Inwieweit die Havala-Affäre, der größte Bestechungsskandal in der Geschichte Indiens, das Wahlverhalten beeinflusst haben könnte, ist schwer abschätzbar, zumal alle führenden Parteien darin involviert waren¹⁷. Deutlich spürbar herrschte in der Vorwahlzeit eine gegen das politische Establishment gerichtete Stimmung, und naturgemäß war davon in erster Linie die Kongreßpartei betroffen. Die Korruptionsaffäre prägte die innenpolitischen Auseinandersetzungen, belastete die demokratische Streitkultur und offenbarte schließlich die Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen.

16 Die Konditionen für die Duldung und die Form der Zusammenarbeit zwischen United Front und Kongreßpartei blieben zunächst nach außen wenig transparent.

17 Siehe hierzu Sanjay Kapoor, *Bad Money, Bad Politics. The Untold Havala Story*, New Delhi 1996.

14 Als Kurzbiographie siehe Erhard Haubold, Dichter im Schlangennest, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Mai 1996, S. 16. Als detaillierte Biographie Vajpayees, die vielfältige Einblicke in die Entwicklung der BJP vermittelt, siehe Narayanan Madhar Ghatata (Hrsg.), *Atal Behari Vajpayee. Four Decades in Parliament*, (3 Bde.), New Delhi 1996.

15 Als Kurzbiographie siehe Erhard Haubold, Premier auf Krücken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Juni 1996, S. 12.

II. Die dynamische Wirtschaftsentwicklung

1. Die Wirtschaftsreformen

Der Amtsantritt von P. V. Narasimha Rao als Premierminister am 21. Juni 1991 markiert den entscheidenden Wendepunkt in der indischen Wirtschaftspolitik¹⁸. Die Abkehr von einer jahrzehntelangen verfehlten, staatlich bevormundeten Wirtschaftsordnung und die Neuorientierung in Richtung auf Privatisierung, Liberalisierung und marktwirtschaftliche Öffnung wurden durch eine Reihe von Faktoren begünstigt. Hierzu zählen das offenkundige Scheitern des von Nehru eingeschlagenen sozialistischen Weges, die Erfolglosigkeit der indischen Wirtschaftspolitik im innerasiatischen Vergleich, der Umbruch in Osteuropa und das Wegbrechen der „Märkte“ in den früher planwirtschaftlich strukturierten Staaten sowie schließlich der unmittelbar bevorstehende Staatsbankrott.

Die wirtschaftlichen Reformkräfte wurden vom angesehenen Finanzminister Manmohan Singh angeführt, der maßgeblich die außenwirtschaftliche Öffnung gestaltete und über die Besetzung seines Schlüsselressorts hinaus als heimlicher Außenminister galt. Ihm gelang es, die Liberalisierung gegen die inneren Widerstände durchzusetzen, die aus der Neigung zum Macht- und Privilegienerhalt bei der früheren Wirtschaftselite resultierten. Die indische Regierung hat mit den zu Beginn der neunziger Jahre eingeleiteten Wirtschaftsreformen die Wende vom Primat der Verteilungs- hin zur Wachstumsorientierung insgesamt sehr erfolgreich vollzogen und damit in kurzer Zeit die indische Volkswirtschaft auf einen steilen Wachstumspfad gebracht. In dem Nebeneinander des staatlichen und privaten Sektors in einer *mixed economy* konnten die Spielräume für privatwirtschaftliche Aktivitäten und die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Gleichwohl erscheint Indiens Wirtschaftssystem durch einen in den Schlüsselindustrien noch immer dominierenden staatlichen Sektor geprägt. Die Binnenmarktorientierung ergibt sich zum einen aus der wirtschaftsgeographischen Lage und zum anderen aus der Größe des heimischen Marktes.

Die Wirtschaftsreformen wurden in den der Parlamentswahl vorausgehenden Monaten nicht mit letzter Entschlossenheit vorangetrieben. Dieser vermutlich nur vorübergehende Verlangsamungseffekt dürfte durch die Vorwahlphase bestimmt

¹⁸ Vgl. Hans Christoph Rieger, Die Liberalisierung der Wirtschaft, in: D. Rothermund (Hrsg.) (Anm. 2), S. 523–536.

gewesen sein, in der demokratisch gewählte Regierungen aus Gründen des Machterhalts oder der Führungsschwäche dazu neigen können, sich mit der Umsetzung von zwar als richtig erkannten, aber unpopulären Maßnahmen zurückzuhalten. Berücksichtigt man die Übergangsphase der schwierigen Regierungsbildung und die voraussichtlich geringe Handlungsfähigkeit der neuen Koalitionsregierung, droht die Gefahr, daß der Reformprozeß seine Dynamik verliert.

2. Die wirtschaftliche Lage Mitte der neunziger Jahre

Im Haushaltsjahr 1995/96 setzte sich die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung fort. Die wichtigsten makroökonomischen Eckdaten belegen, daß die 1991 eingeleiteten Reformen eine stetige Aufwärtsbewegung der indischen Wirtschaft bewirkt haben¹⁹. Das Bruttosozialprodukt konnte 1995/96 mit reichlich sechs Prozent nochmals in der Größenordnung des vorangegangenen Haushaltsjahres gesteigert werden. Dieser beeindruckende Wert ist jedoch vor dem Hintergrund einer niedrigen Ausgangsbasis mit einer geringen Produktivität und im Zusammenhang mit einem immensen Nachholbedarf zu sehen. Mit Blick auf die ost- und südostasiatischen Volkswirtschaften, die mit deutlich höheren Zuwachsraten expandieren, ergibt sich eine weitere Relativierung. Im Agrarsektor wurde lediglich das Vorjahresniveau knapp behauptet. In der Industrie setzte sich demgegenüber mit 12 Prozent (Vorjahr 8,6 Prozent) der kräftige, den Strukturwandel beschleunigende Aufschwung fort.

Die neue Finanzpolitik strebt die volle Konvertibilität der Indischen Rupie an, ein Ziel, das indes zumindest kurzfristig nicht erreichbar scheint. Gegenüber dem US-Dollar als der wichtigsten Leitwährung verlor die Rupie 1994/95 lediglich 0,1 Prozent. Erst im Oktober 1995 mußte ein Abgleiten der indischen Währung auf den Devisenmärkten notiert werden, wodurch sich für das zweite bis vierte Quartal 1995 eine Wertminderung um 4,9 Prozent ergab. Die Inflationsrate konnte von 10,4 Prozent (1994/95) auf etwa fünf Prozent im Haushaltsjahr 1995/96 zurückgeschraubt werden.

Problematisch stellt sich weiterhin die Lage auf dem indischen Arbeitsmarkt dar. Etwa zwei Drittel aller Arbeitskräfte sind in der Landwirtschaft tätig, wobei viele Landarbeiter auf das gesamte Jahr gesehen nur in der Erntezeit gewissermaßen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen und in der

¹⁹ Die Zahlenangaben dieses Abschnitts sind dem Jahreswirtschaftsbericht der indischen Regierung entnommen: Government of India (Hrsg.), Economic Survey 1995/96, New Delhi 1996.

übrigen Zeit versteckt arbeitslos sind. Ein Großteil dieser kaum quantifizierbaren Arbeitslosen oder Unterbeschäftigten findet im ländlichen Milieu ein Minimum an sozialer Sicherheit in den traditionellen Familienstrukturen. In den Städten drängt dieser Personenkreis bevorzugt in den informellen Sektor und lebt am Rande des Existenzminimums oder fällt unter die Armutsgrenze (*poverty line*) zurück. Eine Verschärfung der Arbeitsmarktsituation ergibt sich durch den demographischen Druck und in den Städten noch zusätzlich durch die Landflucht. Im Jahre 1994/95 wurden 7,18 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese Zahl entspricht jedoch nur einem relativen Anstieg um 2,03 Prozent, der durch das Bevölkerungswachstum ausgeglichen oder gar überkompensiert wird.

Im Zuge positiver gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen und infolge der außenwirtschaftlichen Öffnung konnten im Außenhandel besonders hohe Zuwachsraten erzielt werden. So stiegen die Exporte von April bis Dezember 1995 mit 24,2 Prozent noch stärker als in den beiden vorangegangenen Jahren, in denen bereits beachtliche Steigerungen von 20,0 und 18,4 Prozent erreicht worden waren. In vergleichbaren Größenordnungen stiegen die Importe um 22,9 Prozent (1994/95) und um 29,3 Prozent für das zweite bis vierte Quartal 1995. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit einem Anteil von etwa 6,5 Prozent bei den Exporten und über acht Prozent an den Importen nach den USA und Japan der dritt wichtigste Handelspartner Indiens.

3. Wirtschaftliche Herausforderungen der neuen Regierung

Über die Unumkehrbarkeit der 1991 eingeleiteten Reformpolitik bestand zumindest vor den Wahlen unter den wichtigsten politischen Parteien und bei den politischen Meinungsführern weitgehender Konsens. Von der linksorientierten Koalitionsregierung werden voraussichtlich nur geringe Akzentverschiebungen in der Wirtschaftspolitik ausgehen, da die United Front existentiell von der parlamentarischen Duldung durch die Kongreßpartei abhängt. In Medien und Finanzkreisen wurde mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen, daß der frühere Handelsminister Chidambaram in der neuen Regierung das Finanzministerium übernimmt. Die Besetzung dieses Schlüsselressorts durch einen prominenten Vertreter der früheren Kongreßregierung spricht für die Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Es sind dabei jedoch langwierige Abstimmungsprozesse zu erwarten, die zu einer insgesamt etwas verlangsamt Fortführung der Reformen führen dürften. Premierminister Deve

Gowda kündigte bei seinem Amtsantritt am 1. Juni 1996 an, die Wirtschaftsreformen zu verstärken und Indien für ausländische Investoren weiter zu öffnen. Inwieweit diese Ankündigung unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen umsetzbar ist, bleibt abzuwarten.

Insbesondere die ländliche Bevölkerung profitiert noch nicht von den Vorteilen der Marktwirtschaft. Demgegenüber haben sich die städtischen Ballungsräume im vergangenen Jahr fünf überaus dynamisch entwickelt. In einem regional ausgeglicheneren wirtschaftlichen Aufschwung kommt dem privaten kleinen und mittleren Unternehmertum eine Schlüssel-funktion zu. Indien verfügt inzwischen über einen Mittelstand von etwa 200 Millionen Menschen und bietet von den westlichen Industrieländern vielfach noch nicht wahrgenommene wirtschaftliche Möglichkeiten.

Die größte Herausforderung für die indische Wirtschaft besteht in der Erzielung armutsbekämpfender Effekte. Hierzu bedarf es eines langanhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs, der nicht nur bestehende Wachstumsinseln vergrößert, die Aufwärtsentwicklung einzelner Sektoren forciert und die Exportorientierung verstärkt. Ebenso wichtig – auch für die politische Stabilität – ist es, daß die wirtschaftliche Dynamik eine Breitenwirkung entfaltet, die den ländlichen Bevölkerungsmassen neue Einkommensmöglichkeiten bietet und ihren Lebensstandard anhebt.

III. Die indische Gesellschaft im Umbruch

1. Kastenwesen und soziale Schichtung

Indien ist soziokulturell, ethnisch, religiös und sprachlich überaus vielschichtig. Das kulturelle Erbe wird maßgeblich durch die jahrtausendealte hinduistische Kultur geprägt, die in weiten Teilen Indiens durch den Islam überlagert wurde beziehungsweise mit ihm in einer Synthese verschmolz. Im Unterschied zum christlich-abendländischen Kulturraum, in dem die Gesellschaft wesentlich auf dem Individualismus beruht, besteht in Indien traditionellerweise eine soziale Gliederung auf der Grundlage von Gruppe und Großfamilie sowie dem Nebeneinander – und nicht etwa dem Untereinander – verschiedener Kasten. Auf der religiös-rituellen Ebene unterteilt das hinduistische Kastenwesen die Gesellschaft in folgende Gruppen: Priester (*Brahmins*), Adelige (*Kshatriyas*), Kaufleute (*Vaishyas*) und Dienerschaft

(Sudras)²⁰. Diese grundsätzliche Einteilung differenzierte sich durch Unterkasten und Berufsgruppen weiter aus. Die soziale Schichtung in einer traditionell ländlich strukturierten Gesellschaft hängt demgegenüber vom Umfang des Landeigentums ab. Demnach sind Kaste und Klasse gegensätzliche Kategorien, denn die Zugehörigkeit zu einer Kaste ist durch Geburt bestimmt, während die zu einer Klasse sich nach dem ökonomischen Status richtet, der sich ändern kann²¹. Die gesellschaftlichen Trennungslinien des Kastenwesens verlaufen daher nicht zwingend parallel zu denen der sozialen Klassen, so daß beispielsweise ein Brahmane materiell oder sozial durchaus arm sein kann.

Während der Kolonialzeit wurden westliche Erziehungs- und Bildungsmethoden eingeführt und die traditionelle Gesellschaftsstruktur durch die Entstehung neuer Eliten sowie durch Migration und soziale Mobilität überlagert. In der Oberschicht sind nach westlichem Vorbild der berufliche Erfolg und der materielle Wohlstand insbesondere in den Städten maßgebend, in den unteren Schichten hingegen und vor allem im ländlichen Milieu geben traditionelle soziale Zuordnungsmuster einen stärkeren Ausschlag.

2. Eckdaten der gesellschaftlichen Entwicklung

Seit der Unabhängigkeit hat sich in Indien ein tiefgreifender sozialer Wandel vollzogen. Ein Blick auf wichtige gesellschaftliche Indikatoren veranschaulicht die Entwicklung seit Anfang der fünfziger Jahre (siehe Tabelle 1).

Die Lebenserwartung hat sich von 32,1 auf 60,8 Jahre innerhalb von vierzig Jahren nahezu verdoppelt. Die Analphabetenrate wurde seit 1951 von 81,7 Prozent in jeder Dekade um etwa zehn Prozentpunkte zurückgeschraubt, und nach der Volkszählung von 1991 war nur noch etwa jeder Zweite (47,8 Prozent) des Lesens unkundig. Die Geburtenrate lag bis Anfang der achtziger Jahre bei einem jährlichen Zuwachs von etwa vier Prozent und konnte bis 1994 auf 2,86 Prozent gesenkt werden. Die Kindersterblichkeit halbierte sich von 14,6 Prozent (1951) auf ca. 7,3 Prozent (1994). Das monatliche Durchschnittseinkommen schließlich konnte seit 1951 lediglich verdoppelt werden und erhöhte sich seit Anfang der neunziger Jahre nur unwesentlich²².

20 Zur Definition und Abgrenzung dieser Begriffe siehe Monika Böck/Aparna Rao, Aspekte der Gesellschaftsstruktur Indiens: Kasten und Stämme, in: D. Rothermund (Hrsg.) (Anm. 2), S. 112 ff.

21 Vgl. Dietmar Rothermund, Indien, in: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 7: Südasiens und Südostasien, Bonn 1994³, S. 232.

22 Der Gegenwert von 2 300 Indischen Rupien beträgt – bei völlig unterschiedlichen Kaufkraftverhältnissen – in der Jahreshälfte 1996 etwa DM 100,-.

Tabelle 1: Indikatoren der gesellschaftlichen Entwicklung

Jahr	Lebenserwartung	Analphabetenrate	Geburtenrate	Säuglingssterblichkeit ¹⁾	Durchschnittseinkommen ²⁾
1951	32,1	81,7	3,99	146	1 127
1961	41,3	71,7	4,17	146	1 350
1971	45,6	65,5	4,12	129	1 520
1981	50,4	56,4	3,72	110	1 630
1991	n.v.	47,8	2,95	80	2 222
1992	60,8	n.v.	2,92	79	2 175
1993	n.v.	n.v.	2,87	74	2 239
1994 ³⁾	n.v.	n.v.	2,86	73	2 292

n.v. = Daten nicht verfügbar, 1) pro 1 000 Geburten, 2) monatlich in Indischen Rupien, 3) vorläufige Angaben

Quelle: Government of India (Hrsg.), Economic Survey 1995/96, New Delhi 1996, S. 170.

Die Indikatoren für die soziale Entwicklung gewinnen noch an Aussagekraft, wenn man neben der zeitlichen Dimension einen Vergleich mit anderen asiatischen Staaten anstellt:

Tabelle 2: Indikatoren der gesellschaftlichen Entwicklung für ausgewählte asiatische Staaten

	Lebenserwartung	Säuglingssterblichkeit	Analphabetenrate
China	68,5	44	20,7
Indien	60,8	73	47,8
Kerala (Indien)	71,3	16	10,2
Pakistan	61,5	91	64,3
Singapur	74,8	6	10,1
Südkorea	71,1	11	2,6
Thailand	69,0	37	6,5

Quelle: wie Tabelle 1.

Danach weist Indien mit 60,8 Jahren die niedrigste Lebenserwartung auf, die von Singapur und anderen hochentwickelten ost- und südostasiatischen Staaten um bis zu 14 Jahren übertroffen wird. Die Säuglingssterblichkeit ist in Pakistan mit 91 auf 1 000 Geburten deutlich höher als in Indien (73) und wiederum am niedrigsten in Singapur mit 6, gefolgt von Südkorea mit 11. In der Analphabetenrate kommt das starke Entwicklungsgefälle innerhalb Indiens deutlich zum Ausdruck. Bei einem nationalen Mittelwert von 47,8 Prozent liegt im südindischen Bundesstaat Kerala die Quote bei nur 10,2 Prozent und damit in der Größenordnung

des Stadtstaates Singapur. Im Unterschied zu den ökonomisch fortgeschrittenen, scheindemokratischen Erziehungs- oder Modernisierungsdiktaturen Ost- und Südostasiens verfügt die indische Gesellschaft über eine demokratische politische Kultur.

3. Die politische Kultur der indischen Gesellschaft

Vor dem Hintergrund des skizzierten sozioökonomischen Entwicklungsstandes und des niedrigen Bildungsniveaus weiter Bevölkerungsteile stellt sich die Frage nach der politischen Kultur, dem politischen Bewußtsein und dem Demokratiever

Befriedigung der Grundbedürfnisse gerichtete Politik wurde jedoch von den Parteien kaum als Streitfrage im Wahlkampf thematisiert.

Indien sah sich in den vergangenen Jahren mit dem scheinbar allen offenen Gesellschaften innewohnenden Phänomen der Partei- und Politikverdrossenheit konfrontiert. Die vom CSDS durchgeführte Studie ergab jedoch, daß nahezu alle Befragten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollten. Eine Kultur der Protest- oder Nichtwähler scheint es in Indien demnach nicht zu geben. Schließlich zeigte die Befragung eine deutliche

ungsweise Pakistans ergriffen hatten²⁵. Die historischen Wurzeln des Konflikts reichen in das Jahr 1947 zurück, als der Subkontinent in die unabhängigen Staaten Indien und Pakistan geteilt wurde. Der völkerrechtliche Status Kaschmirs blieb bei der Teilung ungeklärt und ist seither umstritten. Die Kaschmirfrage bildet den Kern der Erzfeindschaft zwischen Indien und Pakistan.

Die Beziehungen zur Volksrepublik China sind seit dem Grenzkrieg im Jahre 1962, den Indien in einer demütigenden und noch nicht verwundenen Niederlage verlor, gespannt. Das Verhältnis ist durch eine Rivalität im Ringen um die regionale Vormachtstellung und das Streben Indiens nach Erlangung eines vergleichbaren internationalen Status gekennzeichnet. Indien bemüht sich intensiv, ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu werden, um auf internationalem Parkett mit China auf der gleichen Stufe zu stehen. Indien hat daher eine sehr aktive Rolle innerhalb der Vereinten Nationen, beispielsweise im Rahmen der friedenssichernden Maßnahmen in Kambodscha, gespielt²⁶. Auf der sicherheitspolitischen Ebene strebte es die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen an, um auch auf diesem Gebiet einen mit China vergleichbaren Status zu erlangen. Der nukleare Rüstungswettlauf in Asien entwickelte sich zudem aus der in Indien als Bedrohung angesehenen Empfindung, von China und Pakistan umklammert zu sein.

Das Königreich Nepal erfüllt die sicherheitspolitisch wichtige Funktion eines Pufferstaats zwischen den beiden Rivalen Indien und China. Demgegenüber ist Indiens Position als regionale Ordnungsmacht relativ unangefochten in den Beziehungen zu Bangladesch und zu Sri Lanka. Im Jahre 1971 intervenierte Indien in Ostpakistan, dem heutigen Bangladesch, und spaltete einen neuen, vom westlichen Teil Pakistans unabhängigen Staat ab. Indien konnte zumindest anfänglich ein gutes Verhältnis zu Bangladesch entwickeln. Für das internationale Machtgefüge Südasiens bedeutete die Entstehung des Staates Bangladesch eine nachhaltige Schwächung Pakistans und das Hervortreten Indiens als regionale Ordnungsmacht.

Das der südindischen Küste vorgelagerte Nachbarland Sri Lanka befindet sich seit 1983 in einem Bürgerkrieg zwischen der Mehrheitsbevölkerung der überwiegend buddhistischen Singhalesen und der meist hinduistischen tamilischen Minderheit. Aus innen- und außenpolitisch motivierten Inter-

essenlagen griff Indien im Jahre 1987 in diesen Konflikt ein²⁷. Aus indischer Sicht galt es, die Entstehung eines unabhängigen Tamilenstaates im Norden der Insel zu verhindern, die die sezessionistischen Bewegungen im eigenen Land ermutigt hätte. Außenpolitisch verfolgte Indien mit der Intervention die Zielsetzung, den Einfluß Dritter, namentlich der Vereinigten Staaten, Chinas und Pakistans, auf die politische Entwicklung des Nachbarlandes zurückzudrängen. Die indischen Friedenstruppen vermochten jedoch nicht entscheidend zu einer Befriedung des Bürgerkriegs beizutragen und wurden nach einem außenpolitischen und militärischen Debakel im Jahre 1991 zurückgezogen.

Die Unterschiedlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Systeme sowie die tiefgreifenden außenpolitischen Interessengegensätze der südasiatischen Staaten haben bisher eine regionale Zusammenarbeit verhindert. Zudem wehren sich insbesondere die kleineren Staaten gegen eine Integration, die die indische Hegemonie auf dem Subkontinent verfestigen würde. Die im Jahre 1985 gegründete Organisation SAARC (South Asian Association of Regional Cooperation), mit der den positiven Vorbildern der Europäischen Union und der südostasiatischen Staatengruppe ASEAN (Association of South East Asian Nations) nachgeeifert wurde, blieb profillos und strukturell handlungsunfähig²⁸. Für Indien war daher eine außen- und wirtschaftspolitische Orientierung in Richtung auf die südostasiatischen Staaten naheliegend.

2. Indiens Öffnung gegenüber Südostasien

Indien hat sich erst zu Beginn der neunziger Jahre im Zuge seiner wirtschaftlichen Liberalisierung und außenpolitischen Öffnung mit einer „Look East Policy“ Südostasien zugewandt²⁹. Diese Neuorientierung ergab sich nicht allein aus den begrenzten Möglichkeiten innerhalb Südasiens, sondern vor allem aus der wirtschaftlichen Dynamik der südostasiatischen Region. Darüber hinaus strebte Indien eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten an, um den chinesischen Einfluß zurückzudrängen.

25 Zur Einbindung des indisch-pakistanischen Konflikts in die globale Rivalität siehe Citha D. Maaß, Außenpolitik, in: D. Rothermund (Hrsg.) (Anm. 2), S. 458 ff.

26 Vgl. Nawaz Mody/B. Mehrish (Hrsg.), India's Role in the United Nations, Bombay 1995.

27 Zur Haltung Indiens im srilankischen Bürgerkrieg siehe Ravi Kant Dubey, Indo-Sri Lankan Relations with Special Reference to the Tamil Problem, New Delhi 1995², sowie Alan Bullion, India, Sri Lanka and the Tamil Crisis 1976–1994. An International Perspective, London–New York 1995.

28 Die sieben Mitglieder dieser internationalen Organisation sind: Indien, Pakistan, Nepal, Bhutan, Bangladesch, Sri Lanka und die Malediven.

29 Zur früheren, die Region vernachlässigenden indischen Diplomatie siehe Mohammad Ayoob, India and South East Asia. Perceptions and Policies, London 1990.

V. Quo vadis India?

Das spät erwachte indische Interesse an Südostasien bringt Indien in den internationalen Gremien der Region in die Position des Außenstehenden oder gar des Bittstellers, dem man bestenfalls einen Beobachterstatus einzuräumen gewillt ist. Von den Schwellenländern der Region haben einige, namentlich Singapur, den Sprung in die Gruppe der Industriestaaten geschafft. Daraus resultiert ein bisweilen überzogenes Selbstbewußtsein in einigen ASEAN-Staaten selbst den Industriestaaten gegenüber. Danach stehen in der neuen weltwirtschaftlichen Ordnung unterhalb der Kategorie der NICs (Newly Industrialized Countries) die FDCs (Formerly Developed Countries), eine Staatengruppe, die von Großbritannien angeführt wird. Welcher Stellenwert kommt Indien zu?

Indien hat in seinen Beziehungen zur ASEAN lediglich den Status eines „Dialogpartners“ erreicht und strebt über den Weg der Assoziierung langfristig die Vollmitgliedschaft in der Organisation an³⁰. Aufgrund des starken Entwicklungsgefälles erscheint die Entwicklung einer „Special Relationship“, etwa vergleichbar mit den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei, als ein realistischeres Szenario.

Vor dem Hintergrund der statusorientierten indischen Außenpolitik wiegt die Enttäuschung besonders schwer, zu der neugebildeten APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) nicht als Mitglied zugelassen worden zu sein³¹. Die 18 Mitglieder zählende Organisation verfolgt als Ziel die Intensivierung der Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum³². Als in der Jahresmitte 1994 das ASEAN Regional Forum (ARF) gegründet wurde, war man in Indien enttäuscht, nicht zum Kreis der Gründungsmitglieder zu zählen³³. Nach anfänglichen Vorbehalten erkannten die USA die Vorzüge, das Gewicht Chinas im ARF durch Indien auszubalancieren³⁴. Der niedrige Entwicklungsstand und die geringe wirtschaftliche Integration in die Weltmärkte erweisen sich somit für Indien als schwerwiegende Hemmnisse, um als Mitspieler in der regionalen und internationalen Politik eine führende Rolle auszuüben.

30 Vgl. Baladas Ghoshal, *India and Southeast Asia: Problems and Prospects*, in: ders. (Hrsg.), *India and Southeast Asia. Challenges and Opportunities*, New Delhi 1996, S. 106.

31 Vgl. Harvey Stockwin, *APEC without India*, in: *Times of India* vom 21. November 1994, S. 1.

32 Die geographische Abgrenzung bezieht sich dabei auf die Anrainerstaaten des Pazifiks; die Zugehörigkeit eines Staates zu Asien bewirkt keinen Anspruch auf Vollmitgliedschaft in der APEC.

33 Vgl. B. Ghoshal (Anm. 30), S. 108 f.

34 Vgl. Sukhdeo (S.D.) Muni, *India Enters ASEAN's Strategic Equation*, in: *Times of India* vom 17. Mai 1996, S. 10.

Indien verfügt über den Vorteil einer nunmehr fast ein halbes Jahrhundert währenden demokratischen politischen Ordnung und hebt sich diesbezüglich positiv von denjenigen asiatischen Staaten ab, deren Primat in der Erzielung des größtmöglichen Wirtschaftswachstums – bei Vernachlässigung der politischen Sphäre – besteht. Aber auch im ökonomischen Bereich hat Indien komparative Vorteile, die insbesondere im niedrigen Lohnniveau und in den Humanressourcen liegen. Die geschickte Verknüpfung dieser Stärken hat Indien in einigen Hochtechnologien, beispielsweise in der Entwicklung von Software, Mikroelektronik und Gentechnologie, in die Gruppe der international führenden Staaten gebracht. Nimmt man die Möglichkeiten hinzu, die sich aus den erst vor fünf Jahren begonnenen Wirtschaftsreformen ergeben, verfügt Indien über ein außerordentliches Entwicklungspotential.

Vier Wochen nach Amtsantritt hat sich die Vielparteienkoalition der United Front weitgehend stabilisiert, jedoch werden die ersten Friktionen innerhalb der Janata Dal (Volkspartei) als der führenden Kraft erkennbar³⁵. Jüngsten Umfragen zufolge werden der Vielparteienkoalition von über der Hälfte der Befragten keine Chancen eingeräumt, länger als zwölf Monate an der Macht zu bleiben³⁶. Die Erhebungen zeigen, daß die BJP aus Neuwahlen gestärkt hervorginge. Die Kongreßpartei dürfte sich daher vorerst zur weiteren Duldung der United Front gezwungen sehen.

Indien verdient in seinen Bemühungen im Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung alle Formen der Unterstützung, wie sie beispielsweise durch ausländische Investitionen und Joint-ventures oder durch Wissenschaftskooperation und entwicklungspolitische Zusammenarbeit geleistet wird. Der Bundesrepublik Deutschland als dritt-wichtigstem Handelspartner kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu, und es bleibt zu hoffen, daß die Chancen, die der indische Markt bietet, in Zukunft von deutscher Seite noch intensiver genutzt werden.

35 Zu den Spaltungstendenzen innerhalb der Janata Dal siehe Deve Gowda: *Hegde loyalists should quit the party*, in: *The Hindustan Times* vom 28. Juni 1996, S. 1.

36 Vgl. Ashok Das/Nehal Medh/Ann Mathew, *BJP Gaining more*, in: *India Today* vom 30. Juni 1996, S. 66–69.

Gerd Mutz: Vietnam an der Schwelle zum asiatisch-pazifischen Jahrhundert. Gesellschaftlicher Umbruch und kultureller Wandel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30–31/96, S. 3–11.

In Vietnam ist seit einigen Jahren ein tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Wandel zu beobachten. Er begann 1986, als die Führung der Kommunistischen Partei einen Erneuerungsprozeß (*Doi Moi*) einleitete. Dieser sah die Rücknahme der Kollektivierung und die Einführung privatwirtschaftlicher Strukturen vor. Bislang verläuft die Reform erfolgreich, und der Lebensstandard der meisten Vietnamesen ist merklich gestiegen. Offenbar will die politische Führung Vietnams eine ähnliche Entwicklung wie in den anderen erfolgreichen Volkswirtschaften der Region erreichen.

Die Erprobung modern-westlicher Verhaltensweisen bringt Veränderungen für das traditionelle Kulturwissen mit sich. Die politische Führung versucht nun, diese Entwicklung zu bremsen. Sie warnt vor einem Zerfall der Gesellschaft und beklagt Fehlentwicklungen durch den westlichen Einfluß. Im Zuge einer Kampagne werden asiatische Werte bewußt inszeniert und der westlichen „Dekadenz“ gegenübergestellt.

Boris Holzer: Entwicklung und Demokratisierung in Südkorea. Kleine Schritte nach dem großen Sprung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30–31/96, S. 12–20.

Südkorea gehört zu der Gruppe ostasiatischer Staaten, die als die „vier kleinen Tiger“ bezeichnet werden. Diese Länder – Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong – haben in den letzten 30 Jahren eine schnelle Industrialisierung und erstaunliche Wachstumsraten erreicht. In Südkorea war dieser Erfolg das Ergebnis langfristiger Wirtschaftspolitik unter einem autoritären Regime. Nach dem Militärputsch im Jahr 1961 verfolgte die politische Führung eine exportorientierte Industriepolitik, und die inländische Industrie wurde durch gezielte Interventionen auf Weltmarktniveau gebracht. Seit 1987 steht Südkorea im Zeichen einer demokratischen Transformation. Es wurden freie Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchgeführt, und der ehemalige Dissident Kim Young Sam wurde 1993 der erste zivile Staatspräsident seit über 30 Jahren. Er leitete eine Anti-Korruptions-Kampagne ein und ermöglichte eine Anklage gegen die beiden letzten Präsidenten aus den Reihen des Militärs. Die öffentliche Debatte und die moralische Empörung können dabei als Indikatoren für eine wichtige Etappe in der demokratischen Entwicklung gewertet werden.

Gerhard Will: Kambodscha. Drei Jahre nach dem Ende des UNO-Mandats

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30–31/96, S. 21–29.

Drei Jahre nach dem Ende des UNO-Mandats kann die Regierung Kambodschas eine Reihe von Erfolgen vorweisen: Das Wirtschaftswachstum liegt bei 6,6 Prozent, die Roten Khmer kontrollieren nur noch sehr kleine Teile des Landes, und der 1993 gebildeten Koalitionsregierung ist es bislang gelungen, alle Regierungskrisen erfolgreich zu bewältigen. Hinter diesen Erfolgsmeldungen verbergen sich jedoch gravierende Mängel. Trotz des relativ hohen Wirtschaftswachstums zählt Kambodscha zu den ärmsten Ländern der Welt, und auf politischer Ebene wurden die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1993 gleichsam auf den Kopf gestellt. Die kambodschanische Volkspartei (KVP) konnte auch nach ihrer Wahlniederlage ihre Vormachtstellung weiter ausbauen.

Mehr als zwanzig Jahre Krieg haben nicht nur die materielle, sondern auch die soziale Basis so sehr zerrüttet, daß die 1993 in der kambodschanischen Verfassung niedergelegten demokratischen Prinzipien nur in einem sehr langwierigen und schwierigen Prozeß verwirklicht werden können. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist jedoch eine radikale Abkehr von der seit 1993 verfolgten Politik der Ressourcenverschwendung, Unterdrückung und Korruption.

Justus Richter: Indien nach den Parlamentswahlen 1996. Innenpolitische Entwicklung und regionale außenpolitische Interessenlage

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30–31/96, S. 30–39.

Die Ablösung der seit der Unabhängigkeit nahezu ununterbrochen regierenden Kongreßpartei im Mai 1996 markiert einen Wendepunkt in der „größten Demokratie“ der Welt. Für die pluralistische Demokratie des indischen Vielvölkerstaats bildet der Säkularismus eine unabdingbare Voraussetzung, die jedoch durch das Erstarken des Hindunationalismus bedroht ist. Diese gegenwärtige Hauptströmung der indischen Politik hat sich in der BJP (Indische Volkspartei) organisiert, die als parlamentarisch stärkste Kraft aus den Wahlen hervorging. Die Machtübernahme durch die BJP konnte jedoch durch die Bildung einer Vielparteienkoalition, die auf die Duldung der Kongreßpartei angewiesen ist, abgewendet werden.

Im Jahre 1991 wurde eine tiefgreifende Wirtschaftsreform eingeleitet, die auf eine Privatisierung, Liberalisierung und marktwirtschaftliche Öffnung abzielt. Die neue Regierung der United Front steht vor der wirtschaftlichen Herausforderung, das unumkehrbar gewordene Reformwerk fortzuführen. In der Außenpolitik ist die südasiatische Führungsmacht bestrebt, die Beziehungen zur wirtschaftlich florierenden südostasiatischen Region auszubauen und den Status Indiens in den internationalen Organisationen aufzuwerten.